Kuscheljustiz S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 22 – 3. Juni 2016

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Millionen warten auf ihre Chance: Afrikaner gehen in Palermo von Bord

Bild: action press

Die Wahrheit ist brutal

Es geht wieder los: Die Wanderungswelle übers Mittelmeer steigt sprunghaft an

Während die Zahlen wieder rasant ansteigen, verfängt sich die Politik in Floskeln oder einem wertlosen Abkommen mit Ankara.

Die Zahl der Zuwanderer, die von Libyen über das Mittelmeer nach Italien drängen, hat sich in der letzten Mai-Woche im Vergleich zur Vorwoche verdoppelt, allein 13000 Menschen haben Marine und andere Kräfte aus Seenot gerettet, von bis zu 700 Ertrunkenen ist die Rede.

Derweil zweifelt niemand mehr ernsthaft daran, dass der Kuhhandel mit der Türkei eine Farce ist. Nach und nach dringen Einzelheiten ans Licht. Nicht nur, dass Ankara bevorzugt Schwerkranke und Ungebildete nach Griechenland durchlässt, wie die *PAZ* berichtete. Neben diesen beiden Gruppen werden möglicherweise bevorzugt radikalislamische Personen gen EU geschickt. Dafür spricht, dass laut dem Magazin „Cicero" Erdogans Regime eine Gruppe namens IHH mit der Auswahl jener Flüchtlinge und Zuwanderer beauftragt hat, welche nach Europa dürfen.

Die IHH gilt als radikalislamisch, steht den Muslimbrüdern und der Hamas nahe. Daher steht zu befürchten, dass sie gezielt radikale Glaubensbrüder auswählt, die an der Islamisierung Europas weiterarbeiten sollen.

> Der Anstieg der Bevölkerungszahl ist »Fluchtursache« Nr. 1

Die politischen Führungen des Westens scheinen dem zu befürchtenden neuerlichen Ansturm weitgehend hilflos gegenüber zu stehen. Vom G7-Gipfel in Japan schallten bloß Phrasen und Floskeln hinsichtlich der wieder anschwellenden Völkerwanderung. Hauptziel sei es, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern, um die Wanderungs-Ursachen zu bekämpfen, so die Gipfelteilnehmer einmütig.

In diesem Anspruch spiegelt sich deren ganze Hilflosigkeit: Die explosionsartige Bevölkerungsentwicklung in den orientalischen und afrikanischen Ländern walzt dort jede positive Entwicklung nieder. So schnell, dass derartigen Massen junger Menschen Perspektiven geboten werden könnten, kann keine Volkswirtschaft der Welt wachsen.

In Deutschland kommen zwei 15- bis 19-Jährige auf drei 55- bis 59-Jährige. In Sambia etwa sind es 20 15- bis 19-Jährige, die sich um die drei Stellen streiten müssen, welche die 55- bis 59-Jährigen demnächst freigeben werden. Eine solche Alterspyramide bedeutet, dass Jahr für Jahr zig Millionen junger Menschen auf einen Arbeitsmarkt drängen, der nur für einen Bruchteil von ihnen Verwendung hat.

Nicht allein die Bürgerkriegsflüchtlinge, sondern vor allem die Heerscharen jener Hoffnungslosen sind es, die versuchen werden, nach Europa zu gelangen. Den Europäern bleibt nur übrig, sich mit aller Macht gegen diese Flut abzuschotten, oder in den Massen der Hereindrängenden zu versinken.

Diese Alternative trägt Härten in sich, denen die der Humanität verpflichteten Europäer nur schwer gewachsen sind. Es drohen abermals entsetzliche Bilder. Doch die brutale Wahrheit lässt sich nicht mehr ausblenden. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Sträflich naiv

Wie naiv darf ein erfahrener Berufspolitiker, der noch dazu selbst jahrelang Herausgeber einer Zeitung war, eigentlich im Umgang mit den Medien sein? Jedenfalls nicht so naiv wie Alexander Gauland. Seine Äußerungen lassen erkennen, dass er sich des Charakters eines Hintergrundgesprächs durchaus bewusst ist. Ein Hintergrundgespräch dient nicht der reinen Informationsvermittlung, sondern bietet die Möglichkeit zu einem echten Meinungsaustausch mit den Medienvertretern, in den die beiderseitigen persönlichen Ansichten und Einschätzungen einfließen und Einzelheiten zu offenen Informationen ergänzt werden. Es hat stets vertraulichen Charakter, weshalb es nur mit als vertrauenswürdig bekannten Medienvertretern geführt wird. Die Vertrauenswürdigkeit bislang unbekannter Gesprächspartner ist vorher genauestens auszuloten.

Selbstverständlich hat Gauland grundsätzlich darauf vertrauen dürfen, dass sich Journalisten an die Regeln halten. Doch angesichts der vielen Manipulationen, derer sich die Staats- und Konzernmedien ohne jede Scham bedienen, wenn es um von ihnen als Rechtspopulisten bezeichnete Gruppierungen oder Personen geht – Stichwort „Lügenpresse" (s. auch S. 2) –, war es sträflich naiv. Er weiß doch ganz genau, dass die Redakteure der „FAS" in seinem Sinne nicht vertrauenswürdig sind und „einer von der AfD" von ihnen keinen journalistischen Anstand zu erwarten hat. Und er hat gegen noch eine Grundregel im Umgang mit den Medien verstoßen: „Kein Medienkontakt ohne professionelle Begleitung." Hätte Gauland seinen Pressesprecher zu dem Gespräch mitgenommen, hätte er jetzt einen Zeugen für das, was er tatsächlich gesagt hat.

Ein Kampf Links gegen Links

Protest gegen Arbeitszeitreformgesetz legt Frankreich lahm – Gegner sind eine einst kommunistische Gewerkschaft und die sozialistische Regierung

In Frankreich wird Politik auf der Straße gemacht, nicht im Parlament. Das zeigt sich derzeit wieder einmal bei der Auseinandersetzung um die vom sozialistischen Staatspräsidenten François Hollande geplante Arbeitsmarktreform. Im Jahre 1999 hatte die linke Regierung unter Lionel Jospin die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden beschlossen. Seitdem ist sie ein höchst explosives Thema.

Als erster bekam das Wirtschaftsminister Emmanuel Macron zu spüren, als er diese Errungenschaft der Linken in Frage stellen wollte. Allerdings konnte er sich mit seinem Vorschlag, die gesetzliche Arbeitszeit durch betriebliche Abkommen außer Kraft setzen zu können, bei Premierminister Manuel Valls nicht durchsetzen. Sein Vorschlag blieb aber im Raum stehen. Frankreich leidet unter einer schwachen Wirtschaft und einer hohen Arbeitslosenquote. Im Frühjahr besann sich die sozialistische Arbeitsministerin Myriam El-Khomri dieses Vorschlags und legte ein neues Arbeitszeitgesetz vor. Das „El-Khomri-Gesetz" soll den starren französischen Arbeitsmarkt liberalisieren. Auf diese Weise will Präsident Hollande noch vor den Präsidentschaftswahlen 2017 die Rekordarbeitslosigkeit senken. Wie umstritten diese Maßnahme ist, zeigt die Tatsache, dass die Regierung dafür nicht einmal eine Mehrheit im Parlament fand, weil ein Großteil der eigenen sozialistischen Abgeordneten die Zustimmung verweigerte. Deshalb brach Valls das Gesetzgebungsverfahren ab und setzte mit Hilfe des Artikels 49.3 der Verfassung das „El-Khomri-Gesetz" am Parlament vorbei per Dekret durch.

> Zerreißprobe für die Regierungspartei

Nach ersten Protesten der Gewerkschaften im März entstand die Empörten-Bewegung „nuit debout" (Nacht stehe auf) unter Führung der einst kommunistischen Gewerkschaft CGT. Weder die Gewerkschaften noch die Bewegung nehmen der Regierung ab, dass es ihr nur darum geht, das Arbeitsrecht zu „vereinfachen" und den „sozialen Dialog" zu fördern. Die CGT verlangt, dass die Sozialisten das neue Arbeitszeitrecht zurücknehmen. CGT-Chef Philippe Martinez gibt sich kompromisslos, weil seine Organisation unter Mitgliederschwund leidet. Nicht minder hart tritt Valls auf. Der zum rechten Parteiflügel zählende Sozialist wiederholt täglich, ein Nachgeben komme nicht in Frage.

Modell des neuen Arbeitsrechts ist die Regelung im Smart-Werk im lothringischen Hambach. Dort hatte die Belegschaft im letzten Jahr mit einer knappen Mehrheit für die Aufhebung der 35-Stunden-Woche gestimmt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu erhalten. Auch das „El-Khomri-Gesetz" sieht vor, Entscheidungen in die Betriebe zu verlagern. Und darüber wird praktisch die gesetzlich vorgeschriebene 35-Stunden-Woche ausgehebelt. Offiziell wird zwar daran festgehalten, aber gehofft wird, dass die einzelnen Belegschaften in den Betrieben weniger Widerstandskraft haben. Käme die Reform durch, könnten Arbeitszeiten „flexibel" bis auf 48 Stunden pro Woche ausgeweitet werden.

Seit der Revolution ist es in Frankreich Sitte, wichtige Gesetze nicht im Parlament, sondern auf der Straße zu machen. Das französische Mehrheitswahlrecht hat nämlich dazu geführt, dass Parteien wie die Sozialisten, die bei den letzten Regionalwahlen gerade einmal elf Prozent erreichten, im nationalen Parlament noch über eine absolute Mehrheit verfügen. Das wissen auch die Protestierer auf der Straße, für welche die Zerstrittenheit und Unbeliebtheit der Regierung nur noch mehr Ansporn ist, weiterzumachen mit Blockaden von Treibstofflagern und Kernkraftwerken.

Die sozialistische Regierungspartei könnte unter diesen Protesten zerreißen, weil es dort gleich drei Kandidaten gibt, die sich für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr warmlaufen. Präsident Holland wartet erst einmal ab und überlässt seinen Ministern Macron und Valls das Schaulaufen. *Bodo Bost/J.H.*

MELDUNGEN

AfD auf Distanz zu Pegida

Berlin – Der Bundesvorstand der AfD hat beschlossen, „dass AfD-Mitglieder weder als Redner, noch mit Parteisymbolen bei Pegida-Veranstaltungen auftreten sollen“. Ebenso werden „Redeauftritte von Pegida-Vertretern und Pegida-Symbole auf AfD-Veranstaltungen“ abgelehnt. Der rechte Parteiflügel kritisiert den Beschluss, während es aus den Landesverbänden Zustimmung gibt. *P.E.*

ARD verfälscht Hofer-Aussage

München – Die ARD hat in der Sendung „Weltspiegel“ eine Rede des unterlegenen österreichischen Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer (FPÖ) verfälscht. In der Sendung heißt es über eine Kundgebung in einem Wiener Arbeiterbezirk: „Hier sind vor allem FPÖ-Wähler zuhause. Man kennt sich, man versteht sich. Zu hören gibt es Altbekanntes.“ Anschließend wird ein Ausschnitt aus der Rede Hofers gezeigt: „Ich sage diesen Menschen: Das ist nicht eure Heimat! Ihr könnt nicht in Österreich bleiben, denn wir unterscheiden sehr klar zwischen jenen, die Österreich weiter mit uns gemeinsam aufbauen und jenen, denen nur daran liegt, dieses Land zu zerstören.“ Ein Vergleich mit der Aufzeichnung der Kundgebung zeigt, dass die ARD die Aussage Hofers vorsätzlich verstümmelt und ihr damit einen fremdenfeindlichen Charakter gegeben hat. Tatsächlich hat Hofer nämlich gesagt: „Diese Menschen, die Österreich achten und lieben und hier ihre neue Heimat gefunden haben, die heiße ich herzlich willkommen. Aber jene Menschen – und das muss man auch sagen – jene Menschen, die unser Land nicht schätzen, die für den Islamischen Staat in den Krieg ziehen oder Frauen vergewaltigen – ich sage diesen Menschen: Das ist nicht Eure Heimat! Ihr könnt nicht in Österreich bleiben, denn wir unterscheiden sehr klar zwischen jenen, die Österreich mit uns gemeinsam aufbauen und jenen, denen nur daran liegt, dieses Land zu zerstören.“ *J.H.*

Begehren gegen Islamzentrum

München – In der vergangenen Woche ist ein neues Bürgerbegehren gegen das geplante Münchener Islamzentrum angelaufen. Darin geht es um die Frage, ob auf einem städtischen Grundstück ein Islamzentrum gebaut werden soll, das von einem Imam geleitet wird, der mit seiner Islamischen Gemeinde Penzberg (IGP) wegen intensiver Kontakte zu verfassungsfeindlichen Organisationen von 2007 bis 2010 im Bayerischen Verfassungsschutzbericht aufgeführt war. Ein zweites Bürgerbegehren war notwendig geworden, weil die Stadt München das erste Bürgerbegehren abgelehnt hatte. Unter anderem wurde moniert, dass in der Begründung für das Begehren die Formulierung „die IGP wird vom Bayerischen Verfassungsschutz überwacht“ stand. Das Verwaltungsgericht wies die Klage auf Durchführung des Bürgerentscheides ab, da man mit dieser Formulierung die Bürger „getäuscht“ habe. Die Initiatoren von der Partei „Die Freiheit“ haben dagegen Rechtsmittel eingelegt. Allerdings drängt die Zeit, denn die Frist, die der Stadtrat Imam Idriz zur Vorlage des Geldes für den Grundstückskauf eingeräumt hat, läuft Ende Juni ab. Mit dem zweiten Bürgerbegehren soll die Zeit bis dahin überbrückt werden. *J.H.*

Importierte Kriminalität stark gestiegen

Die Zahl der Zuwanderer ist der Bundesregierung bis heute unbekannt

Bundesinnenminister Thomas de Maiziere hat die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Bundes für 2015 auf der Bundespressekonferenz vorgestellt. Die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer hat sich 2015 gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäß erheblich erhöht. Die Daten bilden die Kriminalitätslage aber nicht realistisch ab. Die Bundesregierung weiß gar nicht, wie viele Zuwanderer sich in Deutschland aufhalten.

Bundesinnenminister Thomas de Maiziere hat gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, dem saarländischen Innenminister Klaus Bouillon, die PKS des Bundes in der Bundespressekonferenz vorgestellt. Wie de Maizere sagte, ist die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen insgesamt 2015 gegenüber dem Vorjahr um 12,8 Prozent gestiegen. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an allen Tatverdächtigen beträgt über 27 Prozent. Es wurden 555820 nichtdeutsche Tatverdächtige registriert. Davon sind 20,5 Prozent Zuwanderer.

Als „Zuwanderer“ werden in der PKS Personen bezeichnet, die als Angehörige eines Nicht-EU-Staates einzeln oder in Gruppen in das Bundesgebiet einreisen, um sich hier vorübergehend oder dauerhaft aufzuhalten. Tatverdächtige Zuwanderer im Sinne dieser Definition werden in der PKS mit dem Aufenthaltsstatus „Asylbewerber“, „Duldung“ (zum Beispiel abgelehnte Asylbewerber), „Kontingentflüchtling/Bürgerkriegsflüchtling“ und „unerlaubter Aufenthalt“ registriert. Tatverdächtige mit positiv abgeschlossenem Asylverfahren, die als „international/national Schutzberechtigte und Asylberechtigte“ anerkannt sind, werden unter dem Sammelbegriff „sonstiger erlaubter Aufenthalt“ erfasst.

Auf Nachfrage der PAZ erklärt das Bundeskriminalamt (BKA): „Straftaten von Personen, deren aktueller Aufenthaltsstatus zum Zeitpunkt der Tat bzw. der Zuordnung als tatverdächtige Person noch nicht geklärt war, dürften unter dem Aufenthaltsanlass ‚unerlaubter Aufenthalt‘ erfasst worden sein.“ Eine genaue Zahl wird nicht genannt.

In einem Kapitel „Kriminalität und Zuwanderung“ ist in der PKS der Anteil der Zuwanderer an den Tatverdächtigen bei ausgewählten Straftaten beziehungsweise Straftatengruppen aufgeführt. Als tatverdächtig im Sinne der PKS gilt jeder, der nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis aufgrund zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte verdächtig ist, rechtswidrig eine (Straf-)Tat begangen zu haben. Ein Tatverdächtiger, für den im Berichtszeitraum mehrere Fälle der gleichen Straftat festgestellt wurden, wird laut PKS in demselben Bundesland nur einmal gezählt.

> Die Kriminalstatistik bildet weniger denn je die reale Kriminalitätslage ab

So werden in der PKS unter anderem 286 Zuwanderer bei den „Straftaten gegen das Leben“ als tatverdächtig genannt. In rund zwei Drittel aller Fälle von durch Zuwanderer begangenen Straftaten gegen das Leben hatten Täter und Opfer dieselbe Nationalität. In 28 Fällen wurde das Opfer getötet, in einem Fall hatte das Opfer die deutsche Staatsangehörigkeit.

31239 Zuwanderer sind verdächtig, Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit begangen zu haben. Darunter sind es bei Raubdelikten 3172 und bei Körperverletzung insgesamt 25270 Tatverdächtige. Unter „Gefährliche und schwere Körperverletzung, Verstümmelung weiblicher Genitalien“ werden 10975 Tatverdächtige genannt. Bei „Freiheitsberaubung, Nötigung, Bedrohung“ 5833 tatverdächtige Zuwanderer. Bei „Diebstahl unter erschwerenden Umständen“ nennt die PKS 11840 Tatverdächtige. Darunter sind 1802 Zuwanderer bei Wohnungseinbruchsdiebstahl tatverdächtig.

Auf eine Frage zu georgischen Wohnungseinbrechern erklärte de Maiziere: „Wir haben hier die besondere Tatbegehung, dass Menschen aus Georgien hierher kommen, Asyl beantragen, die Zeit nutzen, um erstens Asylbewerberleistungen zu erhalten und zweitens in Wohnungen einzubrechen. Das ist der eklatanteste Missbrauch des Asylrechts, den es aus irgendeinem Land gibt – aus Georgien.“ Die Frage, wieso Georgier in großer Zahl als Asylbewerber alias Wohnungseinbrecher überhaupt nach Deutschland aus sicheren Drittstaaten einreisen durften, wurde nicht gestellt.

Bei Diebstahl insgesamt verzeichnet die PKS 50088 Zuwanderer als tatverdächtig. Davon sind 38784 Personen des Ladendiebstahls verdächtig und 3066 des Taschendiebstahls. Unter „Gewaltkriminalität“ sind 14175 Zuwanderer als tatverdächtig rubriziert, und unter Straßenkriminalität 12127. Bei Rauschgiftdelikten wird die Zahl von 9169 Tatverdächtigen genannt. 38701 Zuwanderer sind der Vermögens- und Fälschungsdelikte tatverdächtig.

Von der Staatsangehörigkeit her stellten 2015 folgende zehn Länder die meisten tatverdächtigen Zuwanderer (in dieser Reihenfolge, Straftaten ohne ausländerrechtliche Verstöße): Syrien, Albanien, Serbien, Algerien, Kosovo, Afghanistan, Marokko, Georgien, Irak und Somalia.

In der PKS heißt es: „Im Berichtsjahr 2015 kamen ca. 1 Million Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland.“

Wenige Tage nach dem Termin in der Bundespressekonferenz erklärte Bouillon in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ auf die Frage, wie viele Menschen 2015 nach Deutschland gekommen seien: „Wir wissen bis heute nicht, wie viele tatsächlich bei uns leben.“ Es könne sein, dass man das „niemals“ herausfinden werde. „Wir schätzen, dass im gesamten Bundesgebiet sehr, sehr viele Menschen noch nicht registriert sind. Zudem verlieren wir immer wieder welche aus dem Blick“, so der Vorsitzende der Innenministerkonferenz. Da man bei einem Teil der Zuwanderer nicht genau wisse, „wer sie wirklich sind und woher sie kommen“, gebe es Sicherheitsrisiken. „Alles andere wäre gelogen“, sagte Bouillon. Und: „Es könnte sein, dass darunter sogar Terroristen sind.“

Michael Leh



Nach der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2015: Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (l.) und der saarländische Innenminister, Klaus Bouillon, verlassen die Bundespressekonferenz.

Bild: pa

Willkommenskultur? Fehlanzeige

Die deutschen Vertriebenen wurden nach der Flucht in Deutschland nicht so umsorgt wie heute die Asylsucher

Angesichts der derzeit allenthalben eingeforderten Willkommenskultur sowie der Integrationsangebote, die den ins Land strömenden Asylsichern entgegenzubringen seien, muss daran erinnert werden, wie es den deutschen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg in Restdeutschland erging. Für die meisten von ihnen war das mit Stacheldraht und Schlagbäumen befestigte Grenzdurchgangslager Friedland die erste Station in der „neuen Heimat“. Im Gegensatz zu den Asylanten, die auf freie Land- und Platzwahl pochen, wurden sie von dort zwangsweise ins Landesinnere verfrachtet. Diejenigen, die sich ohne Genehmigung in andere als die zugewiesenen Orte aufmachten, hatten enorme Schwierigkeiten, der damals überlebensnotwendigen Lebensmittelmarken habhaft zu werden. Nicht selten landeten sie wegen illegalen Aufenthaltes im Gefängnis. Obwohl keiner von ihnen freiwillig die Heimat verlassen hatte, wurden sie von der einheimischen Bevölkerung abfällig als „Zigeuner“, „hergelaufene Habenichtse“, „Polacken“ oder „Rucksackdeutsche“ beschimpft. Sprüche, wie „Nehmt die Wäsche von der Mauer, es kommen die Sudetengauner!“ waren gang und gäbe und nur für die Menschen lustig anzuhören, die nicht wie die Betroffenen ihre Heimat, ihr Hab und Gut, ihren sozialen Status sowie Verwandte und Freunde verloren hatten. Denn alleine bei den von den Tschechen verjagten Sudetendeutschen waren nach Erhebungen der Zentralstelle des kirchlichen Suchdienstes 295000 Vertreibungstote zu beklagen; die Zahl der bei der Vertreibung ums Leben gekommenen Deutschen insgesamt bewegt sich in einer Größenordnung von weit über zwei Millionen.

Die allermeisten Vertriebenen mussten bis weit in die 1950er Jahre hinein zusammengepfercht in Lagern vegetieren oder in von den ansässigen Deutschen auf Behördenanordnung nur widerwillig geräumten Rumpel- und Abstellkammern, in zugigen Löchern und Verschlagen, ja selbst in Ställen hausen. Die Selbstmordrate bei den Vertriebenen lag – wen wundert es – um einiges über dem Durchschnitt der Bevölkerung. Die deutschen Vertriebenen wurden bei ihrer Ankunft auch nicht, wie das heutzutage die Asylanten erwarten dürfen, von Bischöfen der beiden großen christlichen Konfessionen euphorisch empfangen und frenetisch beklatscht. So geschehen am Münchner Hauptbahnhof im Herbst 2015. Helferkreise gab es für sie ebenfalls nicht. Den vertriebenen Geistlichen ging es nicht besser. Sie wurden zwar zur Betreuung der heimatvertriebenen Gläubigen dringend gebraucht, doch begegneten ihnen ihre einheimischen Mitbrüder, einschließlich mancher Bischöfe, oftmals mit Misstrauen. Zudem waren die Kirchengebäude den Vertriebenen häufig dann versperrt, wenn sie als Evangelische in katholischen oder umgekehrt als Katholiken in evangelischen Gemeinden ihre Gottesdienste feiern wollten. Selbst als Tote versuchte man sie zu diskriminieren. Das bayerische Staatskommissariat für Flüchtlinge und Vertriebene sah sich deshalb genötigt, ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass es verboten sei, Flüchtlinge und Vertriebene außerhalb der Friedhöfe zu bestatten.

> Die vertriebenen Deutschen wurden bei ihrer Ankunft nicht von Bischöfen euphorisch empfangen und frenetisch beklatscht

Die Vertriebenen haben das allmählich einsetzende „Wirtschaftswunder“ zwar durch ihre Arbeit entscheidend mitgestaltet, haben von ihm aber am wenigsten profitiert. Wirtschaftswissenschaftler stellten fest, dass die Einkommen der deutschen Vertriebenen auch ein Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg fast fünf Prozent unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung lagen. Ähnliches gilt für die zweite Generation der Vertriebenen, deren Einkommen immer noch gut drei Prozent niedriger waren als die vergleichbarer nichtvertriebener Westdeutscher. Deutlich größer war und ist nach wie vor die Diskrepanz beim Eigentum. Denn die erheblichen Vermögensnachteile der Vertriebenen konnten durch den sogenannten Lastenausgleich, mittels dem höchstens rund fünf Prozent des verlorenen Besitzes „entschädigt“ wurden, nur zu einem äußerst geringen Teil ausgeglichen werden.

Wie Psychologen, so der Münchner Traumaforscher Michael Ermann, betonen, sind Vertriebene durch ihre Erlebnisse während der Austreibung sowie anschließend in Restdeutschland erheblich in ihrem psychosozialen Lebensgefühl eingeschränkt. Denn die erlittenen körperlichen wie seelischen Verwundungen und traumatisierenden Erfahrungen, auf die besonders Kinder und Heranwachsende empfindlich reagieren, können nicht von heute auf morgen wie ein Hemd abgestreift werden. Sie begleiten manche ihr ganzes Leben lang und treten selbst in nachfolgenden Generationen offen zutage.

Obwohl nach 1945 Deutsche zu Deutsche kamen, also Landsleute gleicher Sprache, Kultur, Konfession und Geschichte aufeinander trafen, konnte von einer Willkommenskultur beim besten Willen keine Rede sein. Ihre von Politikern in Sonntagsreden immer wieder gerne gefeierte, angeblich so erfolgreich verlaufene Integration mussten sich die Vertriebenen in Jahrzehnten bitter erkämpfen.

Walter Kreul

Ein Herz für Schwerkriminelle

Justiz im Kuschelmodus gefährdet die Sicherheit in Deutschland. Abschreckende Urteile sind Mangelware

Im Namen des Volkes fällen deutsche Richter ihre Urteile. Jeder zweite Deutsche aber ist laut einer Allensbach-Umfrage überzeugt, dass sie viel zu milde Strafen verhängen. Skandalöse Fehlurteile bestätigen den Eindruck. Ein Staat, der nicht strafen mag, aber wird zum Beutegut von Kriminellen. Dabei könnte eine einfache Lösung Abhilfe schaffen.

Richter Gerhard Severin (61) aus dem bayerischen Schwarzenbach muss ein humoriger Mensch sein. Er ist bekennender Donaldist. Dem possierlichen Enten-Universum der Walt-Disney-Comics gehört seine Freizeit. Er lässt sich auch schon mal in einem Matrosenanzug á la Donald Duck ablichten. Zu seinem Arbeitsplatz, dem Amtsgericht in Hof, fährt er in einem roten Smart Roadster.

Nicht den geringsten Spaß versteht er angesichts der Tat eines 22-jährigen irakischen Asylbewerbers. Am Neujahrsmorgen gegen 5.30 Uhr hatte er in Hof einer 29-Jährigen an einer Bushaltestelle die schlimmsten und widerwärtigsten Minuten ihres Lebens beschert. Er hielt sie fest, schlug ihr mit der Faust ins Gesicht, griff ihr zwischen die Beine und befingerte ihre Brüste. Blutergüsse am Körper der Frau zeugten von der Brutalität seiner Tat. Als Passanten dem Opfer zur Hilfe eilten, flüchtete der Täter. Kurze Zeit später konnte ihn die Polizei festnehmen.

Eine „Sauerei“ sei das gewesen, was der Iraker getan habe, befand selbst Jürgen Schmidt, sein Verteidiger. Im Gefängnis mochte er seinen Mandanten dennoch nicht sehen. Er plädierte für eine Haftstrafe, die zur Bewährung ausgesetzt werden solle, also für ein Strafmaß unter zwei Jahren. Die Staatsanwaltschaft in Hof wiederum forderte drei Jahre. Richter Severin fand auch dies zu milde. Sein Urteil solle abschrecken und ein Zeichen setzen für die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaats – gerade auch vor dem Hintergrund der Kölner Silvesternacht, erklärte er in seiner Urteilsbegründung. Strafverschärfend käme für ihn hinzu, dass der Iraker für sich in Anspruch nehme, im demokratischen Deutschland frei und sicher leben zu können, dann aber selbst einem Menschen hier Gewalt antue. Wegen sexueller Nötigung in Tateinheit mit Körperverletzung verurteilte Severin den Mann zu dreieinhalb Jahren Haft.

So erging sein Urteil im Namen des Volkes – und in diesem Fall war die Formulierung viel mehr als nur eine Floskel. Die große Mehrheit eben dieses Volkes wird Severins Richterspruch dankbar und zustimmend zu Kenntnis nehmen. Oft genug ist das Gegenteil der Fall. In Mildheits-Wahn und Verständnis-Duselei fällen Deutschlands rund 20000 Richter skandalöse Urteile (siehe *PAZ* 21, Seite 1). Schwerkriminelle verlassen nach blutigen Gewalttaten frei und feixend die Gerichtssäle. Moslems werden milder bestraft, weil sie eine Tat während der Fastenzeit ausübten und sie das Hungergefühl verwirrt hätte. Ein Vater, der seine eigene Tochter vergewaltigt, erhält nur eine Bewährungsstrafe, weil in der entsprechenden Migrantenszene sonst herauskäme, dass die junge Frau nun „beschmutzt“ sei und somit für die Familie untragbar geworden wäre.

> Bewährung für den Vater, der seine Tochter missbrauchte

Die Polizeibeamtin Tanja Kambouri aus Bochum hat diesen Fall in ihrem Buch „Deutschland im Blaulicht“ geschildert. Sie erzählt auch, wie die Täter in schicken Anzügen, mit frisch geschnittenen Haaren und tadellosem Benehmen Reue und Besserung geloben. Die Damen und Herren in den schwarzen Roben nicken wohlwollend und brummen ihnen Sozialstunden und Antigewalttrainings auf. Gefängnis gilt ihnen als unpädagogisch, der Täter ist ein bedauernswertes Opfer der Gesellschaft. Die „Mentalität der 68-Bewegung“ bescheinigt der kritische Jugendrichter Andreas Müller aus Bernau bei Berlin vielen seiner Kollegen.


Foto: colourbox
Rechtsprechung in Deutschland: Verständnis-Duselei statt Abschreckungseffekte

Der besonders weite Ermessensspielraum, den deutsche Richter mit Billigung des Bundesverfassungsgerichtes bei der Urteilsfindung besitzen, erlaubt es, diese Einstellung voll auszuleben. Für eine allesverzeihende Justiz aber ist ausgerechnet jetzt nicht die Zeit. Nach der Asylkatastrophe erkunden gerade weit über eine Million Fremde ihren neuen Lebensort. Nichts verbindet sie mit diesem Land, außer dem Glauben hier ihr persönliche Glück zu finden. Ob sie dabei Recht und Gesetz berücksichtigen oder eben nicht, hängt davon ab, wie ihnen der hiesige Staat gegenübertritt. Das, was manche Juristen als humane Rechtsprechung loben, legen sie als Schwäche aus.

Reiner Wendt, der Bundesvorsitzende der deutschen Polizeigewerkschaft (SPolG), hat sich seinen ganzen Zorn darüber gerade in einem Artikel für ein Fachmagazin des Deutschen Städte- und Gemeindebundes von der Seele geschrieben. Dadurch, dass viele Menschen aus unterschiedlichen Regionen, Kulturen, Religionen und Traditionen zu uns gekommen seien, habe sich die Sicherheitslage selbstverständlich geändert, schreibt er in der Mai-Ausgabe von „Stadt und Gemeinde“. Es gäbe Zuwanderer, die keinen Respekt vor unserer Rechtsordnung hätten, die hemmungslos Straftaten begingen, Frauen verachteten und unsere Werte mit Füßen träten. Einzelfälle wären das nicht. Gleichzeitig seien die Antworten des Rechtsstaates beschämend. „Lächerliche Justizentscheidungen lösen nur verzweifeltes Kopfschütteln aus.“ Sein vernichtendes Fazit: „Deutschland ist ein schwacher Staat, dessen öffentliche Strukturen in den vergangenen Jahren aufgezehrt, abgebaut und ausgehöhlt wurden.“ Es werde alles viel gefährlicher.

Abhilfe könnte zumindest in Sachen Rechtsprechung eine einfache Regel schaffen: Das „Three-Strikes-Law“ lässt in den USA wohl jedem Kriminellen das Feixen vor Gericht schnell vergehen. Das „Drei-Verstöße-Gesetz“ besagt mehr oder weniger, dass ein Angeklagter zwingend ins Gefängnis wandert, sobald er sich dreimal etwas Schwerwiegendes hat zuschulden kommen lassen. Mögen die braunen Augen von Ali, Mustafa oder Kemal da auch noch so unschuldig blicken, möge der deutsche Richter noch so blauäugig sein, es gäbt nicht den geringsten Ermessensspielraum.

Frank Horns

MELDUNGEN

Kein Einsatz im Innern

Berlin – Eine Grundgesetzänderung zum Einsatz der Bundeswehr im Innern ist vom Tisch. Im April hatte eine Formulierung im Entwurf des Weißbuches zu heftigem Streit innerhalb der Koalition geführt. Nun wird die Passage „Charakter und Dynamik gegenwärtiger und zukünftiger sicherheitspolitischer Bedrohungen machen hier Weiterentwicklungen erforderlich, um einen wirkungsvollen Beitrag der Bundeswehr zur Gefahrenabwehr an der Grenze von innerer und äußerer Sicherheit auf einer klaren Grundlage zu ermöglichen“ gestrichen. Stattdessen gibt es eine gemeinsame Formulierung der Koalitionspartner, die zwar die Notwendigkeit der bereits zulässigen Unterstützung im Inland betont, aber die von der CDU angestrebte Grundgesetzänderung ausschließt. *J.H.*

Tausende Kurse für Zuwanderer

Berlin – Seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes 2005 haben die meisten Ankömmlinge einen Anspruch auf Integrationskurse. Diese setzen sich aus Sprachkursen und einem Orientierungskurs zusammen. Im vergangenen Jahr hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit insgesamt 11739 Integrationskursen begonnen. Daran haben knapp 180000 Personen erstmals und gut 21000 als Wiederholer teilgenommen. In mehr als drei Vierteln der Fälle wurden allgemeine Integrationskurse belegt. Darüber hinaus wurden Alphabetisierungskurse, Jugendintegrationskurse, Eltern- und Frauenintegrationskurse sowie Spezialkurse angeboten. Die meisten Kursteilnehmer kamen mit rund 34500 aus Syrien, gefolgt von Polen mit rund 15700 und Rumänen mit rund 15400 Teilnehmern, Italien, der Türkei und Griechenland. Der Irak steht mit rund 4300 Teilnehmern erst an achter Stelle, gefolgt von Spanien und Ungarn. *U.M.*

Ex-DDR statt Mallorca

Nicht nur niedrige Preise ziehen West-Rentner in die Neuen Länder

Erhebliche regionale Unterschiede bei der Kaufkraft von Rentnern hat eine Studie des Prognos-Instituts ermittelt. So müssen Rentner in München – dem teuersten Altersruhesitz – für Miete, Strom, Nahrungsmittel oder Kleidung im Schnitt rund 1300 Euro zahlen. Der bundesweite Durchschnittswert liegt dagegen nur bei etwa 1000 Euro. Mit einer Abweichung vom Bundesdurchschnitt von gut 13 Prozent sehr günstig leben Senioren wiederum im Landkreis Elbe-Elster (Brandenburg). Dass es regional große Unterschiede bei der Kaufkraft ihrer Renten gibt, dürften viele Senioren inzwischen auch durch eigene Erfahrungen mitbekommen haben.

Nach Daten des Statistischen Bundesamts sind im Jahr 2013 gut 260000 Rentner umgezogen. Durch viele restaurierte Gründerzeitbauten und eine gut erhaltenen Altstadt hat sich speziell Görlitz zu einem Anziehungspunkt für Senioren entwickelt. So sind rund 1200 West-Rentner in den vergangen Jahren in die Stadt an der Neiße gezogen. Für Görlitz, das seit 1989 von der Abwanderung vieler Junger betroffen war und nur rund 56000 Einwohner hat, stellt dies einen beachtlicher Zuwachs dar.

Es sind verschiedene Motive, die Görlitz attraktiv machen: Oftmals spielt eine Rolle, dass es familiäre oder geografische Wurzeln in der Gegend gibt. So handelt es sich bei einigen der Zugezogenen um Vertriebene aus Schlesien. Im Bewusstsein vieler Deutscher ist es häufig nicht präsent, dass es sich bei der Region um Görlitz um einen Teil Niederschlesiens handelt.

Im Fall anderer Städte war wiederum eine kulturelle Affinität ausschlaggebend, vom Westen in die Neuen Bundesländer zu ziehen. So ist die Klassik-Stadt Weimar vor allem unter emeritierten West-Professoren und -Lehrern im Ruhestand zum begehrten Alterssitz geworden.

> Insbesondere Besserverdienende zieht’s in den Osten

Bereits im Jahr 2010 hatte der Mobilitätsforscher Andreas Knie vom Wissenschaftszentrum Berlin in einem Interview darauf aufmerksam gemacht, dass es meistens überdurchschnittlich gut verdienende und gebildete Westdeutsche sind, die in Richtung Neue Bundesländer ziehen. Erst relativ spät wurde dabei Görlitz als Geheimtipp entdeckt, die Städte Weimar und Potsdam profitieren schon länger von dieser innerdeutschen Wanderungsbewegung. So verzeichnet das idyllische Weimar bereits seit 1991 einen Bevölkerungszuwachs in der Gruppe der über 60-Jährigen.

Andernorts werden die Erfolge von Görlitz, Potsdam und Weimar inzwischen aufmerksam verfolgt. So bereitet sich zum Beispiel auch Chemnitz durch den Bau von barrierefreien modernen Wohnungen gezielt auf den Zuzug von älteren Mitbewohnern vor. Schon jetzt hat die sächsische Stadt laut der EU-Statistikbehörde Eurostat mit 25 Prozent den höchsten Seniorenanteil in Europa.

Allerdings wird der Zuzug von Rentnern von einigen Kommunalpolitikern in den Neuen Bundesländern auch mit gemischten Gefühlen gesehen: Städte fürchten das „Florida-Syndrom“, so der Mobilitätsforscher Knie. Gemünzt ist der Begriff auf Florida als beliebten Ruhesitz für US-amerikanische und kanadische Rentner. Bleibt es nämlich ausschließlich beim Zuzug von Angehörigen der älteren Generation, dann halten sich, zumindest nach den amerikanischen Erfahrungen, die positiven wirtschaftlichen Effekte in Grenzen.

Norman Hanert

Anzeige



Zeitzeugen



Susanne Wiest – Im Dezember 2008 richte die Greifswalderin eine Online-Petition an den Deutschen Bundestag, in der sie ein monatliches BGE von 1500 Euro pro Monat für alle deutschen Erwachsenen und von 1000 Euro für Kinder forderte. 2013 folgte der Bundestag der Empfehlung des Petitionsausschusses und lehnte die Petition ab.

Montesquieu – Der Vordenker der Aufklärung beschrieb das Prinzip der Gewaltenteilung und damit den Grundgedanken der Demokratie. Seiner Auffassung nach schuldet der Staat allen seinen Einwohnern einen sicheren Lebensunterhalt, Nahrung und einen Lebensstil, der ihre Gesundheit nicht beeinträchtigt.



Timotheus Höttges – Grundlegende Veränderungen durch die digitale Revolution würden zum Schwund von Arbeitsplätzen führen, meint der Telekom-Chef. Das Grundeinkommen könne eine Lösung sein, um unsere Gesellschaft abzusichern. Er schlägt eine Finanzierung durch die Besteuerung der Gewinne großer Internetkonzerne vor.

Thomas Morus – 1516 veröffentlichte der englische Rechtsgelehrte und Humanist sein philosophisches Werk „Utopia“ (Nirgendwo), in dem er einen republikanischen Idealstaat beschrieb. Mit seiner Schrift warb er für eine Existenzsicherung aller Bürger, nicht zuletzt um Kriminalität und Todesstrafen zu vermeiden. Vorbilder waren Platons „Politeia“ und die urchristliche Gemeinschaft.



Gertrud Höhler – Die Publizistin und Unternehmensberaterin wurde vor einigen Jahren durch ihre Auftritte in Diskussionssendungen bekannt. In ihrem Buch „Aufstieg für alle“ (2007) bezeichnet sie das BGE oder Bürgergeld als notwendige Maßnahme: „50 Jahre nach Ludwig Erhards Kampfruf ‚Wohlstand für alle‘ erleben immer mehr Deutsche, dass mit ihrem Arbeitseinkommen Wohlstand nie mehr möglich sein wird. Widerspricht hier die Regierung? Weiß sie das überhaupt? Nimmt sie es billigend in Kauf? Wenn ja, was zu vermuten ist, dann hat Deutschland keinen anderen Ausweg als das bedingungslose Grundeinkommen.“

2500 Euro für jeden?

Die Schweizer stimmen über ein Mindesteinkommen für alle ab

Am 5. Juni stimmen die Schweizer über die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ab. Damit könnte es in Europa erstmals zur Einführung eines Grundsicherungssystems kommen, das vor allem Familien und von Armut betroffenen Personen völlig neue Lebensperspektiven eröffnen würde.

Weltweit sind in einigen Ländern Grundeinkommen für Arme oder alle Bürger eingeführt worden. Sie liegen jedoch sämtlich unter der Existenzsicherung. So erhält jeder Bürger im US-Bundesstaat Alaska etwa 900 US-Dollar (gut 800 Euro) aus dem „Alaska Permanent Fund“.

Die Finanzierung des Schweizer BGE soll über Einsparungen von Sozialleistungen und ein neues Steuersystem erfolgen. Empfohlen wird ein BGE in Höhe von 2500 Franken (2268 Euro) für jeden Erwachsenen und 625 Franken (567 Euro) pro Kind. Ab einem Einkommen von 2500 Franken wird das Grundeinkommen komplett abgezogen. Umfragen deuten darauf hin, dass sich eine große Mehrheit dagegen aussprechen wird.

Doch rückt damit das noch relativ neue Thema in die Öffentlichkeit. Die Politik stemmt sich bisher dagegen. So auch in Deutschland, wo ein Programm für Arme geschaffen wurde, ein Programm ohne Gegenleistung für alle dagegen parteiübergreifend mehrheitlich auf Ablehnung stößt. Die Evangelische Kirche hält den Vorschlag für berechtigt, in der Katholischen Kirche gibt es noch keine offizielle Position. 2010 wurde das BGE erstmals auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos erörtert.

Eindeutiges Abstimmungsergebnis erwartet

In Deutschland werben die „Initiative Grundeinkommen“ und das Netzwerk „Unternimm die Zukunft“ für die Einführung eines BGE. Gründer des Netzwerks ist Götz Werner, Inhaber der Drogerie-Kette „DM“. Werner schlug in seinem Buch „Einkommen für alle“ (2007) eine Grundeinkommenshöhe von 1500 Euro vor. Nach seinem Modell entstehen durch das BGE jährlich Kosten von etwa 600 bis 800 Milliarden Euro. Finanziert werden soll das Grundeinkommen über eine Umsatzsteuer. Lohn und Einkommen sollen nicht mehr besteuert werden, dagegen fallen Sozialleistungen wie Kindergeld, Arbeitslosengeld oder Renten schrittweise weg. Damit und durch den Bürokratieabbau sollen circa 700 Milliarden Euro eingespart werden.

Für die politische Umsetzung des BGE engagieren sich auch das Netzwerk „Attac“ und einzelne Aktivisten. Am 11. April 2014 gründete sich in Brüssel das Bündnis „Unconditional Basic Income Europe“ (UBIE)“, das in 25 europäischen Ländern verankert ist. In Hamburg fand am 19. und 20. Mai 2016 die erste „Europäische Konferenz Bedingungsloses Grundeinkommen und Degrowth“ statt, organisiert von UBIE und der wachstumskritischen Degrowth-Bewegung.

Ein außergewöhnliches Experiment startete der 31-jährige Berliner Michael Bohmeyer im Herbst 2014. Über seine Internet-Seite „Mein Grundeinkommen“ sammelt er Spenden und verlost von dem Geld jeden Monat 15 bedingungslose Grundeinkommen für ein Jahr in Höhe von 1000 Euro monatlich. Die glücklichen Gewinner sind „Versuchskaninchen“: Sie werden gebeten zu berichten, was sich in ihrem Leben durch das Grundeinkommen geändert hat. Unterdessen ergab eine Umfrage zur Akzeptanz eines BGE in allen 28 EU-Mitgliedsstaaten ein überraschendes Ergebnis. 64 Prozent der Befragten würden für ein Bedingungsloses Grundeinkommen stimmen. *D. Jestrzemski*

(siehe Kommentar Seite 8)

Unabhängig von Arbeit und Bedürftigkeit

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist ein festes Mindesteinkommen, das jeder, ob er arbeitet oder nicht, vom Staat garantiert bekommt. Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Die Idee ist nicht neu und nicht auf Deutschland begrenzt, sondern wurde schon im frühen 20. Jahrhundert in mehreren Ländern angeregt. Das BGE wird nicht an Haushalte gezahlt, sondern an Individuen. Zahlreiche Modellvorschläge wurden dazu entwickelt. Meist beinhalten sie die Prämisse, das Grundeinkommen gestaffelt nach der Höhe sonstiger Einkommen zu berechnen. Weiterhin gibt es Unterschiede in der Höhe des Grundeinkommensbetrags, in den Quellen seiner Finanzierung, im Hinblick auf die Sozialversicherungen und sonstige Transferzahlungen sowie arbeitsmarkpolitische Regulierungen.

Zahlreiche Modellvorschläge

Das BGE unterscheidet sich wesentlich von fast allen zurzeit weltweit bestehenden Systemen der Grund- oder Mindestsicherung. Argumente für ein BGE sind: größere Verteilungsgerechtigkeit, mehr Zeitsouveränität durch soziale Sicherheit, Entflechtung der Arbeit vom Einkommenszweck, Vermeidung von Altersarmut, Förderung der Familien, mehr Unabhängigkeit bei der Wahl des Erwerbseinkommens, Förderung von Existenzgründungen und ehrenamtlichen Tätigkeiten, Zeit für Bildung. Man erwartet eine größere Effizienz des Sozialstaates und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Für ein BGE plädierte der aus Zypern stammende Ökonom Christopher Pissarides. Der Nobelpreisträger von 2010 rechnet mit einer zunehmend ungleichen Einkommens- und Vermögensentwicklung infolge der digitalen Revolution. Man dürfe die Verteilung nicht allein dem Markt überlassen. Es gelte, ein neues System zu entwickeln, um die Einkommen umzuverteilen. Am besten dafür geeignet sei ein BGE. *D.J.*



Der Traum vom Wohlstand für alle, ohne arbeiten zu müssen, ist nicht neu: Pieter Bruegels des Älteren „Schlaraffenland“ von 1567

Für und Wider

Gegner fürchten Schuldenfalle und Schmarotzertum

Das BGE werde kommen, hört man jetzt immer öfter. Es frage sich nur, wann und wie es ausgestaltet sein werde. Auch hierzu meldet sich Götz Werner, der engagierteste prominente Vorkämpfer für ein BGE, wieder zu Wort: „Es geht darum, dass der Einzelne bescheiden, aber menschenwürdig im Sinne des Artikels 1 unserer Verfassung leben kann. Damit ist alles erklärt.“

Wie manche Wirtschaftswissenschaftler ist Werner der Auffassung, dass Arbeit und Einkommen in unserer heutigen, fremdversorgten Lebenswelt voneinander getrennt werden müssten. Zudem bremse unser derzeitiges Steuersystem die Produktivität, es habe Arbeit unbezahlbar gemacht. Dabei sei ein Teil der Arbeitnehmer abgehängt worden, deren Tätigkeit unterbewertet sei. Das betreffe die sozialen Berufe, Reinigungskräfte, Friseure und andere. Die Zukunft des Sozialstaats liege in einem garantierten Grundeinkommen: Der Einzelne hätte die Freiheit zu arbeiten, um sein Einkommen zu erhöhen, wäre aber nicht dazu gezwungen. Damit entstünde

Sollen auch Zuwanderer in den Genuss kommen?

Freiraum, um für die eigene Familie und für die Mitmenschen sinnvoll tätig zu sein. Bislang schlecht bezahlte Arbeit würde im Wert steigen. Götz behauptet, Deutschland könne so zum Steuer- und Arbeitsparadies werden.

Der am meisten vorgebrachte Einwand gegen ein BGE richtet sich gegen die Finanzierung durch ein völlig neuartiges Steuersystem, oder man zweifelt generell an der Finanzierbarkeit. Konservative und Liberale sind durchweg gegen die weitgehende Abhängigkeit vom Staat. Nicht von der Hand zu weisen ist auch das immer wieder gehörte Contra-Argument, dass es eines Anreizes zur Arbeit und gegen Schmarotzertum bedürfe. Mit einem rapide sinkenden Bruttosozialprodukt könnte Deutschland rasch in einer ausweglosen Schuldenfalle landen, so die Befürchtung. Unsicherheit herrscht außerdem über die Frage, ob nur Deutsche Anspruch auf ein BGE haben sollen oder auch Europäer und andere Zuwanderer beziehungsweise ob das erst nach einer Überbrückungszeit der Fall sein sollte. Befürchtet werden unkontrollierbare Immigrationsströme nach Deutschland. *D.J.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Integration: Geplant in die Pleite

Asylkosten explodieren, Maßnahmen mit fraglichem Erfolg: Opposition kritisiert »Masterplan«



Ausgaben haben sich seit 2013 versechsfacht: Die Kosten für die Betreuung der Zuwanderer, wie hier auf dem Gelände des früheren Flughafens Tempelhof, laufen aus dem Ruder

Bild: pa

Der vom Senat überarbeitete „Masterplan Integration“ ist seit vergangenen Dienstag politisch beschlossene Sache. Ob Leistungsgewährung, Bildung, Teilhabe – SPD und CDU schreiben vor allem Rechte für Zuwanderer und damit Pflichten für alle anderen fest.

Die größte Verpflichtung besteht in galoppierenden Asyl-Ausgaben zusätzlich zum bereits beschlossenen Haushalt. Rund 390 Millionen will der Senat so 2016 und 2017 ausgeben. Asylbewerber kosten das Land schon jetzt deutlich mehr als kommuniziert. Dem Haushalt drohen rote Zahlen.

Berlins Zuwanderungspolitik verstrickt sich zudem in Widersprüche: Die versprochenen besseren Unterkünfte entstehen, aber anders als politisch beteuert bleiben Massenunterkünfte vorherrschend. Nach Kritik am Masterplan und dem Skandal um dessen Zustandekommen im politischen Filz hat der Senat das Grundsatzpapier zwei Monate lang überarbeitet. „Unredlich“, „Traumpapier“, „Wunschliste“ nennt es die Opposition.

Der jüngste Senatsbeschluss fällt ausgerechnet mit der Verlegung von Asylbewerbern in neue Massenunterkünfte zusammen. Rund 130 Asylsuchende müssen aus Spandau in eine Großunterkunft ziehen, weil die Senatsverwaltung für Soziales ihre bisherige, überschaubare und beliebte Bleibe an einen Investor verkauft.

Über dieses Ereignis hinaus meint die Opposition zu ahnen, dass der Masterplan bei hohen Kosten wenig Positives bei den Adressaten bewirkt. Gerade übte der Rechnungshof von Berlin harte Kritik am Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) wegen der „Flüchtlingskosten“, wirft der Behörde mangelnde Prüfung und fehlende Ausschreibung von Aufträgen vor.

In einem Einzelfall nahm die Polizei eine Einbrecherbande fest, deren Familien die Bereitstellung von Unterkünften für Zuwanderer nicht nur zu einem Geschäfts-, sondern einem Tarnmodell für Raubzüge ausgebaut hatten. Es gebe allgemein keine Standards für die Auftragsvergabe, keine Kontrolle, rügt die Opposition. Der Senat gebe Geld zum Großkomplex Zuwanderung aus, schaue dabei nicht genau hin, so der Tenor.

> Nun soll der Bund einspringen, um die Kosten zu stemmen

Nun räumt selbst Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) ein: „Das Geld reicht bisher nicht aus.“ Allein von Anfang Januar bis Ende April gab Berlin 299 Millionen Euro für Integration und Zuwanderer aus. Für das Gesamtjahr könnten es 900 Millionen werden, berichten Medien unter Berufung auf die Finanzverwaltung. Im Haushalt stehen aber maximal 600 Millionen Euro bereit. Berlin hofft daher auf Kostenübernahme durch den Bund. Der Bund müsse sich paritätisch beteiligen, lässt das Ressort von Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) verlauten.

Größte Kritik erregt der Masterplan bei Grünen und Linkspartei. Das Kalkül des Senats, die Bundesregierung zahle 150 Millionen Euro, ohne dass es dort einen entsprechenden Beschluss gebe, könne mit den rasant steigenden Kosten der Zuwanderung den gesamten Haushalt Berlins in die Verschuldung treiben, fürchtet die Opposition. Am 16. Juni will der Senat auf einer Ministerpräsidentenkonferenz mehr Geld vom Bund.

Diese weitere Öffnung des Füllhorns Masterplan käme zu den aktuellen Kostentreibern hinzu. Die hat die Finanzverwaltung erfasst: Es sind die Leistungen für Asylbewerber, die schon länger in Berlin leben, und die Betreuung unbegleiteter Minderjähriger. Kosteten diese jungen Zuwanderer 2015 den Senat 18,6 Millionen Euro, hat er allein von Januar bis April dieses Jahres schon 32,2 Millionen Euro für sie bezahlt. Hinzu kommen Probleme mit hoher Kriminalität, die Frage des Nachzugs oder der Altersbestimmung. Das weitere Anwachsen dieser Personengruppe sei „nicht absehbar“, kommentierte die Finanzverwaltung, die allerdings baldige Einsparungen bei den Mietkosten für Unterkünfte erwartet, schließlich werde neu gebaut.

Dies alles gehört zum „einmaligen Konzept“, wie Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) den Masterplan nennt: der Aufbau eines neuen Ankunftszentrums auf dem einstigen Flugplatz Tempelhof, eine elektronische Gesundheitskarte für Zuwanderer, zudem Wohncontainer für 15000 Menschen. Fertighäuser sollen an 60 Standorten entstehen, die 24000 Menschen aufnehmen können. Bei der Bildung sind 14000 Kitaplätze extra und 20000 in Schulen vorgesehen.

Zum Gros der Kosten, den Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, steht indes eine verlässliche Kalkulation aus. Allein hierfür muss Berlin über das Lageso und die Bezirke dieses Jahr 690 Millionen Euro aufwenden, schätzen Experten. Die Sprengkraft der Pläne zeigt sich im mehrjährigen Vergleich: Von 2013 bis jetzt haben sich die Ausgaben Berlins für die Flüchtlingsbetreuung versechsfacht. Auch pro Zuwanderer gibt der Senat mehr aus. Statt 878 Euro damals sind es 2015 schon 1140 Euro gewesen.

Selbst in den eignen Reihen werden die Annahmen des Papiers kritisch gesehen. Der CDU-Abgeordnete Burkard Dregger moniert, der Deutschunterricht in den Willkommensklassen sei nicht immer erfolgreich, Zuwanderer beherrschten nach einem Jahr teils nur Bruchstücke der deutschen Sprache. Kolat erwiderte die Kritik ausweichend: Die offene Gesellschaft lebe von Vielfalt. Der Masterplan sei ein „einmaliges Konzept“, das sie als „offenen Fahrplan, der weiterentwickelt werden kann“ verstehe.

Sverre Gutschmidt

Setzt Berlin auf Diät!

Von Jan Bremer

Tatsächlich, nach einem Vierteljahrhundert hat Berlin trefflich in seine Rolle als deutsche Hauptstadt zurückgefunden. Die von Bombenterror, Krieg und Teilung zerfurchte Stadt hat zu neuem Glanz, neuer Einheit gefunden. Wo die Mauer einst stand, ist oftmals nur noch am unauffälligen Pflasterstreifen zu erkennen, der den Verlauf der kommunistischen Todeslinie heute markiert. Berlin ist wieder die brodelnde Metropole eines großen europäischen Landes, ein Spiegel Deutschlands, der Menschen aus aller Welt anzieht.

Das ist die eine Seite. Leider spiegelt Berlin auch die zweifelhaften Erscheinungen der deutschen Gegenwart beispielhaft wieder. Und es hat den Eindruck, dass sich die Hauptstadt gerade in dieser Hinsicht besonders eifrig ins Zeug legt. Was in Deutschland schiefläuft, das läuft an der Spree immer noch ein bisschen schiefer.

In der Asylpolitik legt Berlin gerade wieder Zeugnis ab von seiner Begabung, alle anderen beim Falschmachen mühelos übertrumpfen zu können. Das Chaos am Lageso hat bundesweit Schlagzeilen gemacht und sucht zwischen Garmisch und Greifswald vergeblich seinesgleichen. Dass der nun vorgelegte „Masterplan Integration“ absehbar in ein kostenträchtiges Desaster mündet, überrascht da nicht einmal mehr.

Aber warum ist das so? Am mangelnden Geld kann es nicht liegen. Die Hauptstadt ist der größte Kostgänger des Landes, nirgendwohin fließen mehr Steuermittel aus anderen Regionen der Republik als nach Berlin.

Doch vielleicht liegt gerade hierin die Ursache für Berlins Probleme. Der endlose Geldstrom verfestigt ineffektive, aufgeblähte Strukturen. Wie in anderen vom Länderfinanzausgleich und weiteren Hilfen besonders verwöhnten Ländern und Gebieten Deutschlands düngt der Subventionsregen bloß die Ursachen der Verkrustung, statt das begünstigte Gemeinwesen dynamischer zu machen. Dies lässt sich selbst auf europäischer Ebene beobachten. Griechenlands Weg zurück in die Dritte Welt wurde mit europäischen Zuschüssen gepflastert. Je mehr davon flossen und fließen, desto weniger bewegt sich in Hellas, desto weiter steigt es ab.

Im Vergleich zu Griechenland oder abgehängten Regionen im Norden und Osten der Bundesrepublik aber verfügt Berlin über sagenhaftes Potenzial. Daten über die Anzahl neuer Firmen, gerade in den Zukunftsbranchen der Informationstechnik, belegen das.

Was Berlin besser täte als immer weiter fließende Subventionen wäre womöglich das genaue Gegenteil: Eine strenge Diät, welche die Stadt und ihre Verwaltung zwingt, die eigenen Stärken zu entwickeln und Unsinniges trocken zu legen.

Zuwachs für die »Linke«

Brandenburg an der Havel: 2017 tritt Ex-»Piratin« gegen Steinmeier an

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) wird im Jahr 2017 in seinem Bundestagswahlkreis auf eine prominente Herausforderin treffen. Laut Linkspartei will das ehemalige Mitglied der Piraten-Partei Anke Domscheit-Berg im Wahlkreis 60 (Brandenburg an der Havel) für die Linke antreten, um das Direktmandat zu gewinnen. Nach Angaben der Linkspartei ist geplant, dass Domscheit-Berg auch einen aussichtsreichen Listenplatz erhält.

2013 hatte Steinmeier hier mit 33,3 Prozent der Erststimmen das Direktmandat errungen. Er lag nur knapp vor der CDU-Bewerberin Andrea Voßhoff (32,8 Prozent). Für die „Linke“ war damals Diana Golze angetreten und hatte 23,8 Prozent bekommen. Fraglich erscheint bei allen drei Parteien, ob sie 2017 nochmals ähnlich gut abschneiden werden. So sieht eine unlängst durchgeführte Umfrage von Infratest Dimap die Linkspartei in Brandenburg sogar hinter die AfD zurückgefallen, die dort bereits bei 20 Prozent liegt.

Nach ihren eigenen Angaben sieht Domscheit-Berg ihre Kandidatur auch als Kampfansage an die AfD. Die „Linke“ stehe für „soziale Gerechtigkeit, unverhandelbare Grundrechte wie das Recht

> Direktmandat des Außenministers steht auf dem Spiel

auf Asyl, keine Militäreinsätze sowie einen verlässlichen Kampf gegen den Überwachungsstaat und seine Geheimdienste“, so die Kandidatin im „Tagesspiegel“. Trotz ihrer Ankündigung, für die „Linke“ zu kandidieren, will die 48-Jährige zunächst parteilos bleiben.

Für die Linkspartei stellt die Feministin und Transparenzaktivistin allerdings nicht nur ein Aushängeschild dar, sondern auch ein Risiko: So war bereits der frühere Bundesrichter Wolfgang Neškovi als Parteiloser für die Linkspartei in den Bundestag eingezogen. Später hatte er sich dann relativ kritisch über einige Genossen geäußert.

Domescheit-Berg war lange Mitglied bei Bündnis 90/Grüne, ehe sie 2012 den „Piraten“ beitrat. Nachdem sie zeitweilig sogar Landeschefin der neuen Partei in Brandenburg war, verließ Domscheit-Berg im Jahr 2014 die „Piraten“ wieder.

Mit ihrer offenen Unterstützung für die Linkspartei steht die Ex-„Piratin“ nicht allein. Bereits Anfang des Jahres hatten 36 Ex-„Piraten“ bekanntgegeben, bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September die Linkspartei „kritisch-solidarisch“ unterstützen zu wollen. „Die Piratenpartei ist tot“, so der Befund in einem damals verfassten Papier der Unterstützer. *Norman Hanert*

Immer weniger Filialen

Berliner Sparkasse schließt fast jede zehnte Außenstelle

Nach der Deutschen Bank/Berliner Bank hat nun auch die Berliner Sparkasse angekündigt, eine größere Anzahl von Filialen schließen zu wollen. Rund 100 Filialen sollen bleiben, zehn weniger als jetzt. Es heißt, man könne sich „wenig frequentierte und unrentable Filialen nicht mehr leisten“. Allerdings war zu erfahren, dass 2015 die Berliner Sparkasse zwölf Millionen Euro Gewinn nach Steuern erzielt hat. Für 2016 werden sogar 60 Millionen erwartet. Aus der Ertragslage lässt sich ein Sparzwang nicht ableiten.

Je fünf Standorte im Westteil und im Osten der Stadt sollen liquidiert werden. Das zielt kurz- und mittelfristig auf Personalabbau hin. Es soll allerdings nicht zu Entlassungen kommen. Die Mitarbeiter werden auf andere Zweigstellen umgesetzt. Später fallen die Stellen weg, wenn die Kollegen aus Altersgründen ausscheiden.

Dem gegenüber wird der persönliche Kundendienst an anderer Stelle verstärkt, wenn wohl auch nur vorübergehend. Sparkassen-Sprecherin Constanze Stemp verkündete, ihr Institut habe seit September 2015 für rund 14000 „Flüchtlinge“ eine Bank-

> Kundencenter für Immigranten eingerichtet

verbindung eingerichtet. Voraussetzung für die Kontoeröffnung ist eine Registrierung beim Lageso und eine Berliner Meldeadresse. Das könne auch eine Turnhalle sein, so Stemp. Dafür hatte die Sparkasse in Berlin-Lichtenberg und Berlin-Wilmersdorf extra zwei „Kundencenter für Migranten“ mit speziell geschultem Personal integriert. Während sich die „Flüchtlinge“ über Zuwendung und Aufmerksamkeit freuen können, beklagen sich indes langjährige Sparkassenkunden.

Künftig längere Wege zu „ihrer“ Bank werden nicht die Ausnahme sein. Das Institut verweist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit des „Online-Bankings“. Der Nebeneffekt für die Sparkasse käme einer Gewinnsteigerung entgegen, denn dadurch können deutlich Personalkosten eingespart werden. Gerade für ältere Kunden ist es jedoch oft keine reale Alternative.

An den bisherigen Standorten sollen zumindest Geldautomaten und SB-Terminals bestehen bleiben. Das könnte jedoch Probleme mit den Eigentümern nach sich ziehen, bei denen die Sparkasse ihre Filialen bislang angemietet hat. Diese befürchten, dass künftig diese Automaten von Räubern gesprengt werden könnten, um an Bargeld zu gelangen. Der Schaden an so einem Gebäude sei dann „enorm“. *Hans Lody*

MELDUNGEN

Kiew schließt Russen aus

Kiew – Der Eurovision Song Contest (ESC) 2017 könnte ohne die Beteiligung russischer Interpreten stattfinden. Wie Anton Geraschtschenko, Abgeordneter des ukrainischen Parlaments, dem Radiosender „Goworit Moskwa“ mitteilte, besteht in der Ukraine für die Mehrzahl der russischen Künstler ein Einreiseverbot. Wer sich nicht eindeutig gegen den Anschluss der Krim oder für die ukrainische Position im Donbass-Konflikt ausspreche, sei davon betroffen. Damit würde kaum ein russischer Sänger am nächsten ESC teilnehmen können, der infolge des Sieges der ukrainischen Sängerin Jamala voraussichtlich in der Ukraine stattfinden wird. *T.W.W.*

Handschlag bleibt Pflicht

Basel – Im Schweizer Kanton Basel-Landschaft darf künftig kein Schüler mehr aus religiösen Gründen seinen Lehrern den Handschlag verweigern. Das öffentliche Interesse bezüglich der Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Integration von Ausländern überwiege die Glaubensfreiheit erheblich, teilte die Schulbehörde zur Begründung mit. Damit können die Lehrkräfte den Handschlag wieder von jedem Schüler einfordern. Bei einer Weigerung müssen die Erziehungsberechtigten mit einer Geldstrafe von bis zu umgerechnet 4500 Euro rechnen. Die Schulbehörde reagierte damit auf die Weigerung zweier muslimischer Schüler, ihrer Lehrerin die Hand zu reichen. Sie meinten, niemand könne sie zwingen, Hände zu berühren, und wenn man es doch täte, „wäre das eine Diskriminierung gegen uns“. Die Schule hatte daraufhin eine umstrittene Sonderregelung für muslimische Schüler eingeführt, die nun durch die Entscheidung der Schulbehörde aufgehoben wurde. *J.H.*

Neue Enthüllungen von Snowden

NSA-Mitarbeiter besuchten Guantanamo zur Entwicklung neuer Methoden der Häftlingsbefragung

Zwei prägende Elemente US-amerikanischer Politik, beide gleichermaßen von abstoßender Bekanntheit, rücken durch ein neues Snowden-Papier in enge Nähe: Guantanamo und die NSA. Das verbindende Element der beiden ist die Folter, die in den USA von der Polizei, den Diensten und dem Militär ziemlich unverhohlen berieben wird.

Auf der amerikanischen Internetseite „The Intercept“ sind 166 neue Dokumente von Edward Snowden aufgetaucht, die belegen, dass Mitarbeiter des technischen Geheimdienstes NSA an verschiedenen Programmen in Guantanamo teilgenommen haben, bei denen es um die Entwicklung von neuen Methoden zur Befragung der Häftlinge geht. Zwar ist nicht ersichtlich, wie im einzelnen das Fachwissen der NSA-Spione beim Ersinnen neuer Grausamkeiten nützlich sein kann, doch sowohl das Internationale Komitee vom Roten Kreuz als auch Human Rights Watch haben von den Anwendungen berichtet, die man heute in US-Fachkreisen „erweiterte Verhörmethoden“ nennt.

Dazu gehört es, Häftlinge dauerhaft in schmerzhaften Positionen zu fixieren, ihnen Schlaf, Speise und sogar Wasser zu entziehen, sie extremen Temperaturen oder aber überlauter, aggressiver Musik auszusetzen. Die Beteiligung der NSA und übrigens auch des FBI an solchen Machenschaften ist zwar durchgesickert, doch in dem Bericht des „United States Senate Select Committee on Intelligence“ nicht dokumentiert.

Bei diesem Bericht handelt es sich um eine 525-seitige Zusammenfassung aus einem Kompendium von 6700 Seiten, die zudem an vielen Stellen geschwärzt ist. Erstellt hat ihn der Geheimdienst-Ausschuss des Senats, und es geht dabei um Foltermethoden in ausländischen, diensteigenen Gefängnissen der CIA. Allerdings spielt es neuerdings keine Rolle mehr, was in dem Bericht stand oder verschwiegen wurde, denn es gibt ihn nicht mehr. Er war auf der Festplatte eines Rechners im Büro des CIA-Generalinspekteurs Christopher Sharpley aufbewahrt, wo er durchaus versehentlich gelöscht wurde. Fatalerweise handelte es sich um das einzige Exemplar in digitaler Form, schriftlich gab es ohnehin keines. Und was das Unglück noch unerklärlicher macht: Die Datei wurde nicht nur gelöscht, sondern die ganze Festplatte ist verschwunden.

Der Senatorin Dianne Feinstein, der Vorsitzenden des Geheimdienst-Ausschusses, blieb nichts anderes zu tun, als einen Brief an Justizministerin Lorettas Lynch und den CIA-Direktor James Clapper zu schreiben und den beiden den Sachverhalt mitzuteilen. Ihr Kommentar dazu war: „Es gibt sehr einflussreiche Kreise, die daran interessiert sind, dass diese Informationen niemals ans Tageslicht gebracht werden.“

Bundeswehr schützt mutmaßliches US-amerikanisches Foltergefängnis

Unabhängig vom Schicksal der CIA-Sharpley-Festplatte wäre es bei anders gearteter Interessenslage durchaus möglich, einiges von dem, was da verloren gegangen ist, wiederherzustellen.



Für ihr Gefangenenlager berüchtigt: Die Guantanamo Bay Naval Base Bild: Mauritius

Denn schließlich gibt es nach wie vor verschiedene Zeugen des Geschehens, an ihrer Spitze den früheren CIA-Agenten John Kiriakou. Er war in seiner „Firma“ mit allen Wassern gewaschen und betrachtete anfangs die Folter als ein „nützliches Übel“, bis es ihm zu viel wurde. Vor fast zehn Jahren trat er an die Öffentlichkeit und brachte Einzelheiten wie das Waterboarding ans Licht.

Die Folge war nicht, wie man hätte erwarten sollen, dass die Leute, die für die Folter verantwortlich waren, zur Rechenschaft gezogen worden wären, sondern der mehrfach für seine Verdienste ausgezeichnete Kiriakou, der den Missstand aufgedeckt hat, musste vor den Kadi und wurde zu 30 Monaten Haft verurteilt. Er ist bislang der einzige CIA-Mann, der sich öffentlich über die Folter geäußert hat.

Dass die „Firma“ das Licht der Öffentlichkeit scheut, hat natürlich viele Gründe, schließlich ist sie ein Geheimdienst. Aber es sind eben nicht immer ehrenwerte und auftragsgemäße Tätigkeiten, die man verstecken will. So hat sich auch die Übung eingebürgert, Foltergefängnisse nicht in den USA, sondern in einem Vasallen-Staat zu betreiben. Über eine gewisse Zeit waren die baltischen Länder und Polen bevorzugte Stätten für diesen Zweck. Bezeichnenderweise handelt es sich dabei um Länder, die mit herausgehobener Inbrunst vor der russischen Gefahr warnen. Die Zusammenarbeit war aber spätestens in dem Augenblick gestört, als vor fast zwei Jahren der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Polen zu hohen Zahlungen von Schmerzensgeld verurteilt hat. Polen, so die Begründung, habe der CIA geholfen, Terror-Verdächtige nicht nur zu inhaftieren, sondern auch zu foltern.

Dem Treiben der CIA hat das nicht Einhalt geboten, man verlagerte lediglich den Schwerpunkt seiner Aktivitäten. Heute dürfte das von der deutschen Bundeswehr sorgsam bewachte US-Camp Bondsteel im Kosovo in Art und Umfang allen Anforderungen eines zeitgemäßen Quälens von Menschen genügen. Auch der Vorwurf von Human Rights Watch, US-Präsident Barack Obama behindere Untersuchungen zu den Folter-Vorwürfen gegen die CIA, berührt die Adressaten nicht. Für die ist eine Umfrage viel wichtiger, wonach 47 Prozent der volljährigen US-Bürger die Folter befürworten.

Was aber jenen verschwundenen Bericht angeht, so hat er doch eine Wirkung gezeitigt. Die CIA hat eine Liste von verbotenen Foltermethoden verfasst, was impliziert, dass das, was dort nicht aufgeführt wird, erlaubt ist. Auf solche Weise haben die USA als einziges unter allen Ländern, die den Anspruch erheben, ein Rechtsstaat zu sein, ein offizielles Folter-Reglement. Wieweit das ein Land ziert, das sich anmaßt, überall auf dem Globus Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde zu verbreiten, wenn es sein muss, mit Waffengewalt, das sei dahingestellt. *Florian Stumfall*

Die PC frisst ihre Kinder

Selbst Gutmenschen trifft inzwischen der Vorwurf des Rassismus

Von Universitäten der USA werden immer öfter bizarre Fälle bekannt, bei denen die Politische Korrektheit (PC) nochmals gesteigert wird. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis darunter auch Lehre und Forschung leiden, weil Fakten und Sachverhalte nicht mehr offen und unverblümt benannt und beschrieben werden dürfen.

War es in den vergangenen Jahrzehnten das erklärte Ziel, über eine „politisch korrekte“ Ausdrucksweise Minderheiten vor Diskriminierung zu schützen, so geht es inzwischen darum, auch die sensibelsten Studenten vor jeglichen Irritationen zu schützen. Geht es zum Beispiel in Büchern und Kursen um Völkermord, Vergewaltigung, Gewalt und Folter, dann muss immer häufiger davor explizit gewarnt werden. Sogenannte Triggerwarnungen (trigger warnings) sollen verhindern, dass bei anfälligen Studenten posttraumatische Belastungsreaktionen ausgelöst werden, so die Argumentation.

So werden an der Columbia University in New York die Studenten sogar vor Ovids „Metamorphosen“ gewarnt. Die Geschichten von den „liebestollen“ Göttern und ihren „Nachstellungen“ würden in der Regel auf den Tatbestand der sexuellen Nötigung hinausläufen, so die Begründung.

Bereits vor längerer Zeit hatte die in Harvard lehrende Jura-Professorin Jeannie Suk im Magazin „New Yorker“ darüber berichtet, wie schwierig es unter solchen Bedingungen mittlerweile geworden ist, an den Unis überhaupt noch über den rechtlichen Umgang mit Vergewaltigungen zu lehren.

Vor allem in den letzten zwei Jahren sind Forderungen von Studenten nach Triggerwarnungen zu einem wichtigen Thema im Hochschulbetrieb der USA geworden.

Vor Ovids »Metamorphosen« wird gewarnt

Vielerorts wurde dem Druck nachgegeben, sodass es nun zum Beispiel an einigen Universitäten wieder Bücher gibt, die auf dem Index stehen. An manchen Colleges müssen Vortragende wiederum explizit begründen, warum sie bestimmte „gefährliche“ Literatur einsetzen.

Ähnlich gesellschaftlich gefährlich ist der Vorwurf der sogenannten Mikroaggression (microaggression), der sich im Hochschulbetrieb immer mehr verbreitet. Gegenstand der Kritik sind dabei typischerweise Äußerungen gegenüber Angehörigen angeblich unterprivilegierter Minderheiten, die sich auf deren Zugehörigkeit zu dieser Minorität beziehen. Als Beispiele für Täter gelten der Lehrer, der das gute Deutsch einer dunkelhäutigen Schülerin lobt, oder die Lehrerin, die einem muslimischen Schüler rät, seinen Vornamen Muhamed ändern zu lassen, damit er später in der Gesellschaft weniger Probleme habe. Also auch mit Lob und Rat für Minderheitenangehörige ist man nicht vor dem Vorwurf der Diskriminierung gefeit.

Einen interessanten Erklärungsansatz zu der neuesten Welle der Politischen Korrektheit an den Hochschulen der USA haben der New Yorker Sozialpsychologe Jonathan Haidt und Greg Lukianoff, Präsident der „Foundation for Individual Rights in Education“ geliefert. Ihnen zufolge sitzen in den Hörsälen der US-Universitäten mittlerweile Jahrgänge, die von ihren Eltern extrem behütet und in ihrer Kindheit fast keine Sekunde aus den Augen gelassen wurden. Diese Studentengeneration verlange nun, die Universität zu einem „safe space“, einem rundum behüteten und gefahrlosen Ort, zu machen, so sinngemäß der Befund der beiden Wissenschaftler. *Norman Hanert/PAZ*

Nicht reif für die EU

Wegen der Asylkrise hält sich Brüssel aber mit Kritik an Skopje zurück

Dem EU-Beitrittskandidaten Mazedonien kommt eine Schlüsselrolle in der Asylkrise zu, indem der Nachbar Griechenlands die Balkanroute gesperrt hält. Deswegen scheut sich die EU auch vor den von der deutschen Bundesregierung für nötig befundenen konkreten Reaktionen darauf, dass das Parlament des Westbalkanstaates den Termin für die vorgezogene Parlamentswahl kurzerhand gekippt hat. Ein neuer Termin für die Abstimmung wurde nicht festgelegt, obwohl das Wahlgesetz dies vorschreibt. Die Abgeordneten änderten einfach die Vorschrift.

Die Wahl war Teil einer von der EU vermittelten Einigung, mit der die durch einen Abhörskandal ausgelöste aktuelle politische Krise des Landes beendet werden sollte. Opfer der Überwachung waren neben Ministern, Funktionären der Regierungspartei, Beamten, Journalisten und ausländischen Diplomaten auch Oppositionspolitiker. Die Opposition hat dem inzwischen zurückgetretenen Ministerpräsidenten Nikola Gruevski vorgeworfen, die Bespitzelung von mehr als 20000 Oppositionellen angeordnet zu haben. Statt zur Aufklärung beizutragen, erließ Präsident Gjorge Ivanov eine Amnestie für mehr als 50 mutmaßlich in den Abhörskandal verstrickte Personen.

Aufgrund dieser Amnestie weigerten sich die drei größten Oppositionsparteien, an der für den 5. Juni angesetzten Wahl teilzunehmen. Fast täglich demonstrieren tausende Menschen auf dem Marktplatz von Skopje. Nachdem das Land vor 15 Jahren am Rande eines Bürgerkriegs zwischen der slawisch-mazedonischen Mehrheit und der albanischen Minderheit gestanden hatte, steht es nun erneut vor einer ungewissen Zukunft.

Die Bundesregierung blickt mit Sorge auf den kleinen Balkanstaat, dessen Beitrittsbemühungen zu EU und Nato sie lange Zeit mit Wohlwollen begleitet hatte. „Was wir derzeit erleben ist, dass sich politisch Verantwortliche nicht so verhalten, wie man sich in einem Land verhalten sollte, das der EU angehören möchte“, sagte der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth, gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Deutschland erwarte, dass endlich die Voraussetzungen für Wahlen nach demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien geschaffen würden. Zudem müsse die Strafverfolgung der vor Kurzem begnadigten Personen gewährleistet bleiben: „Die Sonderstaatsanwaltschaft muss ungehindert ihrer Arbeit nachgehen können“, sagte der Sozialdemokrat.

Starke Demokratiedefizite in Mazedonien

Nur langsam wird das im vergangenen Herbst von der EU vermittelte Abkommen zwischen Regierung und Opposition umgesetzt. Noch immer hat die Politik die Möglichkeit, Einfluss auf die Medien zu nehmen, noch immer hat es keine freien Wahlen gegeben. Balkan-Experten sprechen mittlerweile von einer „Torpedierung“ des Abkommens durch die Regierungspartei.

Vor einigen Wochen platzte ein Termin mit EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn. Vertreter der Europäischen Union forderten Opposition und Regierung auf, „zur Rechtstaatlichkeit zurückzukehren“. Wichtige Voraussetzungen für freie und faire Wahlen würden derzeit nicht erfüllt, so die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Unverhohlen stellt man den EU-Beitritt des Landes in Frage. Zu Sanktionen konnte man sich aber in Brüssel bislang noch nicht entschließen, zu groß ist die Angst, die Regierung in Skopje könnte die Balkanroute wieder öffnen. *P.E.*

Fiat-Chrysler brüskiert Berlin

Während VW am Pranger steht, befürchten die Italo-Amerikaner keine Konsequenzen ihres Abgasskandals

Nachdem auch Fiat-Chrysler in den Verdacht geraten ist, die Abgaswerte von Dieselfahrzeugen manipuliert zu haben, sollten Manager des Autobauers bei einem Gesprächstermin einer deutschen Untersuchungskommission Rede und Antwort stehen. Das Ausschlagen der Einladung gleicht einer Brüskierung und bringt Berlin unter Zugzwang.

Alarmieren muss die Bundesregierung vor allem die Begründung des italienisch-amerikanischen Autobauers. Wie die „Welt“ berichtet, soll die Absage in einem Brief damit begründet worden sein, dass der Konzern keinen Anlass für eine Vorladung sehe. Bei offenen Fragen solle Berlin Kontakt mit den Anwälten des Autoherstellers aufnehmen. Auch erkenne Fiat-Chrysler keine rechtliche Handhabe, dass Berlin Manager eines Konzerns einbestelle, der seinen Sitz nicht in Deutschland habe.

Vertreter der Bundesregierung reagieren auf das Vorgehen überrascht und verärgert. Medienberichten zufolge prüft Berlin inzwischen, wie man auf die Abfuhr reagieren kann. Tatsächlich muss sich die Bundesregierung durch das Vorgehen des italo-amerikanischen Autobauers gedemütigt fühlen: Kaum vorstellbar ist, dass der Hersteller VW in den USA mit der Argumentation auftreten könnte, die dortigen Behörden sollten sich bei Problemen mit Abgaswerten doch bitte an die deutschen VW-Anwälte wenden.

Macht das Beispiel von Fiat-Chrysler Schule, droht dies weitreichende Folgen zu haben. Auch andere ausländische Autohersteller könnten künftig bei Problemen auf stur schalten und die Bundesregierung jeweils an Anwälte im Heimatland oder die jeweilige Regierung verweisen, so die Befürchtung. „Es sieht so aus, als würden sich die Automobilhersteller in den Schutz ihrer Heimatländer zurückziehen“, lautet eine Meinung in Berliner Regierungskreisen.

Hintergrund der Vorladung ist der Verdacht, dass die Abgasreinigung bei einigen Fiat-Modellen nach einer bestimmten Zeit heruntergeregelt wird. Wie die „Bild am Sonntag“ unter Berufung auf Prüfungen des Kraftfahrtbundesamtes berichtet, soll das Herunterregeln jeweils nach 22 Minuten geschehen sein. Abgastests wiederum sollen im Schnitt 20 Minuten dauern.

Damit sei „ein hinreichender Nachweis einer unzulässigen Abschalteinrichtung“ erbracht, so die „Bild am Sonntag“ unter Berufung auf einen Bericht des Kraftfahrtbundesamtes. Weiteren Medienberichten zufolge hatte der Zulieferer der Motorsteuerungssoftware, die Firma Bosch, das Kraftfahrtbundesamt auf die Vorgehensweise von Fiat aufmerksam gemacht. Bosch hat die Thematik inzwischen auch auf seiner Bilanzpressekonferenz angesprochen: „Ob so ein Umschalten unzulässig eingesetzt wird, können wir nicht beurteilen.“ Grundsätzlich seien Umschalteinrichtungen für Betriebsmodi „zulässig und notwendig“, so Bosch-Chef Volkmar Denner.

> Ausgerechnet ein Golf punktet mit den besten Werten

Aufgefallen war ein Produkt von Fiat-Chrysler, der Fiat 500X, bereits in einer Testreihe der Zeitschrift „auto motor und sport“. Bei der Messung der Abgaswerte im Straßenverkehr stieß dieses Fiat-Modell mit einem 1,6-Liter-Dieselmotor trotz Speicherkat auf einer 100 Kilometer langen Testrunde 845 Milligramm Stickoxide pro Kilometer aus. Das sei das 10,6-fache des Grenzwerts und das mit Abstand schlechteste Ergebnis aller Euro-6-Modelle in diesem Test. Ausgerechnet der wegen ähnlicher Vorkommnisse in Verruf geratene Autobauer VW hatte bei dem Vergleich von „auto motor und sport“ mit dem VW Golf Diesel mit einem 2,0-Liter-Motor die niedrigsten Stickoxid-Werte aller Dieselautos erreicht.

Die Vorwürfe treffen Fiat-Chrysler, den weltweit siebtgrößten Autobauer, in einer schwierigen Phase. Zwar hat sich die Ertragslage mit den Marken Fiat, Chrysler, Alfa Romeo, Jeep und Maserati zuletzt verbessert, bei einem anderen Ziel sind allerdings bislang keine Fortschritte erkennbar. So wirbt Konzernchef Sergio Marchionne seit Längerem um Fusionspartner in der Autobranche. Aus Sicht Marchionnes sind die Autobauer nicht mehr in der Lage, die notwendigen Milliardeninvestitionen etwa für umweltfreundlichere oder selbstfahrende Autos allein zu stemmen. Bislang hat sich der Chef von Fiat-Chrysler bei seinen Fusionsbemühungen allerdings nur Absagen eingehandelt. Die US-Konkurrenten Ford und General Motors haben bereits abgewinkt. Als weitere Partner nannte Marchionne zuletzt auch noch die beiden Branchengrößen VW und Toyota.

Zustandegekommen ist inzwischen allerdings eine Kooperation von Fiat-Chrysler mit dem Internetkonzern Google. Dieser gilt momentan als der fortgeschrittenste Anbieter selbstlenkender Autotechnik. Laut Medien soll sich die Google-Mutterfirma Alphabet mit Fiat-Chrysler zusammengetan haben, um eine Reihe selbstlenkender Minivans zu konzipieren. *Norman Hanert*



Schmutzschleuder: Der neue Fiat 500X Bild: Mauritius



MELDUNGEN

Russland tilgt UdSSR-Schulden

Moskau – Nachdem Russland in den letzten Jahren seinen eigenen Schuldenberg abgebaut hat, nimmt es sich der noch verbliebenen Altschulden der UdSSR an. Trotz der angespannten Wirtschaftslage zahlte das Land Kuwait einen Kredit in Höhe von 1,1 Milliarden US-Dollar sowie Zinsen von 620 Millionen US-Dollar zurück, die aus einem Überlebenskredit an die angeschlagene UdSSR von 1991 resultierten. Weitere sowjetische Altschulden bestehen jetzt noch gegenüber Südkorea, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, die ebenfalls bald getilgt sein dürften. Russland hätte dann eine vollständige Finanzautonomie auf dem Weltmarkt erreicht. *T.W.W.*

»Spanien-Boom ist Täuschung«

München – Der Finanzmarkt-Experte und Autor Matthias Weik hält den angeblichen Aufschwung an den südeuropäischen Arbeitsmärkten für eine Täuschung. Der Rückgang der besonders hohen Jugendarbeitslosigkeit sei kein Zeichen der Erholung. Vielmehr hätten seit Beginn der Krise rund 200 000 Menschen unter 25 Jahren Portugal und sogar eine Million aus dieser Altersgruppe Spanien verlassen, so Weik im Interview mit dem „Focus“. *H.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.027.104.453.552 €
Vorwoche: 2.027.043.391.611 €

Verschuldung pro Kopf:
24.885 €
Vorwoche: 24.884 €

(Dienstag, 31. Mai 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Milliardenmarkt Muslimmode

Internationale Unternehmen bieten schariakonforme Kollektionen an

Geschäft ist Geschäft, sagen sich die internationalen Modeunternehmen und wollen von der steigenden Nachfrage nach schariakonformer Kleidung profitieren. So startete jüngst die italienische Luxus-Modemarke Dolce & Gabbana eine Kollektion von traditionellen Abayas (knöchellanges Übergewand) und Hidschabs (schalähnliches Kopftuch). Dass man mit dieser Art von Mode gut verdienen kann, hatten bereits die spanischen Ketten Zara und Mango sowie die New Yorker Marke DKNY mit speziell zum Ramadan angebotener „Züchtigkeitsbekleidung“ bewiesen.

Laut der Zeitschrift „Fortune“ haben Muslime im Jahr 2013 weltweit 266 Milliarden Dollar für islamkonforme Kleidung ausgegeben. Das seien mehr als die gesamten Mode-Ausgaben von Japan und Italien zusammen. Der Mediendienst Thomson Reuters geht davon aus, dass diese Summe auf 484 Milliarden Dollar im Jahr 2019 steigen wird. Die Kulturwissenschaftlerin Reina Lewis, Professorin am London College of Fashion, bezeichnet die weltweite muslimische Bevölkerung als eine „junge und wachsende Demografie“. Das mache sie „für alle zu einem sehr wichtigen Consumer-Segment“. Dieses lukrative Geschäft will sich keine der großen westlichen Modefirmen entgehen lassen.

Die britische Kaufhauskette Marks & Spencer ist deshalb groß in das Geschäft mit Burkinis eingestiegen, körperlangen Badeanzügen, die alles mit Ausnahme des Gesichts, der Hände und Füße bedecken, „ohne den Stil zu beeinträchtigen“, wie es in der Werbung heißt. Das britische Kaufhaus House of Fraser bietet eine Auswahl an „anständiger Sportbekleidung“ wie Burkinis, Leggins und Tunika-Sets mit separater Kopfbedeckung an, welche nicht nur die Sittsamkeit muslimischer Frauen wahren, sondern sie ermutigen soll, „sich bequem und stilvoll zu fühlen, wenn sie Sport treiben“. Weitere Designer, Hersteller und Einzelhändler, die in diesen „noch unerschlossenen Markt“, so Lewis, drängen, sind Tommy Hilfiger, Oscar de la Renta, Monique Lhuillier, Uniqlo, Net-a-Porter und Moda Operandi.

Befürworter der schariakonformen Mode-Linien schwärmen, sie seien genauso elegant und phantasievoll wie andere Kollektionen. Sie würden lediglich geringfügig mehr bedecken und zeigen, dass bedeckt sein nicht dasselbe wie unterdrückt sein sei. Die muslimischen Frauen in Europa würden dadurch befreit, indem sie die Wahl bekämen, zu tragen, was sie wollten.

Kritiker wie die britische Kolumnistin Allison Pearson hingegen verurteilen die Mode als „restriktive, quasi-religiöse Kleidungsstücke, welche den sichtbaren öffentlichen Ausdruck des Islam in Europa“ förderten und eher zur Abgrenzung der Muslime statt zu deren Integration beitrügen. Es sei „ein weiterer erschreckender Beweis dafür, dass unsere eigene Kultur gescheitert ist dabei, sich selbst zu verteidigen und es zulässt, frauenfeindliche Einstellungen unter dem Radar schleichend einzuführen“.

> Kritik: »Gegenteil von Mode, gefährlich und integrationshemmend«

Besonders heftig ist die Ablehnung in Frankreich. So wetterte die Ministerin für Familien, Kinder und Frauenrechte, Laurence Rossignol, islamische Mode werde in Europa von muslimischen Aktivisten und Salafisten gefördert, die den politischen Islam allen anderen aufzudrücken versuchten. Das sei weder trivial noch harmlos, denn es stehe „die soziale Kontrolle über die Körper von Frauen“ auf dem Spiel. Die Kollektionen förderten ein Image, das „für die Rechte und Freiheit muslimischer Frauen in Frankreich gefährlich“ sei. Für Ex-Umweltministerin Nathalie Kosciusko-Morizet ist islamische Mode „etwas Absurdes“: „Ich mag es nicht. Islamische Kleidung dreht sich in erster Linie um das Verstecken des weiblichen Körpers und auch eines Teils des Individuums. Für mich ist es das Gegenteil von Mode.“ Das sieht auch der Modeschöpfer Pierre Bergé so: „Ich bin empört. Ich habe immer geglaubt, dass es die Aufgabe von Designern ist, Frauen schöner zu machen, ihnen die Freiheit zu geben, nicht Komplizen dieser Diktatur zu sein, die diese Gräuel auferlegt, Frauen zu verstecken und sie dazu zwingt, im Verborgenen zu leben.“ Die französische Feministin Elisabeth Badinter warnt, dieser „kulturelle Relativismus“ verhindere, dass „die Franzosen den alarmierenden Anstieg des Islamismus in Frankreich wahrnehmen“. Die Toleranz habe „sich gegen jene gewandt, denen sie zu helfen gemeint war“, mit dem Ergebnis, dass sich „der Schleier unter den Töchtern unserer Nachbarschaft ausgebreitet hat“ aufgrund von „steigendem islamischem Druck“. Badinter ruft zum Boykott der Marken auf, die von islamischer Kleidung profitieren und findet dafür immer mehr Unterstützer nicht nur im eigenen Land. *Jan Heitmann*

»Absurdes Spiel«

Steuerzahlerbund gegen Griechenland-Hilfe

Griechenland erhält im Gegenzug für sein jüngstes Spar- und Reformpaket 10,3 Milliarden Euro aus dem Rettungsschirm der Euro-Gruppe und des IWF. Mit dem Grundsatzbeschluss ist die neuerliche Gefahr einer Staatspleite im Sommer vorerst gebannt. Zuvor müssen noch einige Bedingungen erfüllt werden, darunter die Zustimmung der nationalen Parlamente. Der Bund der Steuerzahler (BdSt) appelliert an die Bundestagsabgeordneten, den aktuellen Beschlüssen nicht zuzustimmen.

Zur Begründung heißt es, die internationalen Geldgeber hätten „Umfang und Dauer der Alimentation Griechenlands“ völlig unterschätzt. Die Euro-Gruppe würde noch heute eine baldige Genesung des maroden Landes prognostizieren, obwohl „jegliche positiven Voraussagen der Vergangenheit an der Wirklichkeit kläglich gescheitert“ seien. Das nunmehr bereits dritte Rettungspaket für das bankrotte Land sei „ein absurdes Spiel“, das dem deutschen Steuerzahler die Illusion vermittele, dass Griechenland zahlungsfähig sei. Das sei aber nicht der Fall. Die wirtschaftliche und staatliche Substanz des Landes seien maroder, als uns die Euro-Politiker glauben machen wollten. Selbst die harten Reformen hätten nicht dazu beigetragen, die Schuldentragfähigkeit des Landes auf absehbare Zeit wiederherzustellen. Es bleibe eine Illusion, die griechische Staatsschuldenkrise mit immer neuen Schulden bekämpfen zu können. Dabei müsse jedem klar sein, dass jede Schuldenerleichterung für Athen automatisch zu Lasten der europäischen Steuerzahler gehe. Ein funktionierender Neustart in Griechenland könne „nur über einen Austritt aus der Euro-Zone gelingen“.

> »Austritt aus Euro-Zone unvermeidbar«

Der BdSt plädiert für „eine realistische Betrachtung des Dilemmas“ und hat ein Fünf-Maßnahmen-Paket vorgelegt. Dieses sieht einen sofortigen Stopp aller laufenden Hilfsmaßnahmen, die Beendigung weiterer versteckter Unterstützungen etwa in Form eines „Schuldenmanagements“, den Austritt Griechenlands aus dem Euro-Währungsgebiet sowie die Einberufung einer internationalen Schuldenkonferenz vor, die „neben dem Umgang mit dem griechischen Schuldenberg auch die Frage eines geordneten Insolvenzverfahrens für Pleite-Staaten beantwortet“. *J.H.*

Postchristlich

Von Thomas W. Wyrwoll

Nun gab es also den 100. Deutschen Katholikentag – müsste man da nicht eigentlich gratulieren?

Gratulieren angesichts einer Kirche, die penetrant hetzerisch die Politik der Bundesregierung hofiert und der erkennbar die Milliardengewinne aus der von ihr betriebenen Sozialindustrie wichtiger sind als das Schicksal der eigentlich dort zu betreuenden Menschen? Deren Bischöfe üppigste Einkommen genießen, während die einfachen Mitarbeiter oft rechts- und sittenwidrig kurzgehalten werden? Deren Katholikentag ein breites Forum allein für die enge Weltsicht der heutigen Staatsvertreter und ihre Propaganda liefert, aber kritische Stimmen – wenn auch nach einiger Diskussion – komplett aussperrt? Die Antwort lautet: Da muss man nicht gratulieren.

Dass eine solche Veranstaltung zu einem selbstgerechten postchristlichen Happening werden und wie gewohnt Glaubensinhalte ausblenden msste, verwundert ebensowenig wie ihre erneute staatliche Bezuschussung mit rund der Hälfte der aufgelaufenen Kosten. Ecclesia, quo vadis?

Auch für Reiche

Von Manuel Ruoff

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) als solches unterscheidet sich von Harz IV nur dadurch, dass es nicht nur Bedürftigen, sondern allen, also auch dem Millionär, zugutekäme. Das dürfte nicht im Sinne von linken Umverteilern sein. Wenn sie trotzdem das BGE als Alternative zu Harz IV preisen, dann tun sie es, weil sie wie selbstverständlich davon ausgehen, dass das BGE über dem Harz IV-Satz liegen würde.

Im Idealfall soll das BGE so hoch sein, dass der Wunsch nach Wohlstandsmehrung kein Motiv mehr zur Arbeit ist. Diese Entkoppelung von Produktion und Konsum ist nichts anderes als Kommunismus, die von den Marxisten-Leninisten in Aussicht gestellte paradiesische Endstufe der Geschichte. Auch dort sollen die Konsummöglichkeiten nicht von der Arbeit abhängen, sondern von den Bedürfnissen.

Ich will noch nicht einmal ausschließen, dass viele Linksintellektuelle, die dieser Idee anhängen, auch ohne materielle Belohnung weiter arbeiten würden. Ich kann mir sogar vorstellen, dass auch Nicht-Linke aus dem Kreativbereich in gar nicht einmal so geringer Zahl dazu bereit wären. Aber wie besetzt man die Vielzahl an eher „stupiden“ Arbeitsplätze an den Fließbändern und in den Großraumbüros?

Bezeichnenderweise haben noch nicht einmal die kommunistischen Staatsparteien im sozialistischen Lager den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus gewagt. Selbst nach jahrzehntelanger Herrschaft glaubten sie noch, nicht auf materielle Vorteile als Arbeitsanreiz verzichten zu können. Sie hatten gute Gründe.

Wieder die »Lückenpresse«

Von Michael Leh

Die Bevölkerung in Deutschland wird nicht ausreichend über das Ausmaß der Kriminalität von Zuwanderern informiert. Das ist zum einen die Schuld der Politik, zum anderen der Medien. Gerade auch führende CDU-Politiker wollen möglichst nicht thematisieren, was die „Flüchtlingspolitik“ der CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Feld der inneren Sicherheit angerichtet hat. Politiker wie der CDU-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, stellen Merkels Katastrophenpolitik – welche die Bevölkerung mit zehntausenden Kriminalitätsopfern ausbaden muss – immer noch als alternativlos hin.

Die meisten Journalisten wiederum sind linksgerichtet. Viele haben einen unkritischen „Willkommensjournalismus“ betrieben. Intensivere Recherchen zur Kriminalität von „Flüchtlingen“ sind bei dieser „Lückenpresse“, die das nicht ins Weltbild Passende ausspart, nicht gefragt – von Ausnahmen in Teilbereichen abgesehen. Bis heute fehlen auch in den sogenannten Qualitätsmedien fundierte Gesamtanalysen. Oft werden lokale Untersuchungen unzulässig verallgemeinert mit der Absicht, die importierte Kriminalität zu verharmlosen, zu relativieren und kleinzureden.

Medien berichten über Kriminalität sehr lückenhaft

Bei der CDU gibt es inzwischen keinen „Markenkern innere Sicherheit“ mehr. Den gibt es nur noch bei der CSU, die deshalb auch mit der Unionsschwester zerstritten ist wie nie zuvor. Den früheren „Markenkern“ bei der CDU haben Merkel und ihre Ja-Sager aufgeweicht und zertrümmert. Bodenständige und auf dem Feld der inneren Sicherheit kompetente CDU-Politiker wie der alte saarländische Innenminister Klaus Bouillon sind die Ausnahme. Bouillon erklärt offen, man wisse gar nicht, wie viele Zuwanderer sich in Deutschland befänden. Sehr viele seien vermutlich noch nicht einmal registriert. Bouillon ist sich dabei auch der Sicherheitsrisiken völlig bewusst.

Praktisch täglich gehen auch die sexuellen Übergriffe bis hin zu Vergewaltigungen durch Asylbewerber beziehungsweise „Flüchtlinge“ weiter. Auch hier klaffen Lücken in der Berichterstattung überregionaler Medien. Es geht im Übrigen zunächst einmal um die absoluten Zahlen. Jede Raubtat und jede Vergewaltigung sind eine zu viel. Wenn eine Frau von einem Asylbewerber oder angeblichen Flüchtling vergewaltigt wurde, wird man ihr nicht mit Prozentanteilen in einer Statistik kommen können. Es ist vielmehr so, dass die meisten Taten gar nicht geschehen könnten, wenn keine unkontrollierte Masseneinwanderung zumal vor allem junger Männer zugelassen worden wäre.



Viele haben einen unkritischen „Willkommensjournalismus“ betrieben: Deutschlands Blätterwald

Bild: pa

Gegenwind



Was die Nato in Libyen treibt

Von Florian Stumfall

Ab und an wird ein Orakel tatsächlich Wirklichkeit. So ist es bei dem einst vielgeschmähten und mittlerweile längst ermordeten libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi der Fall. Er nämlich hat kurze Zeit vor seinem Tod den Europäern eine ernsthafte Warnung mitgegeben: „Ihr Völker der Nato! Wenn ihr mich bedrängt und destabilisieren wollt, werdet ihr Verwirrung stiften, al-Kaida in die Hände spielen und bewaffnete Rebellenhaufen begünstigen. Folgendes wird sich ereignen: Ihr werdet von einer Immigrationswelle aus Afrika überschwemmt werden, die von Libyen aus nach Europa schwappt. Es wird niemand mehr da sein, um sie aufzuhalten. Al-Kaida wird sich in Nordafrika einrichten, während Mullah Omar den Kampf um Afghanistan und Pakistan übernimmt. Al-Kaida wird an eurer Türschwelle stehen.“

Natürlich hat damals niemand auf Gaddafi gehört, denn es ist Überzeugung der Nato und insbesondere ihrer Führungsmacht USA, eine militärische Überlegenheit bewahre vor allen denkbaren Misslichkeiten. Auch jetzt, da die Wahrheit jenes Auguren-Wortes offenkundig geworden ist, meint das nordatlantische Kriegsbündnis, es könne mit Waffengewalt beheben, was Waffengewalt angerichtet hat.

Zu diesem Zweck hatten schon Ende des vergangenen Jahres die US-Streitkräfte in Libyen zwei „militärische Vorposten“ eingerichtet, jeweils bestückt mit angeblich „weniger als 25 Mann“. Diese Vorposten sollen sich in Misrata und Bengasi befinden, das heißt, in jedem der beiden Landesteile, die von zwei verfeindeten Gruppierungen mehr oder minder glücklos verwaltet werden. In Tripolis hat sich ein islamistischer, aber mit dem IS verfeindeter Shura-Rat festgesetzt, in Tobruk ein Präsidial-Rat, der zunächst von der Uno anerkannt wurde.

Doch nur vorerst. Nachdem die Nato ihr vordringliches Kriegsziel erreicht hatte, nämlich Libyen in Schutt und Asche zu legen, ging es dem Westen zu Beginn des Jahres darum, eine dritte Regierung einzusetzen, ein Vasallen-Regime, das der Nato als rechtliches Feigenblatt für beliebige Aktivitäten dienen soll. Im März zog sie in Tripolis ein. Jetzt, zwei Monate später, beginnen die USA und ihre Verbündeten, diese Einheitsregierung unter einem Herrn namens Fayez as-Sarraj mit Waffen auszustatten.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Diese werden dringend gebraucht, denn die Regierung aus der Retorte genießt zwar die Unterstützung des Westens, aber im Lande selbst will niemand etwas von ihr wissen. Sie wurde vor etlichen Wochen in Tunis gegründet und firmierte zunächst als Exil-Regierung, bevor sie sich in Tripolis als die zweite von der Uno anerkannte Regierung niederließ. Diese „Einheitsregierung“ erfüllt also keineswegs den Zweck, anstelle zweier anderer zu regieren, sondern nur denjenigen, als weitere Macht für die USA den Steigbügelhalter abzugeben. Dafür eignet sie sich trotz der Tatsache, dass sie keinerlei Gebiete kontrolliert.

Die Etablierung der sogenannten Einheitsregierung fällt zeitlich zusammen mit einer spürbaren Aktivierung jener beiden militärischen Vorposten der USA in Libyen. Es handelt sich dabei um Soldaten eines Sondereinsatz-Kommandos, deren Aufgabe es ist, eine breit angelegte Invasion von US-Kräften in Libyen vorzubereiten. Nach einer Rücksprache mit den Nato-Partnern hat der höchste US-General, Joseph Dunford, Mitte Mai den baldigen Beginn eines Militär-Einsatzes in Libyen angekündigt. Es werde sich um eine „eng begrenzte Operation“ handeln, um die Verlegung von Militärberatern, die Ausbildung von libyschen Soldaten und was es an dergleichen unverbindlichen Redensarten noch gibt; man kennt diese ja nicht nur von Finanzministern.

Nicht nur die USA, so beteuert General Dunford, werden sich an der Aktion beteiligen, sondern auch weitere Nato-Länder. In diesem Fall darf Ursula von der Leyen natürlich nicht fehlen. Am Rande einer Nato-Tagung im April machte sie schon klar, dass sich Deutschland einer Libyen-Mission nicht werde entziehen können, und auch sie meidet geübt und elegant Begriffe wie „Krieg“ und „Einmarsch“ und tut gerade so, als hätte der Chef der Einheitsregierung irgendeine Macht, die nicht aus den Läufen der Nato-Gewehre käme. Ebenso wenig nimmt die Ministerin zur Kenntnis, dass in Libyen nach wie vor Bürgerkrieg herrscht, als Erbmasse der ersten „Stabilisierung“ des Landes durch die Nato im Jahre 2011.

Der „Aufbau von Sicherheits-Strukturen“ in Libyen und unter dem Kommando der Einheitsregierung, den sich die Nato vorgenommen hat, steht allerdings im Widerspruch zu einem Waffenembargo der Uno. Dieses soll verhindern, dass Waffen in die Hände von Terroristen gelangen, eine Absicht, die durch ihre weltfremde Naivität betört. Daher kann es nicht verwundern, dass allen voran US-Außenminister John Kerry das UN-Embargo nicht im Geringsten ernst nimmt. Das hat er anlässlich des Außenminister-Treffens in Wien dargetan. „Das Waffenembargo“, so seine kreative Auslegung des Völkerrechts, „erlaubt der Regierung der Nationalen Einheit dennoch, Waffen zu erbitten, wenn sie diese zum Kampf gegen den IS braucht.“ Noch bevor sich jemand wundern konnte, sprang der italienische Außenminister Paolo Gentiloni seinem US-Kollegen bei und betonte, eine allfällige Anfrage der libyschen (Einheits-)Regierung würde berücksichtigt.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Weil aber Waffen Geld kosten und das Regieren auch, muss die Nato ihre künstliches Konstrukt, die Regierung Fayiz as-Sarradsch, entsprechend alimentieren. Dafür hat ihr die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini 100 Millionen Euro an EU-Steuergeldern in Aussicht gestellt. Das Auftauchen des IS in Libyen, so die allgemeine Darstellung, mache es notwendig, entschlossen dagegen vorzugehen. Klingt gut, aber die Zusammenhänge sind etwas delikater.

Für den Krieg gegen Libyen im Jahre 2011 hatten die USA erhebliche Einheiten von Islamisten ausgehoben und mobil gemacht, die dann bei der „Libyan Islamic Fighting Group“ zusammengefasst worden sind. Ihre Aufgabe war es, einen libyschen Aufstand gegen Gaddafi vorzutäuschen, während tatsächlich ein Regime Change der CIA stattfand.

Dasselbe spielte sich nach Gaddafis Tod in Syrien ab, zum guten Teil mit denselben islamistischen Kämpfern, die von der US Navy vom libyschen Hafen Tobruk unmittelbar nach Syrien verschifft worden waren. Was aber gegenwärtig in großem Umfang geschieht, ist nichts als die Rückkehr zahlreicher „Islamic Fighters“ von Syrien nach Libyen. Die Rede ist von 6500 Mann, zum guten Teil alte Bekannte der CIA und ehemalige Waffenbrüder von US-Söldner-Truppen. Diese Leute werden nun von den USA und der Nato insgesamt als Vorwand benutzt, um ein weiteres Mal in Libyen einzumarschieren.

Im Gegensatz zum Jahr 2011 werden die Nato-Soldaten keinen Staat namens Libyen antreffen – den gibt es nicht mehr. Es gibt ein zerstörtes Land, um das sich zahlreiche Milizen raufen, es gibt eine Bevölkerung im Elend, zwei Regierungen, die machtlos sind, und eine dritte, die ein Marionetten-System darstellt und dem Befehl der USA gehorcht. Die Nato, so ihr Generalsekretär Jens Stoltenberg, beansprucht das Recht, ihre Belange in allen Ländern zu verteidigen. So auch wieder einmal im Rest von Libyen.

»Iberraschung« von Lenz

Späte Entdeckung – Der Lenz-Roman »Der Überläufer« ist nach 65 Jahren erschienen

Der im Nachlass von Siegfried Lenz entdeckte Roman „Der Überläufer“ wirft mit seinem Nicht-Erscheinen in den 1950er Jahren eine aufschlussreiches kulturgeschichtliches Licht auf die Adenauer-Zeit.

Dass Autoren für die Schublade schreiben, ist eher die Regel als die Ausnahme. Viele tun das freiwillig, teils weil sie jahrelang an dem perfekten Satz feilen und das Werk dann nie fertig wird, teils aus Selbstzweifel an der literarischen Qualität. Franz Kafka ist solch ein Beispiel, dessen bekannteste Werke wie „Der Prozess“ oder „Das Schloß“ erst aus dem Nachlass durch Max Brod herausgegeben wurden.

Bei den meisten Schriftstellern landen die Werke schlicht und einfach deswegen auf der Halde, weil sie keinen Verlag finden, der sich ihrer Werke erbarmt. Während die einen nach den ersten Absagen resigniert aufgeben, suchen die anderen beharrlich weiter. Margaret Mitchell bot ihren Roman „Vom Winde verweht“ 38 Verlagen an, ehe sie endlich eine Zusage bekam. Siegfried Lenz schien gleich verzagt gewesen zu sein, als der Hamburger Verlag Hoffmann und Campe seinen zweiten Roman ablehnte. Lenz nahm die Absage ohne zu murren hin und ließ das Manuskript in der Schublade schlummern. Erst im Nachlass des 2014 gestorbenen ostpreußischen Autors hat man das Werk entdeckt, und mit 65-jähriger Verspätung hat Hoffmann und Campe das Buch „Der Überläufer“ nun endlich postum herausgebracht.

War Lenz letztlich selbst nicht vollkommen überzeugt von seinem Soldatenroman, weil er nie den Versuch unternommen hat, das Manuskript einem anderen Verlag anzubieten? Oder war es Angst vor der eigenen Courage, weil er wusste, dass ihm ein Buch, in dem ein deutscher Soldat zu den Partisanen überläuft, in der Nachkriegszeit viel Ärger einbringen konnte? Fast hat es diesen Anschein, hat er doch am Buch auf Wunsch des Verlagslektors zahlreiche Änderungen vorgenommen, um es zu „retten“. Die im Buchanhang dokumentierte Entstehungsgeschichte liest sich fast spannender als der Roman selbst, erlaubt sie doch einen interessanten kulturgeschichtlichen Blick auf die 50er Jahre.

In Zeiten, in denen über eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik debattiert wurde, war ein Roman, in dem der Gegner des Kalten Krieges gut wegkommt, wenig opportun. Nach seinem politisch unverfänglichen Debütroman „Es waren Habichte in der Luft“ von 1951 schien sich Lenz viel zuzutrauen. Er gab seinen Redakteursposten bei der Zeitung „Die Welt“ auf, um sich mit dem Honorar des Erstlings und dem damals stattlichen Verlagsvorschuss von 950 Mark für seinen zweiten Roman eine Existenz als freier Schriftsteller aufzubauen. Als er dem Verlag ein Typoskript mit dem Arbeitstitel „... da gibt's ein Wiedersehen“ einreichte, gab es durchaus eine positive Resonanz. Ein Verlagsgutachten bescheinigte dem Roman eine „literarische Durchdringung“ des Weltkrieges, die über die bloße Protokollierung wie in ähnlichen Büchern anderer Autoren hinausgehe.

Der vom Verlag hinzugezogene Lektor Otto Görner riet aber zu einigen Korrekturen und schrieb dem Autor: „Ich bin dessen sicher, lieber Herr Lenz, dass Sie diese meine Erwägungen als das aufnehmen werden, als was sie gemeint sind, und nicht als Schulmeisterei. Es geht mir nur um das Technische, das Handwerkliche.“

Oder ging es doch um mehr? Denn als Lenz eine zweite, nunmehr mit „Der Überläufer“ betitelte Fassung ablieferte, wurde der frühere NS-Volkskundler Görner im Ton schärfer. Lenz, so sein Vorwurf, habe seine Arbeit am Text „vielleicht in allzu großem Vertrauen auf die Atmosphäre kameradschaftlichen Verstehens“ fortgesetzt.

Ein solcher aus vergangener NS-Zeit gewohnter Jargon lässt darauf schließen, dass die Kapitelerweiterungen gegen Ende des Buches, in denen Lenz die Motivation des Überläufers hervorhob, nicht gut beim Lektor ankamen. Er schlug vor, einen positiven Gegenspieler zum Überläufer einzusetzen, um dann zu schließen: „Lieber Herr Lenz, erwägen Sie nicht etwa eine wütende Geste zu machen und ein neues Buch schreiben zu wollen.“

Eine wütende Geste, fragte Lenz, „wozu sollte ich die machen, zumal sie mir in keiner Weise hülfe?“ Er wollte es sich mit seinem Verlag nicht verscherzen. Demütig schrieb er, dass er „in zwei oder drei Jahren“ vielleicht ein neues Manuskript zeigen dürfe, „das besser und ein wenig reifer ist“. Da aber Görner 1955 starb, geriet das Projekt in Vergessenheit – bis zur heutigen Entdeckung.



Bild: Siegfried Lenz Stiftung

Demütig gegenüber seinem Verlag: Siegfried Lenz als junger Autor

Was ist „Der Überläufer“ aber nun: ein Meisterwerk oder doch nur eine Reifeprüfung? Es ist schwierig, über ein Werk zu urteilen, das wie aus der Zeit gefallen zu sein scheint und dem eine 65-jährige Rezeptionsgeschichte fehlt. Es ist schwer einzuschätzen, ob Lenz an Renommee gewonnen hätte, wenn seine Überläufer-Geschichte schon damals erschienen wäre. Was hätten die Ostpreußen von dem – wie Lenz – aus Lyck stammenden Romanhelden Proska gedacht, der nach einem Heimaturlaub auf dem Weg zurück an die Ostfront ist und dabei einen Partisanenanschlag auf den Zug überlebt? Der sich – mehr halluzinatorisch als real – mit einem Partisanenmädchen einlässt und der später in der Ostzone mit den Russen kollaboriert? Wie hätte das Urteil gelautet: Verrat oder doch mutige Vergangenheitsbewältigung?

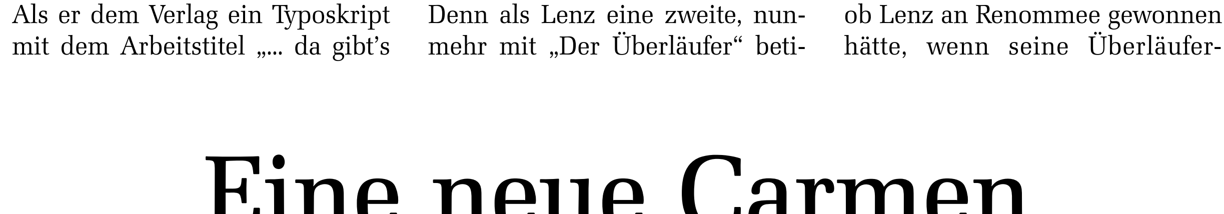
Das Buch wäre ein wichtiger Beitrag zur Nachkriegsliteratur geworden, wenngleich ihm die Lenz-typischen stilistischen Schwächen zu schaffen machen. Der Einstieg mit einer Rahmenhandlung bei einem Apotheker, der später keine Rolle mehr spielt, gerät zu lang und im Vergleich dazu das Ende mit der Flucht Proskas aus der Ostzone zu hastig skizziert und wenig pointiert.

Mittendrin finden sich aber kleine Juwelen, so die Schilderung eines Wachpostens, bei dem Proska nach dem Zuganschlag unterkommt und der sich im sumpfigen Feindesland gegen Mückenschwärme und den Kriegswahnsinn mit absurden Mitteln wie einer Hechtjagd zur Wehr setzt. Die zarte Liebesgeschichte mit der „Eichhörnchen“ genannten Partisanin gehört mit zu den schönsten aus Lenz' Feder wie überhaupt der mit Gedichten und Ich-Einschüben des Erzählers aufgelockerte sprachliche Duktus frisch und unverbraucht klingt. „Krieg ist immer komisch“, lässt der Erzähler einen Schlesier sprechen, „keiner weiß, ob Leben is Glieck oder Unglick. Einer sucht Kugel und findet sie nicht, und anderer sucht keine Kugel und kriegt sie gebrannt auf Pelz. Krieg is Iberraschung.“

So wie auch „Der Überläufer“ eine späte literarische Überraschung ist. *Harald Tews*




***Siegfried Lenz: „Der Überläufer“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2016, gebunden, 368 Seiten, 25 Euro.*



Eine neue Carmen

Von Bach bis Bizet – Die Lettin Ksenija Sidorova verzaubert mit ihrem Akkordeon die weltweite Klassik-Gemeinde

Von ihrem Akkordeon sagt Ksenija Sidorova, dass es wie eine Gesangsstimme sei. „Ich kenne kein Instrument, dass so vielseitig ist und mit dem ich so viel ausdrücken kann“, sagt die lettische Künstlerin. Und sie sagt es in richtig gutem Deutsch! Sobald sie ihr Instrument beiseitegestellt hat, fängt sie wie ein Wasserfall zu reden an. Als sie in Riga zur Schule ging, habe sie, die mit Lettisch als Muttersprache aufgewachsen ist, neben dem Pflichtfach Russisch auch Deutsch gelernt. Und jetzt, da sie in London lebt, nehme sie Privatstunden bei einem Deutschlehrer.

Inzwischen machen sich ihre Sprachkenntnisse bezahlt. Die Deutsche Grammophon hat die Musikerin seit Ende März exklusiv unter Vertrag, und an diesem Sonnabend kommt bei dem Plattenlabel, das nur mit den weltbesten Klassik-Interpreten zusammenarbeitet, Sidorovas Debütaufnahme „Carmen“ heraus.

„Carmen“? Etwa Bizets Opernklassiker „Carmen“? „Ja“, bestätigt die junge, 1988 in Riga geborene Künstlerin, „es ist Bizets Musik, aber ohne Worte, nur mein Akkordeon spricht unter Orchesterbegleitung.“ Wie virtuos Sidorova ihr Instrument zum Sprechen bringen kann, ist im Internet auf YouTube zu erleben. Begleitet von einer Big Band spielt sie da Bachs d-Moll-Konzert, BWV 1052, auf eine so schwungvoll-moderne Weise, dass man völlig vergisst, einer Musik zuzuhören, die ihren Ursprung im Barock hat.

Dank modernem Orchester-Arrangement ist auch Sidorovas „Carmen“ ähnlich entstaubt. Die mit dem Borusan Istanbul Philharmonic Orchestra entstandene Aufnahme ist weniger Oper als Schlager, weniger Flamencoals jazziger Tangorhythmus. Und temperamentvoll ist die neue „Carmen“ auf jeden Fall. Auf dem CD-Cover fletzt sich Sidorova als heißblütige Femme fatale neben ihrem Akkordeon auf einem Sofa.



Bild: tws

Neues Gesicht der Deutschen Grammophon: K. Sidorova

Ja, ein feuriges Temperament hat die Baltin in jedem Fall. Da passt es gut. dass sie seit Kurzem mit einem Spanier verheiratet ist.

„Ich habe mich Hals über Kopf verliebt – wie Carmen“, sagt sie. Die Idee zu ihrer „Carmen“-Version, so versichert sie, entstand aber schon, bevor sie ihren Mann kennengelernt hat. „Es war wohl – wie sagt man auf Deutsch? – eine glückliche Fügung.“

Im Leben der jungen Frau hat sich so manches glücklich zusammengefügt. „Als ich sechs Jahre alt war, brachte mir meine Oma das Akkordeonspielen bei“, erzählt sie. Auf dem schwierig zu erlernenden Instrument brachte sie es als Kind rasch zu solchen Fertigkeiten, dass ihre Mutter sie zwei Jahre später zu einer bekannten lettischen Musiklehrerin gab. Und mit 18 Jahren ging sie nach London, um in der Akkordeon-Klasse der Royal Academy of Music zu studieren. Seither wird sie mit Preisen überschüttet, musiziert mit bekannten Sängern wie dem Tenor Rolando Villazón und dem Bass Bryn Terfel. Dank ihrer fröhlichen Ausstrahlung lagen ihr zuletzt die Zuhörer bei der britischen Konzertreihe „Night of the Proms“ zu Füßen.

Demnächst wird das neue, charmante Gesicht der Deutschen Grammophon auch die deutschen Musikliebhaber verzaubern können. Am 9. Juni wird sie um 19 Uhr im Berliner Kulturkaufhaus Dussmann, Friedrichstraße 90, ein kostenloses 45-minütiges Konzert mit anschließender Signierstunde geben. Am 13. Juni ist sie um 20 Uhr im Berliner Watergate Club, Falckensteinstraße 49, ebenso live zu erleben wie am 19 Juli beim Musikfestival Bad Kissingen und am 21. Juli im Kloster Machern in Bernkastel-Wehlen.

Da steht der neuen Carmen also ein heißer Sommer bevor. „Jetzt komme ich gar nicht dazu, neben Deutsch auch noch Spanisch zu lernen“, beklagt sie sich. Doch dafür wird sie ihr Akkordeon sprechen lassen. *H. Tews*

MELDUNGEN

Orgelwochen mit Bruckner

Nürnberg – Die Internationale Orgelwoche Nürnberg (ION) blickt vom 3. bis 12. Juni in die Zukunft mit innovativen und unkonventionellen Konzertformaten, ohne dabei ihre geistigen Wurzeln zu verlieren. Dafür steht bereits die Festival-Eröffnung: Die gotische Lorenzkirche wird zur beeindruckenden Kulisse für eine außergewöhnliche Aufführung von Bachs h-Moll-Messe. Licht, Architektur und Musiker korrespondieren in jedem der fünf Teile auf unterschiedliche Weise miteinander und bieten eine eigene Deutungsebene an. Den musikalischen Part übernehmen das Concerto Köln, der Chor des Bayerischen Rundfunks und Solisten unter Peter Dijkstra. Neben Orgelkonzerten stehen am 6. Juni in St. Sebald auch Bruckners Sinfonie in d-Moll, die sogenannte „Nullte“, und am 12. Juni Monteverdis Oper „L'Orfeo“ auf dem Programm. Eintrittskarten sind online unter www.reservix.de oder telefonisch unter (01801) 2144488 erhältlich. Ausführliche Programminformationen unter www.ion-musica-sacra.de *tws*

»Nana« zieht alle Blicke auf sich

Hamburg –Die „Nana“ steht im Mittelpunkt der Ausstellung „Manet – Sehen. Der Blick der Moderne“ mit Werken des impressionistischen Malers Édouard Manet in der Hamburger Kunsthalle. Das großformatige Gemälde, das die sich prostituierende Figur aus einem Roman von Émile Zola zeigt, gehört seit Jahrzehnten mit zu den kostbarsten Beständen der Kunsthalle. Nachdem das Haus zwei Jahre lang wegen Sanierungsarbeiten geschlossen war (siehe *PAZ* vom 13. Mai), meldet es sich mit dieser bis zum 4. September laufenden Sonderausstellung eindrucksvoll zurück. Manet gilt als einer der bedeutendsten Wegbereiter der modernen Malerei und hat die Kunst im 19. Jahrhundert regelrecht revolutioniert. In seinen Gemälden machte er den Wandel von Paris zur modernen europäischen Hauptstadt greifbar zum Thema. *tws*

Kinotipp

Nicht nur die Deutschen haben ihren „Tatort“. Auch bei den Dänen reift so nach und nach ein Kultkrimi nach deutschem Vorbild heran. Mit dem Film **Erlösung** kommt am 9. Juli zum dritten Mal ein Fall des traumatisierten Ermittlers Carl Mørck in unsere Kinos, nachdem dieser in den Jahren zuvor schon in „Erbarmen“ und „Schändung“ mit seinem migrantischen Kollegen Assad Serientäter zur Strecke gebracht hat. Diesmal jagen sie nach dem Fund einer mit dem Blut eines Opfers geschriebenen Flaschenpost einen pathologischen Entführer, der Kinder aus christlichen Sekten im Visier hat. Der Film, bei dem dank deutscher Koproduktion die Zugverfolgung sogar bis nach Deutschland führt, rauscht wegen seiner manchmal abstrusen Handlung häufig knapp an der Realität vorbei, also ähnlich wie bei unseren „Tatort“-Filmen, die trotzdem ein Millionenpublikum anlocken. Die auf Büchern des Dänen Jussi Adler-Olsen basierende Filmreihe beeindruckt dafür mit viel originellen Wendungen. *tws*

»Die Feier schlicht, einfach, still, würdig«

Vor 75 Jahren starb der letzte Deutsche Kaiser im Exil im niederländischen Doorn

Ein Lebensabend im Exil, damit hatte Wilhelm II. nicht gerechnet. Doch während andere Monarchen an diesem Schicksal zerbrachen, nahm er es an und führte im niederländischen Doorn das im Vergleich zu früheren Tagen bescheidene Leben eines Landedelmannes. Die Vorgänge in Deutschland beschäftigten ihn unablässig, und er blieb bis ins hohe Alter ein wacher politischer Beobachter und scharfer Kritiker. Das bezog sich vor allem auch auf die Herrschaft der Nationalsozialisten, denen er noch im Tod widerstand.

Anders als früher, als ihm manches unbedachte Wort über die Lippen gekommen war, verzichtete der Kaiser im Exil auf jede öffentliche politische Äußerung. Noch weniger kam es ihm in den Sinn, sich aktiv politisch zu betätigen, obwohl er immer wieder dazu aufgefordert wurde und es Zeiten gab, in denen diesbezügliche Bemühungen in Deutschland auf fruchtbaren Boden gefallen wären. Die Wirren der Weimarer Republik kommentierte er mit spitzer Feder: „Der politische Idiotismus feiert im armen Vaterlande wahre Orgien. Vom Ausland her dies Chaos ansehen zu müssen, ist fürchterlich.“ Dem Nationalsozialismus stand Wilhelm zunächst aufgeschlossen, dann aber äußerst reserviert gegenüber. Gleichwohl verband er mit Hitlers Regierungsantritt wie Millionen andere die Hoffnung auf bessere Zeiten für Deutschland und für sich zumindest vorübergehend auf eine mögliche Rückkehr auf den Thron.

Seine Tage in Doorn verbrachte der verwitwete Wilhelm ab 1920 gemeinsam mit seiner zweiten Ehefrau Hermine von Schönaich-Carolath geborene Prinzessin von Reuß. Dabei widmete er sich dem Verfassen seiner Memoiren und weiterer Bücher, kulturhistorischen Studien, Bibellesungen, dem Empfang von Besuchern aus der Heimat, dem Holzhacken und der Gartenarbeit. Nur selten verließ er das Anwesen für kurze Ausfahrten.

Bei Beginn des deutschen Westfeldzuges im Mai 1940 schlug die niederländische Königin Wilhelmina dem deutschen Monarchen vor, sich an einen Ort zu begeben, der sicherer als Doorn sei. Wilhelm lehnte jedoch ab, weil er dort, wo er nun einmal lebe, „seinem Schicksal entgegensehen“ wolle. Als sich die deutschen Panzerspitzen seinem Exilsitz näherten, wurden der Kaiser und sein engeres Gefolge im Haus interniert, nachdem er nichts hatte tun wollen, „was auch bei böswilligster Auslegung als Flucht ausgelegt“ werden konnte. Das Angebot der britischen Regierung und des Königshauses, „mit Bezug auf die alten Familienbeziehungen und die Unmöglichkeit, den Wohnsitz im Kampfgebiet aufrecht zu erhalten“, seinen Exilsitz nach London zu verlegen, lehnte er aus demselben Grund ab. Zudem wollte er „nicht die Gastfreundschaft eines Feindes Deutschlands in Anspruch nehmen“, auch wenn es sich beim britischen Monarchen um seinen Großneffen handelte.

Nachdem die Waffen schwiegen, nahm das Leben in Doorn wieder seinen gewohnten Gang. Wilhelm begab sich in das vom Krieg zerstörte Gebiet und legte an den Gräbern der deutschen wie der niederländischen Gefallenen Kränze nieder. Diese noble Geste rechneten die Holländer ihm hoch an. Die Reichsregierung stellte den Exilkaiser „unter den Schutz des Deutschen Reiches“, und vor dem Haus zog eine militärische Wache auf. Das Angebot, nach Deutschland zurückzukehren, lehnte er höflich, aber entschieden ab. Das machte ihn in den Augen des NS-Regimes suspekt, weshalb Haus Doorn unter Gestapo-Bewachung gestellt und von der Außenwelt abgeschirmt wurde.

Der deutsche Sieg über den alten Erbfeind Frankreich, die Tilgung der Schmach von Compiègne 1918, bewegte den alten Mann, den Obersten Kriegsherrn des Ersten Weltkrieges, so sehr, dass ihm die Tränen kamen und er sich zu einem Telegramm an Hitler hinreißen ließ: „Unter dem tiefgreifenden Eindruck der Waffenstreckung Frankreichs beglückwünsche ich Sie und die gesamte deutsche Wehrmacht zu dem von Gott geschenkten gewaltigen Sieg mit den Worten Kaiser Wilhelms des Großen: Welch eine Wendung durch Gottes Fügung. In allen deutschen Herzen erklingt der Choral von Leuthen, den die Sieger von Leuthen des großen Königs anstimmten: Nun danket alle Gott.“ Dieses



Bild: Archiv

Führte im Exil das Leben eines Landedelmanns: Wilhelm II.

Glückwunschtelegramm interpretieren die meisten Historiker unserer Tage in Verkennung der Umstände seiner Entstehung völlig fehl als Ergebenheitsadresse des Kaisers an den „Führer“.

Mit wachem Interesse verfolgte Wilhelm das weitere Kriegsgeschehen und verglich die beiden Weltkriege miteinander. Da er in beiden ein gemeinsames Grundmuster erkannte, sagte er, von den Siegesfanfaren der NS-Propaganda unbeeindruckt, die militärische Niederlage Deutschlands voraus. Der Kampf gegen das sich entschlossen wehrende Großbritannien bedrückte ihn. Mit Sorge blickte er auch nach Osten, sah er in der Sowjetunion doch eine Bedrohung für Europa und die Welt. Den Angriff auf Stalins Riesenreich sollte er jedoch nicht mehr erleben.

Mittlerweile war es einsam um den greisen Monarchen geworden. Die meisten seiner Zeitgenossen – Getreue wie Widersacher – hatte er bereits überlebt. Selbst einige seiner Kinder waren schon verstorben und einige Enkel gefallen. Umso mehr hatte er sich in den letzten Jahren noch über die Geburt mehrerer Urenkel gefreut, darunter Sophia, die heutige spanische Königin, und der spätere griechische König Konstantin II.

Im Mai 1941 begann Wilhelm zu kränkeln, sich unwohl und müde zu fühlen. Als es langsam mit ihm zu Ende ging, eilten seine Tochter Viktoria Luise und sein „Lieblingsenkel“ Louis Ferdinand nach Doorn und wichen nicht mehr von seiner Seite. Noch auf dem Sterbebett ließ sich Wilhelm über die Kriegslage und das Weltgeschehen berichten. Bis in seine letzten Lebensstunden beschäftigte ihn der Gedanke einer Versöhnung mit England. Mit großem Ernst sagte er seiner Tochter, sollte Deutschland England besiegen, müsse man ihm sofort die Hand ausstrecken und mit ihm zusammengehen. Denn „ohne England kann Deutschland nicht bestehen“, war sich der Sterbende sicher.

Am 4. Juni schloss Wilhelm für immer die Augen. Für den Fall, dass in Deutschland „eine nicht monarchische Staatsform noch vorhanden“ sein und er im Exil sterben sollte, hatte er bereits 1933 verfügt, „auch in Doorn provisorisch beigesetzt zu werden“. Die Trauerfeier wünschte er sich „schlicht, einfach, still und würdig, keine Deputationen von zu Hause, keine Hakenkreuzfahnen, keine Kränze“. Hitler jedoch wollte den toten Kaiser für sich instrumentalisieren und bestand darauf, ihn mit einem Staatsbegräbnis in Potsdam beizusetzen. Eine pompöse Trauerfeier sollte die Kulisse sein, vor der sich der „Führer“ vor dem deutschen Volk und der Welt als Nachfolger des letzten deutschen Kaisers zu legitimieren trachtete. Damit stieß er jedoch auf den erbitterten Widerstand der Familie, der es schließlich gelang, den letzten Willen des Verstorbenen durchzusetzen.

Verärgert darüber, dass er mit seinem Vorhaben gescheitert war, ordnete Hitler an, dass die Beisetzung in Doorn amtlicherseits mit einer „kühlen Wahrung des äußeren Anstandes“ zu behandeln sei. Mit dem Reichskommissar für die besetzten Niederlande, Arthur Seyß-Inquart, entsandte er einen vergleichsweise nachrangigen Vertreter des Reiches. Auf seinem letzten Gang von Verwandten, Getreuen, einer Ehrenformation der Wehrmacht und vielen Einheimischen begleitet, wurde Wilhelm II. mit Trommelwirbel, der Retraite, Salutschüssen und ergreifenden Worten des Hofpredigers Doehring zu Grabe getragen. Seine letzte Ruhestätte hat er im Park von Haus Doorn gefunden – geborgen in dem vom Bildhauer Max Betzner nach seinen Vorstellungen gefertigten Sarkophag, in einem nach seinem Entwurf errichteten Mausoleum, umgeben von „Blumenbeeten leuchtender Farben-Cinerarien und Silvia“, wie er es sich gewünscht hatte.

Die Zeitungen in Deutschland durften nur am Rande über das Ereignis berichten. Zu groß war Hitlers Zorn darüber, dass Wilhelm ihn mit seiner Verfügung über sein Begräbnis noch im Tod besiegt hatte. Propagandaminister Joseph Goebbels behielt es sich vor, den einzigen offiziellen Nachruf zu schreiben. In der Absicht, dessen Ansehen posthum zu beschädigen, schrieb er in der Zeitung „Das Reich“ über den Kaiser: „Er rühmte sich auch nach dem aus der Tendenz zur Versöhnung und Unentschiedenheit verlorenen Kriege, dass ‚der Weg des Ausgleichs in der inneren wie in der äußeren Politik mein Weg‘ gewesen sei. Dieser und nicht der säbelrasselnde drohende Kaiser war der wirkliche Kaiser.“

Ohne es zu beabsichtigen, hat Goebbels damit ein nicht nur zutreffendes, sondern aus heutiger Sicht auch positives, ja geradezu rehabilitierendes Urteil über Wilhelm gefällt, dem heute gemeinhin unterstellt wird, der Protagonist einer kurzsichtigen Politik sowie Symbol einer Zeit und eines Geistes gewesen zu sein, die in Machtbegehren und Selbstüberhebung zur „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ geführt hätten. In seiner Jugend ein eitler, ungestümer und vorlauter Geck und Schwadroneur, hatte sich dieser als gereifter Mann im Laufe seiner Regentschaft in der Tat zu einem besonnenen Staatsmann entwickelt, der seine Entscheidungen wohl abwog und schwer an seiner Verantwortung trug. Von vielen seiner Zeitgenossen, nachfolgenden Generationen und der Historiographie verkannt, steht einem ausgewogenen Urteil über seine Person und sein Wirken heute der Zeitgeist entgegen.

Jan Heitmann

Los von Rom, Madrid, Brüssel, London ...

Vertreter diverser europäischer Unabhängigkeitsbewegung gaben sich beim »Unabhängigkeitstag« in Bruneck ein Stelldichein

Bruneck liegt an der Mündung der Ahr in die Rienz und ist die fünftgrößten Stadt des nach dem Ersten Weltkrieg von Italien annektierten Südtirol. Dort haben mehrere tausend Menschen auf einer von der „Arbeitsgemeinschaft iatz!“ (iatz= jetzt) des Südtiroler Schützenbundes (SSB) organisierten, volksfestartigen Zusammenkunft ein Bekenntnis zum Beschreiten eines Weges abgelegt, der zur Unabhängigkeit ihrer Heimat führen soll. Unter der Parole „Los von Rom“ fanden sich nicht nur Tiroler von diesseits und jenseits des Brenners sowie Vertreter von Venetianern, Triestinern, Lombarden, Friulanern und Sizilianern im Pustertal ein, sondern auch Basken und Katalanen sowie Flamen und Schotten, deren „Los von ...“ den Hauptstädten Madrid, Brüssel und London gilt.

Für Manu Gomez hat das Referendum von Arrankudiaga im November 2014 zwar nicht die Unabhängigkeit des Baskenlandes gebracht, zumal das spanische Verfassungsgericht bisher jede derartige Regung als verfassungswidrig verwarf. Dennoch sei damit ein Schneebrett losgetreten worden, das zur Lawine anwachse.

Shona McAlpine von der 2012 gegründeten Bewegung „Frauen für die Unabhängigkeit“ aus Glasgow wies darauf hin, dass beim Referendum 2014 nur wenig fehlte, um aus Schottland einen unabhängigen Staat zu machen. Trotz der Niederlage der Unabhängigkeitsbefürworter habe sich seitdem politisch einiges ereignet. So haben in der Wahl zum schottischen Regionalparlament unlängst die Scottish National Party abermals die Mehrheit der Sitze errungen. Die SNP will über das „Los von London“ sofort wieder eine neuerliche Volksabstimmung ansetzen, sollten sich die Briten am 23. Juni mehrheitlich gegen den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union aussprechen. In Edinburg ist man nämlich klar gegen den sogenannten Brexit.

Die Katalanin Anna Arqué, die schon auf dem ersten derartigen „Unabhängigkeitstag“ im Mai 2013 in Meran sowie anlässlich der dortigen Andreas-Hofer-Feier im Februar 2016 eine beeindruckende Rede gehalten hatte, bezeichnete nun in Bruneck Politiker, „die vor den Nationalstaaten auf die Knie fallen und das internationale Recht auf Selbstbestimmung verneinen“, als „Gefahr für die Demokratie“. Und Bart De Valck, Vorsitzender der Vlaamse Volksbeweging (VVB) stellte die volklich-nationale Eigenständigkeit über den dieser meist entgegengehaltenen Primat der Wirtschaft: „Ohne Eigenständigkeit gibt es keine Grundlage für Wohlstand und Wohlergehen.“

Unter dem Motto „Heimat in Bewegung – Los von Rom“ zogen dann Tausende durch Bruneck, wo sich dem Auge ein beeindruckendes Fahnenmeer zeigte. Immer wieder wurde die Abschlussrede Elmar Thalers von Beifall unterbrochen. Der Landeskommandant der Südtiroler Schützen und Hauptorganisator des „Unabhängigkeitstags“ wies eindrücklich darauf hin, wie sehr Südtirol von Rom abhängig sei, das in den letzten Jahren die in ganz Europa wider besseres Wissen als „Modell“ angepriesene Autonomie sukzessive entwertete. „Wir haben ein starkes Vaterland, und wir sind ja nach wie vor – zumindest kulturell – ein Teil Österreichs“, und genau da gelte es anzuknüpfen und weiterzudenken, denn „die fertige Lösung, das perfekte Rezept für die Unabhängigkeit für unser Land“ gebe es nicht. „Niemand weiß, was er kann, bevor er's versucht, und niemand weiß, was er erreichen kann, wenn er nicht nach mehr strebt“, rief Thaler in die begeisterte Menge und forderte von seinen Landsleuten mehr Mut: „Wer etwas schaffen will, der muss zuversichtlich sein, der muss anpacken wollen, der muss etwas wagen.“ Unrechtsgrenzen könnten in Europa auf friedlichem Wege korrigiert werden, das habe die Geschichte bereits gelehrt. Auch Deutschland sei unerwartet und entgegen allen Voraussagen wieder vereinigt worden.

„Es braucht den Mut zum Bekenntnis, denn nichts ist für immer, und nichts ist für die Ewigkeit“, lautete denn auch das Fazit des Veranstalters für den „Unabhängigkeitstag“, der trotz niedriger Temperaturen volksfestartigen Charakter trug. Für eine gute Stimmung sorgten Volkstanz- und Schuhplattlergruppen, Alphornbläser, Schwegler, Trommler, Goaßlschnöller, Ziehorgl-Spieler sowie nicht zuletzt die Musikkgruppen „Volxrock“ und „Die Seer“.

Einen außergewöhnlichen Festbeitrag leistete der Südtiroler Heimatbund (SHB). Sein Heißluftballon trug den Schriftzug „Freiheit und Unabhängigkeit“ in die Lüfte. Der SHB wollte damit nach Aussage seines Obmanns (Vorsitzenden) Roland Lang „das Freiheitsstreben der Tiroler und aller anderen fremdbestimmten Volksgruppen unterstützen“. *Reynke de Vos*

Tirols Spaltung

Bis zum Ersten Weltkrieg gehörte das Land unter dem Brenner als Teil des Habsburger Kronlandes Tirol zu Österreich. 1915 trat Italien trotz des Dreibundes mit Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich auf Seiten von deren Gegnern in den Krieg ein. 1918 annektierte das Königreich trotz des Abschlusses eines Waffenstillstandes kurzerhand Südtirol. Und im darauffolgenden Jahr wurde ihm im Frieden von Saint-Germain das annektierte Gebiet als Kriegsbeute zugesprochen.

In italienischer Hand verblieb es auch nach dem Zweiten Weltkrieg und firmiert seitdem als „Provincia Autonoma di Bolzano-Alto Adige“, wenngleich die gesamte Tiroler Bevölkerung in Unterschriftensammlungen Manifestationen des Zusammengehörigkeitswillens dokumentierte und jüngste demoskopische Befunde in Südtirol sowie in Österreich den Wunsch nach Abhaltung eines Referendums über die Zukunft untermauern. Nie wurde den zwischen Brenner und Salurner Klause, zwischen Reschen und Dolomiten lebenden Menschen die Möglichkeit zuteil, gemäß dem Selbstbestimmungsrecht über ihre territoriale Zugehörigkeit, mithin die Eigenständigkeit ihrer Heimat zu befinden.

Für die österreichische Außenpolitik und die Mehrheit des Nationalrats gilt die Autonomie Südtirols ausweislich einer parlamentarischen Resolution vom Juli 2015 sozusagen als eine Art bereits vollzogener besonderer Form der Selbstbestimmung.

R.d.V.

Kampf um Österreichs Hegemonie

Vor 150 Jahren begann der deutsche Bruderkrieg, der Wiens Vorherrschaft in Deutschland beendete

„Der Krieg von 1866 ist nicht aus Notwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht hervorgerufen durch die öffentliche Meinung oder die Stimme des Volkes; es war ein im Kabinett notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf nicht für Landerwerb, Gebietserweiterung oder materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut – für Machtstellung. Dem besiegten Österreich wurde kein Fußbreit seines Territoriums abgefordert, aber es musste auf die Hegemonie in Deutschland verzichten."

Dieser nüchternen, messerscharfen Analyse des minimalistischen „großen Schweigers" Helmuth von Moltke ist wenig hinzuzufügen. Man würde dem preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck nicht gerecht, stellte man ihn als einen Antiösterreicher dar, den es nach einem Krieg mit der anderen deutschen Großmacht gelüstet hätte. Der Preuße war durchaus für eine friedliche Handhabung des deutschen Dualismus zu haben. Ein Kondominium, also eine gemeinsame Hegemonie der beiden deutschen Großmächte in Deutschland konnte er sich ebenso vorstellen wie eine Teilung Deutschlands in Einflusssphären entlang der Mainlinie. Zu einer erneuten Anerkennung der österreichischen Hegemonie wie vor seiner Ära 1850 in der Olmützer Punktation war er aber nicht bereit. Diese Weigerung Bismarcks war nicht vermessen, denn das Habsburgerreich hatte seine besten Zeiten hinter sich und ihm mangelte es zusehends an finanziellen und wirtschaftlichen Ressourcen, seinen Hegemonialanspruch durchzusetzen. Doch zu einem freiwilligen Verzicht waren die ehrbewussten Habsburger in Deutschland ebensowenig bereit wie sie es in Italien gewesen waren. Und so nahmen die Dinge ihren Lauf, und der Konflikt eskalierte.

Vordergründig bekamen sich die beiden über ihre gemeinsame Beute aus dem Dänischen Krieg von 1864 in die Haare: die Elbherzogtümer. Bismarck strebte eine preußische Provinz Schleswig-Holstein an, Wien einen weiteren selbstständigen Bundesstaat. Insofern war es schon ein Affront gegen Berlin, als Wien am 23. Januar 1866 im zum österreichisch verwalteten südlichen Teil Schleswig-Holsteins gehörenden Altona eine Massenversammlung zuließ, auf der die Einberufung einer Ständeversammlung für Schleswig-Holstein gefordert wurde.

Den darauffolgende Monat fiel sowohl in Preußen wie in Österreich die wichtige Grundsatzentscheidung, einem Krieg mit der jeweils anderen deutschen Großmacht nicht aus dem Wege zu gehen. In einem diesbezüglichen österreichischen Ministerrat in Anwesenheit des Monarchen vom 21. Februar folgte eine Woche später ein entsprechender preußischer Kronrat.

Frankreichs Kaiser Napoleon III. tat sein Möglichstes, um beiden Seiten die Kriegsentscheidung zu erleichtern

In dieser Situation goss der Kaiser der Franzosen Napoleon III. Öl ins Feuer. Ihm war an einer Selbstzerfleischung der deutschen Großmächte gelegen. Zum ersten schwächte es Deutschland; zum zweiten stärkte es Frankreichs im Krimkrieg von Russland übernommene Stellung als Primus inter Pares unter den vier kontinentalen Großmächten; und zum dritten versprach es ihm die Möglichkeit, als Zünglein an der Waage einmal wieder zwischen den Parteien zu makeln und entsprechende Provisionen zu kassieren.

So versuchte Napoleon, sowohl Preußen als auch Österreich die Entscheidung für den Bruderkrieg zu erleichtern. Auf dem preußischen Kronrat vom 28. Februar hatte Moltke als Chef des Generalstabs die Notwendigkeit einer Unterstützung Italiens für einen Sieg gegen Österreich betont. Folgerichtig ließ Napoleon seine guten Beziehungen zu Italien spielen, sodass letzteres sich in der Offensiv- und Defensivallianz vom 8. April 1866 verpflichtete, Preußen in einem Krieg gegen Österreich beizustehen (siehe *PAZ* Nr. 14).

Österreich hingegen hatte die Sorge, dass bei einem Krieg gegen Preußen Frankreich wie im Sardinischen Krieg von 1859 dem Gegner beispringen könnte. Auch hier wusste Napoleon Rat. Am 12. Juni 1866 sicherte er Österreich die französische Neutralität für den Fall eines preußisch-österreichischen Krieges zu.

Unabhängig davon, dass diese Deutschlandpolitik den von ihm erstrebten innerdeutschen Krieg wahrscheinlicher werden ließ, winkten Napoleon dafür, dass er Preußen bei den Bündnisverhandlungen mit Italien half und Österreich seine Neutralität zusicherte, Gegenleistungen. Bismarck war da zurückhaltender als seine österreichischen Kollegen. Dem Preußen gelang es des Franzosen Begehrlichkeiten auf französischsprachige Gebiete zu lenken sowie konkrete Zusagen zu vermeiden.



Kaiser Napoleon III: Porträt Adolphe Yvons (1817–1893) aus dem Jahre 1868 Bild: Archiv

Die Donaumonarchie dagegen versprach Frankreich in dem genannten Geheimvertrag für den Fall ihres Sieges über Preußen ihr eigenes Venetien zu dessen freier Verfügung sowie das preußische Rheinland als Einflusssphäre. Das Ausmaß, um nicht zu sagen die Maßlosigkeit dieser Zugeständnisse spiegelt Phantasie-, Rat- und Hilflosigkeit. Wenn man in Berlin den Krieg auch nicht unbedingt anstrebte, so bereitete man ihn dort doch zielstrebig vor. In Wien hingegen war man „zum Kriege resigniert", um es mit dem russischen Zaren Alexander II. zu sagen.

In dieser Situation der Bedrängnis durch die aufstrebende norddeutsche Großmacht setzte Wien auf den Deutschen Bund. Am 1. Juni 1866 forderte es diesen auf, über das weitere Schicksal des österreichisch verwalteten Herzogtums Holstein zu entscheiden. Berlin interpretierte das als wider die preußisch-österreichische Gasteiner Konvention des Vorjahres, in der ungeachtet der dort vorgenommenen Verwaltungsteilung noch einmal die „Rechte beider Mächte von der Gesamtheit beider Herzogtümer" betont worden waren (siehe *PAZ* Nr. 31/2015). Am 9. Juni marschierten die Preußen in Holstein ein. Die dortigen österreichischen Truppen verzichteten auf Gegenwehr und zogen ab, sodass es noch zu keinen Kampfhandlungen kam. Wieder setzte Wien auf den Deutschen Bund. Am 11. Juni beantragte es die Mobilisierung des nichtpreußischen Armeekorps des Bundesheeres, ein Antrag, der drei Tage später vom Bundestag angenommen wurde. Daraufhin erklärte der preußische Bundestagsvertreter den Deutschen Bund für aufgelöst. Nichtsdestoweniger beschloss der Bundestag am 16. Juni die Bundesexekution gegen Preußen. Vier Tage später erklärte Italien gefolgt von Preußen Österreich den Krieg und am 21. Juni überschritten preußische Truppen die böhmische Grenze. *Manuel Ruoff*

Technisches oder menschliches Versagen?

Versuche mit der von DLR und Lilienthal-Museum nachgebauten Unglücksmaschine Lilienthals sollen die Frage beantworten helfen

Um die Verdienste des deutschen Luftfahrtpioniers Otto Lilienthal zu würdigen, der vor 125 Jahren mit seinen ersten praktischen Flugversuchen begann, haben das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und das Lilienthal-Museum in Anklam seinen sogenannten Normalsegelapparat so originalgetreu wie möglich nachgebaut.

Lilienthals Konstriktion war das erste in Serie gebaute und verkaufte Flugzeug der Geschichte. Von ihm baute der in Anklam geborene Maschinenbau-Ingenieur ab 1894 in seiner Maschinenfabrik zehn Stück. „Acht Käufer sind namentlich bekannt", sagt Bernd Lukasch, der Leiter des Lilienthal-Museums in Anklam. Ein Fluggerät dieses Typs war es auch, mit dem Lilienthal am 9. August schwer verunglückte. Er stürzte ab und erlag am folgenden Tag in der Berliner Universitätsklinik seinen Verletzungen. Handelte es sich um einen Konstruktions- oder einen Pilotenfehler?

Am Nachbau konnten die Forscher nun erstmals die Flugeigenschaften des Normalsegelapparats vermessen. Seit dem vergangenen Herbst wurde an ihm im Lilienthal-Museum gearbeitet. Nun ist er fertig, und bereits wenige Tage nach der Fertigstellung begannen die Windkanaltests im Deutsch-Niederländischen Windkanal (DNW) im holländischen Emmeloord, einem der größten und modernsten der Welt.

Dabei kamen die Forscher den Ursachen für Lilienthals tödlichen Absturz näher. Bisher hatten viele Experten angenommen, Lilienthal habe einen instabilen Gleiter gebaut, also ein Fluggerät, das nur durch ständiges Nachsteuern in der Luft bleibt. In den bisherigen Tests hat sich jedoch herausgestellt, dass der Normalsegelapparat sehr wohl eigenstabil ist. Wenn man ihn in eine stabile Fluglage bringt, behält er diese bei. Damit hatte der Normalsegelapparat bereits eine wichtige Eigenschaften der weitaus meisten Flugzeuge. Lilienthals Konstruktion erwies sich als stabil und durchaus robust. „Der Gleiter hat Windgeschwindigkeiten bis 36 Kilometer pro Stunde standgehalten und Datensätze geliefert, die Lehrbuchcharakter haben", lobte Andreas Dillmann, Leiter des DLR-Instituts für Aerodynamik und Strömungstechnik, der für das DLR die Versuche betreut. „Die Flugeigenschaften gleichen denen eines typischen Schul-Segelflugzeuges der 20er und 30er Jahre – Konstruktionen, die Jahrzehnte nach Lilienthal flogen", so Dillmann weiter. In der Gleitleistung entspricht der Segelapparat heutigen Gleitschirmen. Das spricht dafür, dass Lilienthal eher ein Piloten- als ein Konstruktionsfehler zum Verhängnis wurde, also menschliches statt technisches Versagen.



im Windkanal: Nachbau des Lilienthal-Gleiters Bild: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Weitere Untersuchungen in Göttingen sollen klären, welchen Einfluss die Manövrierfähigkeit des Gleiters auf den tödlichen Absturz des Flugpioniers gehabt haben könnte. So ließe sich ermitteln, wie sich der Gleiter bei Böen und Aufwinden verhält und in welchem Flugzustand der Auftrieb abreißt. Denn unter solchen Umständen war Lilienthal seinerzeit abgestürzt. Er war in eine Böe geraten, hatte dabei stark an Geschwindigkeit verloren, bevor er die Kontrolle verlor.

Der Nachbau weicht in Details vom Original ab, erfüllt aber im Gegensatz zu anderen Reproduktionen alle Vorgaben für wissenschaftlich exakte Versuche. Das Original bestand aus Weidenholz, Stahldraht, und einem englischen Leinenstoff, aus dem Oberhemden genäht werden. Allerdings kann man Weidenholz mit den nötigen Eigenschaften nur im Frühjahr schlagen. Da der Nachbau größtenteils im Winter entstand, wichen die Erbauer auf Abachi aus. Abachi entspricht hinsichtlich Biegsamkeit und Gewicht dem Weidenholz. Der Stoff wurde extra für dieses Projekt hergestellt. Die Spannschlösser für den Stahldraht sind gängige Industrieprodukte von heute.

Lilienthal legte mit seinen experimentellen Arbeiten und seinen Flugversuchen die Grundlagen für die moderne Aerodynamik. Auf diesen Arbeiten beruht die bis heute gültige aerodynamische Beschreibung der Tragfläche. Die Gebrüder Wright entwickelten seine Erkenntnisse für ihre eigenen Flugversuche weiter. 1889 veröffentlichte Lilienthal sein Buch „Der Vogelflug als Grundlage der Fliegekunst". Es fand damals nur wenig Beachtung, weil man damals die Zukunft eher in der Luftfahrt mit Ballons und Luftschiffen sah. Durch seine Aufsehen erregenden Flüge änderte sich das jedoch. Insgesamt entwickelte Lilienthal mindestens 21 Fluggeräte. *Friedrich List*

Ein von echter Opposition entwöhntes Politikkartell

Zu: Wer dazugehört – und wer nicht (Nr. 21)

Der Grad demagogischer Vereinnahmung und umgekehrt der Ausgrenzung von Bürgern und Parteien hat bedrohliche und groteske Ausmaße erreicht. Es ist demgegenüber auf wirklicher Demokratie zu beharren. Demokratie ist der Regeln unterliegende, unbehinderte, gewaltfreie Wettstreit unterschiedlicher Parteien, Interessen, Konzepte und Weltanschauungen. Dieser Wettbewerb wird ausgehebelt durch den sogenannten Konsens der Demokraten. Der war angesichts der Stärke antidemokratischer Parteien sicher erforderlich in der Weimarer Republik, vielleicht noch in der Frühzeit der Bonner Republik. Es herrscht aber heute Demagogie des schwarz-rot-grünen Kartells gegen jeden Richtungswechsel, ja, gegen jede seriöse Kritik.

Wo ein umfangreicher und rigoros eingeforderter Konsens besteht, ist Widerspruch geboten. Die Übereinstimmung der Macht schlägt sich nieder im System politischer Korrektheiten, vom Kampf gegen rechts bis zur Ächtung unerwünschter Autoren wie Pirincci, Matussek, Nicolaus Fest, Eva Herman, Jürgen Elsässer, Gerhard Wisnewski und vielen anderen. Die Botschaft: Wer keinen massiven Ärger will, keinen Abbruch seiner gesellschaftlichen Reputation oder Verlust seines Einkommens, widerspricht besser nicht. Ganz schnell gelangt derjenige auch noch in den Bereich des politischen Strafrechts. Buchhändler sollen sich überlegen, solche Autoren aus dem Sortiment zu nehmen.

Wenn das herrschende Parteienkartell darin übereinstimmt, dass Masseneinwanderung oder die Auflösung von Staat und Nation in der Europäischen Union erfreulich sind, wird dies als demokratisch verbindlich eingefordert. Wer anders denkt, ist eben Reaktionär oder Nazi. Zumindest aber deren Wegbereiter und als Partei rechtspopulistisch.

Das Kartell ist echter Opposition gänzlich entwöhnt, alarmistisch und unduldsam geworden. Wann war eigentlich die letzte harte Debatte im Bundestag? Irgendwann zum vorletzten Irak-Krieg? Wenn jetzt eine andere Opposition auf der Straße auftaucht und als Partei mit zweistelligen Ergebnissen in Parlamente einzieht, sind die Reaktionen hysterisch und demagogisch. Um Konservative und Rechte einzuschüchtern, bildet man Volksfrontbündnisse, mobilisiert staatlich Angestellte und lässt Verhetzten wie Linksextremen weiten Spielraum. Letztere gehören zum System, zur bundesdeutschen Politfolklore.

Rudolf Kraffzick, Hainau

Unvorhersagbar

Zu: Keine Gnade (Nr. 20)

Wolfgang Thüne präsentiert zum wiederholten Male sein Argument, man könne Skeptikern der Ideologie vom menschenverursachten Klimawandel nicht vorwerfen, dass sie den Klimawandel für natürlich halten, wenn man – wie die Klimawandelideologen es tun – gleichzeitig von der Klimadefinition des IPCC ausgeht, nach der Klima nichts anderes ist als über 30 Jahre gemitteltes Wetter. Denn Herr Thüne stellt richtig fest, dass über 30 Jahre gemitteltes Wetter immer noch Wetter ist. Demnach wäre Klimawandel auch nichts anderes als Wetterwandel, und dass Wetterwandel etwas Natürliches ist, bestreitet auch kein Klimaideologe.

Herrn Thünes Argumentation ist in sich stimmig; und doch ist sie aus Sicht eines Skeptikers nicht schlagkräftig, weil nämlich bereits die IPCC-Definition des Klimas untauglich ist. Zwischen Wetter und Klima besteht kein quantitativer, sondern ein qualitativer Unterschied: Wetter ist derjenige Teil des atmosphärischen Geschehens, der chaotisch und damit langfristig unvorhersagbar ist. Klima dagegen ist derjenige Teil des atmosphärischen Geschehens, der periodisch (meist jährlich) wiederkehrend oder linear veränderlich und damit langfristig vorhersagbar ist. Eine beliebige gemessene Temperatur setzt sich zu zirka 90 Prozent aus Klima und zu zirka zehn Prozent aus Wetter zusammen. Klimawandel ist deshalb etwas qualitativ anderes als Wetterwandel. Herrn Thünes Folgerung, dass kein Skeptiker den Klimawandel bestreiten kann, da ja auch niemand den Wetterwandel bestreitet, ist damit hinfällig.

Dennoch gibt es den natürlichen Klimawandel, der auf Veränderungen kosmischer und geologischer Konstellationen beruht, durch die das Klima bestimmt wird. Dass es auch einen relevanten menschenverursachten Klimawandel gibt, ist aufgrund der Unsicherheit bei Messungen und Modellrechnungen nach wie vor unbewiesen.

Alf Rettkowski, Odenburg i. O.

Schwejks Idiotie

Zu : Abwärts, so oder so (Nr. 17)

Vor vielen Jahren schickte unsere Regierung die Bundeswehr zum Hindukusch, um dort offiziell unsere Grenze zu verteidigen, was diese heute noch mit Opfern von Soldaten tut. Der tiefe Sinn ist, dass heute Afghanistan der weltgrößte Opiumlieferant ist, mit dem hohen Gewinn Illegale mit illegalen Waffen versorgt und zur Zeit von dort im Vergleich zu den anderen Fluchtländern die höchste Anzahl von Flüchtlingen nach Deutschland zieht.

Aber Kleinvieh aus anderen Fluchtländern macht bekanntlich auch Mist. Die außer Kontrolle geratene Fluchtsintflut kann die EU nicht mehr verteilen und versorgen. Da eine Asylkatastrophe droht, müssen die Flüchtlinge je nach Berechtigung sortiert werden. Das ist sehr kompliziert, weil diese größtenteils keine oder falsche Pässe vorweisen, falsche Angaben machen und zu zirka 70 Prozent in das Mama-Merkel-Land wollen.

Der tiefe Sinn liegt hier in dem lukrativen Geschäft mit der Fluchthilfe. Daran beteiligen sich jetzt Zuhälter, Rauschgifthändler und Betrüger aller Art aus unserem Land vor Ort mit viel größerem Reibach.

„Alles hat seinen tiefen Sinn“, entdeckte vor über 100 Jahren der brave Soldat Schwejk, der sich stolz „staatlich anerkannter Idiot“ nannte.

Heinz-Dietrich Koske, Köln

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de



Historische Wende: Am Holztisch besiegelten Genscher, Gorbatschow und Kohl im Juli 1990 die Zukunft Deutschlands Bild: pa

Von der CDU befreit

Zu: Nicht nur Licht (Nr. 14)

Seit einigen Monaten bin ich wieder Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. Eigentlich ist das eine Pflichtlektüre für einen vertriebenen Ostpreußen, Aber ich hatte die Landsmannschaft Ostpreußen zusammen mit dem *Ostpreußenblatt* verantwortlich gemacht, dass beide 1990 die Regierung Kohl in keine Verhandlung um die Ostgebiete gezwungen, noch nicht einmal die Gesprächsbereitschaft des damaligen sowjetischen Präsidenten Gorbatschows genutzt haben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Leserbrief „Sichere Quelle“ in der *PAZ* Nr. 15 bezüglich Gorbatschows Bereitschaft zur Rückgabe des Königsberger Gebietes.

Genscher soll während des Gesprächs mit Gorbatschow mit erhobenem Zeigefinger Horst Teltschik scharf angewiesen haben: „Teltschik, Sie halten den Mund!“, als dieser meinte, man müsse für den Fall der Rückgabe von Königsberg die polnische Regierung informieren. Gorbatschow soll sogar irritiert gewesen sein.

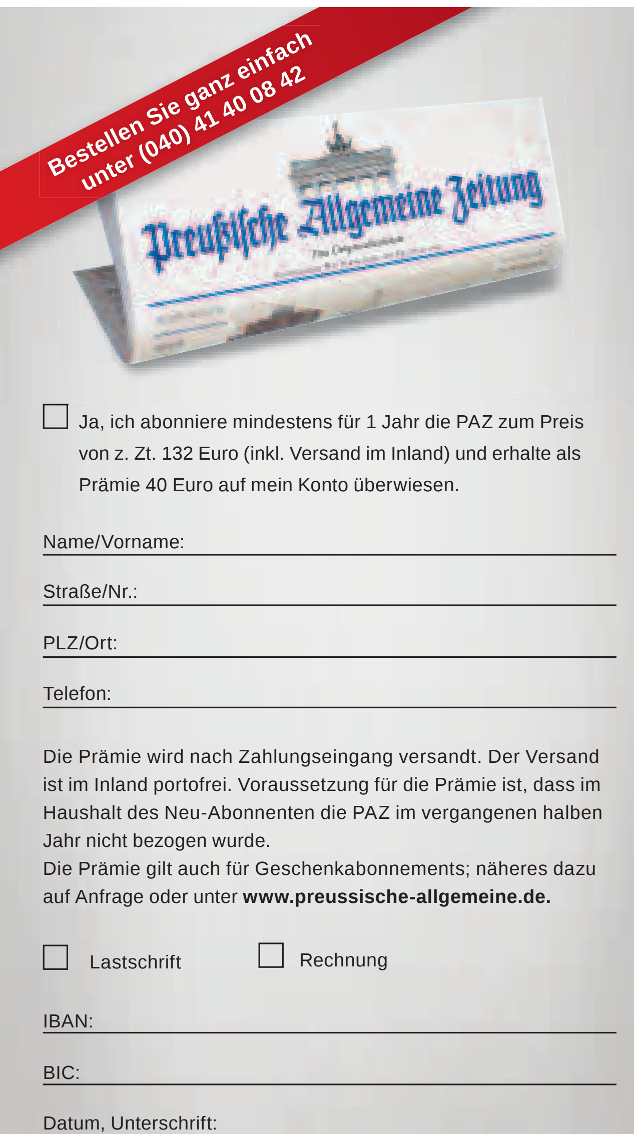
Meines Erachtens ergibt das auch einen Sinn, wenn man berücksichtigt, dass Kohl am Tag des Mauerfalls am 9. November 1989 in Warschau weilte. Warum wohl? Weil Kohl die polnische Regierung noch in letzter Minute für den Fall des Mauerfalls und einer möglichen Wiedervereinigung beruhigen wollte, dass Deutschland die Ostgebiete nicht zurückfordern würde. Allein die Rückgabe von Königsberg hätte die Polen in eine „deutsche Zange“ gebracht.

Die CDU hatte sich schon lange von der Wiedervereinigung verabschiedet und Leute, die das in den 80er Jahren noch forderten, nannte auch die CDU Ewig-Gestrige und reaktionär. Die CDU schwebte längst auf Wolke 7 in Richtung Europa. Im Übrigen hat der Verrat an den Vertriebenen bei der CDU schon eine historische Tradition. Zuerst schluckte man den BHE, dann lockte man Vertriebenen-Funktionäre in fette Ministerposten, schläferte das Vertriebenen-Volk durch Sonntagsreden ein, missbrauchte es an den Wahlurnen, um es 1990 schamlos zu verraten und deutsches Land in den Schornstein zu schreiben. Der „Mohr“ hatte seine Schuldigkeit getan!

Die *Preußische Allgemeine* scheint sich heute von der CDU-Clique befreit zu haben und ist eine lesbare Zeitung geworden. Sprache, Logik und Wortwahl sind Balsam für die geschundene deutsche Seele.

Erhard Paschke, Hannoversch Münden

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 132 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.preussische-allgemeine.de.**

Lastschrift Rechnung

IBAN:

BIC:

Datum, Unterschrift:



Das Ostpreußenblatt



Nr. 22 – 3. Juni 2016

MELDUNGEN

Notlandung in Powunden

Königsberg – Der Pilot eines Passagierflugzeuges bemerkte auf dem Flug von Moskau nach Hannover einen nicht richtig verschlossenen Tank und legte deshalb auf dem Königsberger Flughafen Powunden einen außerplanmäßigen Zwischenstop ein. Ein Ersatzflugzeug brachte die Passagiere von dort unbeschadet nach Hannover. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. S7j: Rontzken [Raczki] – Zalusken [Załuski], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomlyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Groß Borken [Borki Wielkie] – Alt Bagnowen [Bagiennice], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elbląg] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Ortelsburg [Szczytno] – Olschinen [Olszyny], Brückenrenovierung. Straße Nr. 59: Moythienen [Mojtyny], Brückeumbau. Straße Nr. 63: Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Brückenbau. Straße Nr. 65: Goldap [Gołdap] – Treuburg [Olecko], Brückenbau; Löbelshof [Chojniak] – Stradaunen [Straduny], Baustelle; Lyck [Elk] – Prostken [Prostki], Baustelle. *PAZ*

Eine mutige Pionierin geht

Magdalena Piklaps übergibt den Vorsitz des Vereins der Deutschen in Memel an Klaus Grudzinskas

Nach 24 Jahren an der Spitze des Vereins der Deutschen in Memel ist Magdalena Piklaps vom Amt der Vorsitzenden dieses ältesten Vereins der Memelländer in ihrer Heimat zurückgetreten und hat Klaus Grudzinskas, ihrem jahrzehntelangem Stellvertreter, den Weg zur Spitze frei gemacht. Ihr ist es zu verdanken, dass die Deutschen heute in Memel wieder von allen anerkannt und als Kulturträger geschätzt werden.



24 Jahre an der Spitze des Vereins: Magdalena Piklaps Bild: Bost

Magdalena Piklaps gehört zu den Pionieren der heimatverbliebenen Memelländer auf dem schwierigen Weg zur Anerkennung ihrer Sprache und Identität. Sie war schon am 23. April 1989 dabei, als sich die ersten Deutschen in der durch die Sowjets mehr als 40 Jahren verschlossenen Stadt an der Bernsteinküste versammelten und es wagten zu erklären, dass sie noch da sind. Es waren mehr als 800 Familien, welche die 40 Jahre Sowjetherrschaft trotz Flucht, Vertreibung und Aussiedlung ohne Rechte und ohne Schutz überlebt hatten.

Die Memelländer wussten damals, dass sie nur im Schatten der Forderungen der Litauer und der anderen baltischen Staaten nach Unabhängigkeit und der Anerkennung ihrer nationalen Rechte auch ihre Rechte einfordern durften. Deshalb vermied der erste Verein, den die Memelländer 1989 gründeten, jeden Verweis auf die Nationalität seiner Mitglieder und schloss das Eigenschaftswort litauisch mit ein, er nannte sich „deutsch-litauischer Kulturverein". Damals gab es noch keinen souveränen litauischen Staat, und die Menschen in Memel wussten noch nicht, ob sie nach dem Zerfall der Sowjetunion dem russischen Königsberger Gebiet zugeschlagen werden würden oder einem möglicherweise entstehenden souveränen litauischen Staat.

Erst 1993, ein Jahr nachdem Piklaps den Vorsitz übernommen hatte und zwei Jahre nach der Erlangung der Unabhängigkeit durch Litauen, änderte man den ursprünglichen Namen und nannte sich Verein der Deutschen in Memel. „Der Anfang war schwer: es gab wenig Menschen, es mangelte an Erfahrung. Es gab aber den großen Wunsch, nach 40 Jahren die Muttersprache, die Heimatkultur und Bräuche, die alle nur im engsten Familienkreis pflegen durften, wieder zu erlernen", erklärte sie in ihrer Abschiedsansprache.

Mit Piklaps wurde der Grundstein für die Tätigkeit des Vereins gelegt: Deutsche Sprachkurse wurden eingeführt, 1992 eröffnete die Grundschule Hermann-Sudermann, die mittlerweile Gymnasiumstatus hat, die zweisprachige Zeitung „Deutsche Nachrichten für Litauen" wurde gegründet, das Begegnungszentrum des Vereins, das Simon-Dach-Haus, wurde in Angriff genommen. Erst als dieses Haus im Hafenviertel der Stadt 1996 mit Hilfe von Mitteln des Bundesinnenministeriums 1996 eröffnet wurde, konnte die Vereinsarbeit auf eine feste Grundlage gestellt werden.

Mit der Einweihung des Simon-Dach-Hauses stiegen jedoch auch die Erwartungen der bundesdeutschen Geldgeber. Diese erwarteten überregionale Aktivitäten, denen man mit der Einführung der „Deutsche Kulturtage" 1999 gerecht werden wollte. Aus den deutschen Kulturtagen sind dann Kulturwochen und mittlerweile Kulturmonate geworden, in denen von Memel aus deutsche Kulturarbeit für das gesamte Baltikum organisiert wird. Dieses Engagement überstieg bald die eigenen Mittel und Möglichkeiten der deutschen Volksgruppe im Memelland, die nach der Erlangung der litauischen Unabhängigkeit durch Aussiedlung in die Bundesrepublik immer mehr schrumpfte.

Waren es zunächst die Memelländer und andere Ostpreußen in der Bundesrepublik, welche die Kultur- und Vereinsarbeit der heimatverbliebenen Landsleute unterstützen, so waren es später insbesondere die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, die Bürgermeister der Stadt Memel und verschiedene andere Institutionen der Bundesrepublik und Litauens. Trotz der zusehends weiter über die Vereinsinteressen ausgreifenden Aktivitäten, die von Spezialisten aus der Bundesrepublik organisiert wurden, verstand es der Verein unter Piklaps auch immer, die unmittelbaren Interessen ihrer immer weniger werdenden Vereinsmitglieder mit Sprachkursen oder Bildungsangeboten weiterzuverfolgen. So wurden für die Kinder in Memel Martinsumzüge organisiert, Adventskonzerte angeboten, Oster- und Weihnachtsfeiern veranstaltet. Neben ihrer Kulturarbeit für die deutsche Volksgruppe war Piklpas von Anfang an auch beim parallel verlaufenen Wiederaufbau evangelischer Kirchenarbeit im Memelland stark engagiert. Bis heute leitet sie die Sozialarbeit in der „Sandora", der Diakonieabteilung der Gemeinde.

Der Beitritt Litauens zur Europäischen Union 2005 brachte bemerkenswerterweise einen Rückschritt in den Entfaltungsmöglichkeiten der heimatverbliebenen Memelländer. Durch die Änderung der Zuständigkeiten für die Fördermittel konnten die „Deutschen Nachrichten" nun nicht mehr finanziert werden und wurden neben anderen Programmen eingestellt. Mit großer Politik hat sich der Verein der Deutschen in Memel unter Piklaps nie beschäftigt. Vielleicht war gerade das ihr Erfolgsrezept. Jedenfalls verstand sie es, trotz abnehmender Mitgliedszahlen auf lokaler und regionaler Ebene eine immer wichtigere Rolle zu spielen, eine Rolle, die heute niemand in Stadt und Land mehr übersehen kann. Die Memelländer, ob in der Heimat oder in aller Welt, haben Magdalena Piklaps, die sich auch durch persönliche Rückschläge wie einen schweren Verkehrsunfall nicht von ihrem Engagement für ihre Heimat hat abbringen lassen, viel zu verdanken. *Bodo Bost*

Die Hohe und die Holzbrücke sollen weichen

In Königsberg ist im Zuge der Vorbereitungen auf die WM 2018 der Abriss der beiden alten Übergänge zur Insel Lomse geplant

Ursprünglich war vorgesehen gewesen, die Hohe und die Holzbrücke in Königsberg zu sanieren, aber die Behörden haben nun beschlossen, sie komplett zu demontieren und neue Überführungen zu bauen. Zuerst wird die Hohe Brücke abgetragen, welche die Insel mit dem Friedländer Torplatz und dem Unterhaberberg verbindet. Die Überreste der Brücke sollen eine praktische Verwendung finden: Der Stahl geht ins Altmetall und die Betondecke wird zum Auffüllen von Wegen verwendet. Die neue Brücke wird eine Breite von drei Metern haben.

Nach den Bauarbeiten an der Hohen Brücke, die im Mai 2017 abgeschlossen sein sollen, werden entsprechende Arbeiten an der Holzbrücke stattfinden, welche die Insel mit der Altstädtischen Langgasse verbindet. Die Holzbrücke wurde ursprünglich 1404 erbaut und ist seitdem mehrmals umgebaut worden. Nach der Rekonstruktion im Jahr 1904 erhielt sie ihre heutige Form. Es ist erwähnenswert, dass bis vor Kurzem noch nicht entschieden war, welche Elemente erhalten bleiben sollen. Zum Beispiel war der Zugmechanismus der Holzbrücke nicht als kultureller Wert anerkannt worden. Man hatte daher entschieden, ihn auszubauen und einem der Museen der Stadt zu übergeben.

Die Brücke war schon 2014 als baufällig erklärt worden. Allerdings wurde ihr Verkehr über sie als ungefährlich eingestuft. Die Behörden hatten lediglich den Straßenbahnverkehr der Waggons des Bromberger Herstellers Pesa untersagt, da sie sich als zu schwer für die Brücke erwiesen. Über den Wiederaufbau und die Erweiterung der Brücke entschieden die Behördenvertreter erst Anfang dieses Jahres. Die Architekten hatten vorgeschlagen, die bestehende Überführung zur Fußgängerbrücke zu machen und eine neue für Autos zu bauen. Bürger, die sich um das Schicksal der historischen Holzbrücke sorgten, hatten Unterschriften für deren Erhalt gesammelt. Aber die Holzbrücke könnte während der Fußballweltmeisterschaft in zwei Jahren zu einem der Hauptwege werden, die von der Fanzone am Haus der Räte zum Stadion auf der Insel führen. Der Bau einer neuen Holzbrücke wird deshalb nach dem der Hochbrücke beginnen. Beide Brücken sollen zum Beginn der WM fertig sein. Die Kosten für den Bau werden aus dem Haushalt der Stadt getragen. Allein für die Hohe Brücke stehen 900 Millionen Rubel (rund zwölf Millionen Euro) bereit. Auch der Bereich um die Brücke soll erneuert werden: Neue Auffahrten entstehen und auch die Infrastruktur wird erneuert. Unter der Brücke könnte ein Radweg entstehen, der das Fischdorf mit dem Stadion verbindet.

Neubauten sollen sie ersetzen

Bis jetzt gibt es dafür lediglich eine Planung, sodass die Arbeiten länger dauern können als geplant. Die einzige verbleibende Straßenbahnverbindung Nr. 5 wird während der Bauarbeiten komplett eingestellt. Laut Gouverneur Nikolaj Zukanow stehen für die beiden Brücken 1,5 Milliarden Rubel (über 20 Millionen Euro) aus dem Gebietshaushalt zur Verfügung.

Im Rahmen des Bauprojekts der Hohen Brücke und der sie umgebenden Infrastruktur bereiten dem Gouverneur besonders die Materialien, mit denen die Brücke und ihre Begrenzung eingedeckt werden sollen, Sorgen. Die Planung sieht eine Betondecke vor, Zukanow besteht aber auf Marmor oder Granit als verschleißfesteres Material. Diese Materialien sollte man nach Meinung des Gouverneurs verwenden, damit man nicht jedes Jahr die verschobenen und bröckelnden Betonplatten reparieren muss. Als Beispiel nannte er die Uferbefestigung der Sackheimer Hinterstraße, die an der Holzbrücke beginnt und am Pregelufer entlang läuft. Weniger als ein Jahr nach der Eröffnung des ersten Abschnitts brachen die Platten, es bildeten sich Pfützen und die Zäune verrosteten.

Bürgermeister Alexander Jaroschuk versprach, dass die Bewohner der Insel durch den Brückenbau keine Unannehmlichkeiten erleiden würden. Doch wie bekannt wurde, werden die auf der Insel liegenden Häuser bis zu vier Monate keine Heizung und Warmwasserversorgung haben. Denn über die Brücke verläuft eine Versorgungsleitung, die während der Bauarbeiten abgebaut werden muss. Die Arbeiten finden im Zeitraum zwischen den Heizperioden statt, um die Unannehmlichkeiten für die Anwohner zu minimieren. Ein genaues Datum der Fertigstellung konnte der Bürgermeister nicht nennen, da diese vom Arbeitstempo der Auftragnehmer abhängt. Unterdessen zeigen sich die Anwohner sehr geduldig, angesichts dessen, dass in ihren Häusern schon lange die Wände zittern, da beim Einrammen der Pfähle für das Fußballstadion Vibrationen sogar in Häusern in drei Kilometer Entfernung zu spüren waren.

Während der Bauarbeiten ist mit einem Verkehrskollaps zu rechnen. Wenn nach der Hohen Brücke die Holzbrücke abgerissen wird, wird dieser Bereich der Stadt über zwei Jahre keinen normalen Zugang zum Zentrum haben. *Jurij Tschernyschew*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es gibt wohl kaum eine Region in Ostpreußen, deren Name in so vielen Liedern besungen wie das Ermland. Das alte Fürstbistum, das seiner katholischen Religion zu allen Zeiten treu geblieben war, zeigt seinen Stolz nicht nur in dem Heimatlied „Mein Ermland will ich preisen, wo ich auch immer bin ...“, das man schon fast als Nationallied der Ermländer bezeichnen könnte, sondern in einer Fülle weiterer vertonter Gedichte, die vor allem aus der Feder eines Mannes stammen, aus der des Landpfarrers **Otto Miller** aus Thiergart. Sie sind so tief in der ermländischen Volksseele verwurzelt, dass sie Eingang in das Ermländische Kirchengesangbuch gefunden hatten, und für manche Ermländer heute noch bewahrenswert sind, auch wenn sie nicht mehr an der Passarge oder Alle geboren wurden, sie aber die Heimat ihrer Eltern als die ihre betrachten. Wie die Zwillingsschwestern **Roswitha Pampel** und **Gabriele Steiper**, Töchter des Ehepaars **Witt** aus Klingerswalde, die nach der Vertreibung 1952 im mecklenburgischen Schöneberg geboren wurden. „Wir sind fern der Heimat unserer Eltern mit der großen Sehnsucht groß geworden“, schreibt Frau Gabriele – und mit den Liedern jenes Landpfarrers, die ihre Mutter zu singen pflegte und die für ihre Töchter unvergessen blieben. Aber zum Teil nur bruchstückhaft, auch die Melodie ist ihnen nicht mehr geläufig, und deshalb hat sich Frau Gabriele an uns gewandt und macht uns damit auf ein Kapitel ermländischer Kulturgeschichte aufmerksam, für das sich auch andere Leserinnen und Leser interessieren dürften, weil es weitgehend unbekannt ist.

Denn es ist schon sehr lange her, seit im *Ostpreußenblatt* über den priesterlichen Liederdichter Dr. Otto Miller berichtet wurde. In der ersten Februarnummer des Jahres 1953 erschien nicht nur sein „Lied der Ermländer in der Verbannung“, sondern auch ein kurzes Lebensbild des Geistlichen, der als „der gescheiteste Landpfarrer im Ermland“ galt. Nach seiner Pensionierung ging er nach Glogau in Schlesien, wo ihn das unerbittliche Flüchtlingsschicksal traf. Er betrachtete sein Leben fern der verlassenen Heimat als Verbannung, wie der Liedtitel beweist. „Diese Liebe zur Heimat ist ein markanter Wesenszug Millers“, schrieb damals das *Ostpreußenblatt*, „er gehört zum Ermland, und das Ermland gehört zu ihm, auch heute noch in der Fremde und Heimatlosigkeit. Unzertrennlich weiß er sich ihr verbunden, ihr gilt der Herzschwur seines Lebens.“

Das beweist das Lied, das in vielen Strophen die ganze Bandbreite der Gefühle des „Dichters in der Verbannung“ aufzeigt, dessen erster Vers allerdings etwas irritierend wirkt, denn er lautet: „Wo des Haffes Wellen wallen zu der Burg der Lieben Frau, wo geweihte Chöre hallen in des Doms gewalt'gem Bau ...“ Und dieser Anfang ist es, der Frau Steiper veranlasst uns zu bitten, nach der Vertonung dieses Liedes zu suchen. Sie hofft, dass es Leserinnen und Leser gibt, die es gesungen haben und die den vollen Text und die Melodie kennen. Denn außer den acht Vierzeilern aus der Veröffentlichung im *Ostpreußenblatt* können sich Frau Gabriele und ihre Schwester Roswitha noch an weitere Strophen erinnern wie „Wo geweihte Glocken rufen Morgen – Mittag – Abendgruss, wo zu des Altares Stufen ruht der Wandrer müder Fuß ...“ – aber es könnte sein, dass ihre Mutter diese „hinzugedichtet“ hat – so meint jedenfalls ihre Tochter Gabriele.



„In des Doms gewalt'gem Bau“: Der Frauenburger Dom Bild: privat

Sie schreibt: „Ich glaube, dass damit der Frauenburger Dom gemeint ist. Unsere Mutter war vor der Eheschließung ungefähr fünf Jahre bei den Katharinen im Kloster, hat es aber vor dem letzten Gelöbnis verlassen. Bevor sie den Kaufmann und Landwirt **Hugo Witt**, *1907 in Klingerswalde, heiratete, war **Ursula** geborene **Beckmann**, *1915 in Wormditt, als Krankenschwester im Berliner Gertruden-Krankenhaus tätig. Leider verstarben unsere Eltern, als wir Anfang 20 waren. Wir wissen so wenig über die Vertreibung. Auf den Heimattreffen Marienwallfahrt in Werl, Kloster Wormditt, Münster, Berlin konnte uns keiner weiterhelfen, wir sind aber überall sehr freundlich aufgenommen worden, obwohl Mutter ja dem Kloster nicht treu geblieben ist. Die Sehnsucht zur Heimat der Ahnen ist in unserem Herzen.“

Und deshalb würden die Schwestern auch das Lied des Pfarrers und Dichters Otto Miller gerne singen. Die Anfangszeile könnte auf unser Nehrungslied hinweisen, das ja mit „Wo det Haffes Welle trecken an den Strand ...“ beginnt, wie man auf den ersten Blick vermuten könnte. Auch dass es sich bei beiden Liedern um Vierzeiler handelt, könnte diese Annahme untermauern. Aber damit enden auch bereits die Ähnlichkeiten, die sowieso einen gravierenden Unterschied aufweisen: Das Ermlandlied ist in Hochdeutsch, das Nehrungslied im ostpreußischen Platt geschrieben. Beim Ersten „wallen“ die Wellen an das Ufer des Frischen Haffes, beim Nehrungslied „trecken“ sie an den Strand des Kurischen Haffes. Und wenn man versucht, die Strophen des Ermlandliedes nach der Melodie des Haffliedes zu singen, merkt man schon, dass das nicht geht. Also bleiben von allen Ähnlichkeitsvermutungen nur die ersten drei Worte, und die berechtigen nicht zu der Annahme, dass Dr. Miller seinen Text zu der Weise des Haffliedes geschrieben hat. Es muss also seine eigene Melodie haben, und diese kennt anscheinend kaum ein Ermländer mehr, wie die jahrzehntelange Suche der Witt-Töchter ergeben hat. Hier ist also wieder einmal unsere Ostpreußische Familie die letzte Hoffnungsstufe, und vielleicht schaffen unsere Leserinnen und Leser es auch diesmal, die Lösung zu finden. Und ich glaube, dass sich Frau Steiper und ihre Schwester über jede Zuschrift freuen würden, die ihnen hilft, die Elternheimat, die sie nach eigenen Worten so lieben, transparenter zu machen. (Gabriele Steiper, In der Mark 28a in 63683 Ortenberg, E-Mail: hannibal2014@web.de)

Noch ein Nachschlag zu diesem Thema: Es ist fraglich, ob der Landpfarrer aus Thiergart überhaupt den Text des Nehrungsliedes kannte, da im Ermland ja kein Niederpreußisch, wie das ostpreußische Platt bezeichnet wird, gesprochen wurde. Die Anfangsmelodie war ihm mit Sicherheit vertraut, da diese zum Pausenzeichen des Reichssenders Königsberg wurde. Die Ursprünge des Liedes gehen allerdings nach Pommern zurück. Die auf der Insel Zingst geborene Schriftstellerin Martha Müller-Grählert hat den Text verfasst in ihrem heimischen Niederdeutsch. Einer Version nach schrieb sie es in Japan, wohin sie mit ihrem Ehemann gegangen war – aus Heimweh. Andere Quellen besagen, dass sie es bereits im Jahre 1902 in Prerow auf dem Darß verfasst hat. Die Erstvertonung soll durch einen mir ihr befreundeten Schweizer Komponisten erfolgt sein. Das Lied wurde schnell bekannt und beliebt, es lief die ganze Ostseeküste entlang bis in das Baltikum, und gelangte so auch in die Hände des Präzentors Franz Leiber aus Inse am Kurischen Haff. Der Gesanglehrer und Komponist leitete auch den Männerchor des Dorfes, und mit ihm sang er das von ihm umgedichtete und musikalisch bearbeitete Hafflied – und bald sang es ganz Ostpreußen. Auch heute noch wird es von Heimatchören gesungen, obgleich eine andere Version des Liedes, in der die Nordseewellen an den Strand trecken, bekannter ist, leider auch in einer hochdeutschen Fassung. Wir bleiben bei unserem Hafflied und lassen de Welle wie seit eh und je an den Strand trecken: „Doa is mine Heimat, doa sie eck tohuus!“

Glückwünsche kommen oft auf Versfüßen – selbstverfasste Gedichte krönen jede Feier.

Das habe ich nicht nur an meinem 100. Geburtstag zu spüren bekommen – ich zehre immer noch von den gereimten Glückwünschen, und so mancher wird noch Eingang in unsere Ostpreußische Familie finden. Aber man braucht ja nicht das Jahrhundert voll zu haben, 80 Jahre genügen schon, um „bedichtet“ zu werden, wie unser Landsmann und Familienfreund **Knut Walter Perkuhn** feststellen musste. Im Gegensatz zu mir, die nicht vor den zu erwartenden Feierlichkeiten flüchtete, ergriff er, der selbsternannte Feigling, die Flucht. Als er nach einer „Sicherheitsabstandwoche“ wieder nach Hause kam, war der Briefkasten gefüllt bis über den oberen Rand. Da hieß es zuerst einmal, die so reichhaltige Geburtstagspost sichten, und dabei fiel ihm ein Poem auf, das den Titel „Über das fröhliche Altern“ trug. Es war einer Glückwunschkarte beigelegt, in der eine „uralte Ostpreußin aus dem Kreis Bartenstein“ dem nunmehrigen 80er die herzlichen Grüße und Wünsche sendet – aber leider fehlte die Unterschrift, und der Briefumschlag gab auch keinen Namen her. Da gerade dieses Gedicht Herrn Perkuhn besonders erheitert hat – weil es seiner Meinung nach wie die Faust aufs Auge auf ihn und seine Generation passt – möchte er sich bei der wahrscheinlich noch älteren Bartensteinerin bedanken und bittet deshalb die geheimnisvolle Absenderin, die er ja nur über unsere Ostpreußische Familie erreichen kann, ihm ihre Anschrift mitzuteilen. Der namenlose Brief wurde im Briefzentrum 21, Hamburg-Süd, abgestempelt. Ich sahne dabei auch ab, denn Herr Perkuhn – der sich übrigens über die Veröffentlichung des Elchbildes seines Großonkels **Edwin** Perkuhn in Folge 19 sehr gefreut hat – übersandte mir das Poem über das fröhliche Altern mit der Bemerkung, ich sollte die darin enthaltene Zahl 80 mit der 100 austauschen. Und so endet denn das fröhliche Poem in der zu mir gemäßen Version:

„Du musst dich täglich neu bewähren,
kannst dich bei Niemandem beschweren.
Hältst es aus und übst dich in Geduld –
Wer 100 wird, hat selber schuld!“

Die Schuld, mein lieber Knut Walter Perkuhn, nehme ich gerne auf mich!

Eure

Ruth Geede





Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Östlich von Oder und Neisse

»Bolschewistische« Geschichtsschreibung

Wie die PiS die Inhalte des Danziger Museums des Zweiten Weltkrieges neu justiert

Es ist fast vollendet, das Gebäude des Museums des Zweiten Weltkrieges in Danzig. Auch die Ausstellung wartet im Grunde nur noch auf ihre Montage im Museumsgebäude. 300 000 Exponate sind bereits gesammelt worden, darunter ein Sherman-Firefly-Panzer oder ein Adolf-Hitler-Porträt von Josef Thorak. Die Eröffnung sollte in einigen Monaten stattfinden, doch ob es überhaupt zu einer Eröffnung kommt, steht im Moment noch in den Sternen.

Die Idee, ein Museum des Zweiten Weltkrieges einzurichten, gab es in Polen schon zu Regierungszeiten von Donald Tusk. Der Gedanke entstand, um quasi ein Pendant zur Ausstellung des in Berlin entstehenden Zentrums gegen Vertreibungen zu installieren. Einen wesentlichen Unterschied gab es dennoch. Der tiefere Sinn sollte darin liegen, polnische Kriegserfahrungen auf eine universelle Weise zu erzählen, damit auch ein Franzose, ein Deutscher oder ein Portugiese sie verstehen könnten. „Nur durch die Einbettung unserer Erfahrungen in eine globale Erzählung haben wir die Chance verstanden zu werden. Es geht darum, in das Ganze die für uns selbstverständlichen Motive einzubeziehen, die jedoch für Menschen im Westen exotisch erscheinen mögen. Zum Beispiel den Ribbentrop-Molotow-Pakt“, hatte der Leiter des entstehenden Museums, der Professor Paweł Machcewicz, die Ziele gegenüber der polnischen Ausgabe von „Newsweek“ im April umrissen.

Das Zentrum gegen Vertreibungen war hingegen aus der Idee geboren, den Deutschen selbst einen Ort für die Trauerarbeit mit sich selbst zu schaffen. Erst die notorische Mäkelei der Deutschen selbst über alles, was auf Vertriebenenverbände zurückgeht, hatte letztlich die Bandbreite aller Befindlichkeiten der Deutschen Nachbarn im Osten heraufbeschworen und so auch die Initialzündung für das Danziger Museumsprojekt gegeben.

Im Programmbeirat für die Danziger Einrichtung arbeiteten Wissenschaftler und Historiker von Weltrang. Aber was unter Tusk als Idee entstand, wird nun wohl nicht umgesetzt werden. In einer Nacht- und Nebelaktion hat das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe im Gesetzesblatt den Plan verlautbart, das im Aufbau befindliche Museum des Zweiten Weltkrieges mit dem Westerplatte-Museum zusammenzuführen. Letzteres ist ein Vorzeigeprojekt des neuen Kultusministers Piotr Glinski und dessen Stellvertreters Jaroslaw Sellin. Letzterem, einem 1963 in Gdingen geborenen Journalist und PiS-Politiker, der für seine Geburtsstadt im Sejm sitzt, ist das Ausstellungskonzept von Machcewicz ein Dorn im Auge. Zu wenig würde es den polnischen Gesichtspunkt herausstellen. Durch die Museumsfusion könnte man sich elegant des bisherigen Direktors, des Programmbeirates und vor allem auch des Träuhänderrates, der den Direktor ernennt, entledigen. Das Schema ist im Grunde das gleiche wie bei der mit nationalen Mythen aufgeladenen Neugestaltung des Schlesischen Museums in Kattowitz. Faktisch wäre das Danziger Museum damit in der Hand der PiS.



Norman Davies Bild: © A.Savin, Wikimedia Commons

Gegen die Pläne der Zusammenlegung der Museen beziehungsweise für die Gründung des Museums des Zweiten Weltkrieges haben sich etwa 80 polnische und ausländische Wissenschaftler, darunter Wojciech Kriegseisen, der Leiter des Instituts für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, der Direktor des Museums Polnischer Juden, Dariusz Stola, oder Basil Kerski, der Leiter des Europäischen Solidarnosc-Zentrums in Danzig in einem offenen Brief ausgesprochen. Auch der Danziger Stadtpräsident Paweł Adamowicz erklärte in einer Pressekonferenz, dass die Hansestadt das Grundstück 2009 ausschließlich für den Bau des Museums des Zweiten Weltkrieges als Schenkung zu Verfügung stellen würde, in das bislang bereits 100 Millionen Euro investiert worden sind. Der in Polen hoch angesehene Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirates des Weltkriegsmuseums, der britische Historiker Norman Davies, bezeichnete das gesamte Prozedere um die Neuausrichtung im „Observer“ bereits als „bolschewistisch“.

Edmund Pander



ZUM 100. GEBURTSTAG

Kamm, Waltraut, geb. **Meyer**, aus Metgethen, Kreis Samland, am 9. Juni

Mrotzek, Gertrud, geb. **Przytulla**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Nowitzki, Helmut, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 3. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG2

Johann, Hildegard, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 6. Juni

Mootz, Else, geb. **Salamon**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Heidrich, Elfriede, geb. **Dudda**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 6. Juni

Runck, Ursula, geb. **Arlart**, aus Ebenrode, am 5. Juni

Wenzel, Ottilie, geb. **Becker**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. Juni

Ziegler, Irmgard, geb. **Lungwitz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 141, am 9. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Borriß, Anna, geb. **Niedzella**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 7. Juni

Gorriahn, Irmgard, geb. **Stamm**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 123, am 8. Juni

Lucke, Anna-Luise, aus Pillau, Kreis Samland, am 1. Juni

May, Ursula, geb. **Störmer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juni

Schüttke, Alfred, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, und Richau, Kreis Wehlau, am 3. Juni

Sreball, Charlotte, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 5. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grieger, Elfriede, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, am 8. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Evers, Charlotte, geb. **Hennemann**, aus Hopfenbruch, Kreis Ebenrode, am 3. Juni

Gade, Edith, geb. **Maleyka**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 3. Juni

Genzen, Erna, geb. **Plietzka**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 4. Juni

Grewer, Elfriede, geb. **Marwinski**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 7. Juni

Hemberger, Hildegard, geb. **Wölke**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 2. Juni

Leonhardy, Wolfgang, aus Neuhäuser, Kreis Samland, am 4. Juni

Pulpanek, Anna, geb. **Meschkat**, aus Neusorge, Kreis Elchniederung, am 4. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bertuleit, Martha, geb. **Priekuln**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 5. Juni

Brzoska, Robert, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 5. Juni

Budzinski, Waltraut, geb. **Hermann**, aus Lyck, Sentker Chaussee, am 6. Juni

Dörr, Ruth, geb. **Matzko**, aus Lyck, am 3. Juni

Dutz, Horst, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni

Hibbeler, Ruth, geb. **Negt**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 9. Juni

Kiefer, Willi, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 8. Juni

Klisch, Gertrud, geb. **Jeschonnek**, aus Treuburg, am 5. Juni

Lopenz, Christel, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 4. Juni

Mehner, Lieselotte, geb. **Mertins**, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, am 6. Juni

Passet-Bogdahn, Ingeborg, geb. **Bogdahn**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 5. Juni

Salz, Alfred, aus Jarken, Kreis Treuburg, am 4. Juni

Schweiger, Erich, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, am 5. Juni

Wonneberger, Gerda, geb. **Siemokat**, aus Altsnappen, Kreis Schloßberg, am 4. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bernatzki, Gerda, geb. **Schwarz**, aus Germau, Kreis Samland, am 6. Juni

Bieberneit, Bruno, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 3. Juni

Bondzio, Ilse, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 8. Juni

Borries, Kurt, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 4. Juni

Bromm, Karl-Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. Juni

Dreisbach, Hildegard, geb. **Blesch**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 8. Juni

Fekken, Brunhilde, geb. **Schmidt**, aus Ribben, Kreis Ebenrode, am 5. Juni

Hansen, Hildegard, geb. **Wenzlawski**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 8. Juni

Hollstein, Rolf, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 7. Juni

Klaproth, Else, geb. **Kunzat**, aus Ebenrode, am 8. Juni

Kloß, Hannelore, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 3. Juni

Krause, Amalie, geb. **Gawrisch**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 4. Juni

Rebmann, Edeltraut, aus Walden, Kreis Lyck, am 7. Juni

Sawitzki, Lydia, aus Neidenburg, am 4. Juni

Schiwiora, Erika, aus Zielhausen, Kreis Lyck, am 8. Juni

Schmidt, Anna Elisabeth, geb. **Tresp**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Juni

Schroeter, Herta, geb. **Ragnitz**, aus Treuburg, am 7. Juni

Sengutta, Ingeborg, geb. **Neumann**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Juni

Tonski, Christel, geb. **Amenda**, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 1. Juni

Vosgerau, Hildegard, geb. **Meya**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Böttcher-Jodeit, Gerda, geb. **Jodeit**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 5. Juni

Dauner, Ilse, geb. **Damerau**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Juni

Dennig, Lieselotte, geb. **Synowzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Juni

Freyer, Meta, geb. **Nock**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 8. Juni

Gienap, Erna, geb. **Sombray**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 7. Juni

Grosch, Helmut, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 8. Juni

Hansen, Ruth, geb. **Torkler**, aus Wehlau, am 7. Juni

Hocke, Hildegard, geb. **Heydasch**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni

Ilbertz, Herta, geb. **Reichert**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 7. Juni

Jaritz, Elisabeth, geb. **Böhm**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 4. Juni

Kalkau, Gertrud, geb. **Heimert**, aus Ebenrode, am 6. Juni

Kath, Hildegard, geb. **Meschokat**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 3. Juni

Strube, Dorothea, geb. **Kropp**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 9. Juni

Thiede, Erika, geb. **Hoffmann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Juni

Weingart, Ruth, geb. **Becker**, aus Treuburg, am 3. Juni

Wittig, Martha, geb. **Pechbrenner**, aus Jaugehnen, Kreis Samland, am 7. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Berg, Fritjof, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. Juni

Duncker, Christa, geb. **Tiedtke**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 1. Juni

Ehrenfried, Horst, aus Lyck, Ludendorffstraße 12, am 3. Juni

Feyerabend, Ilse, geb. **Schäfer**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 7. Juni

Gaillus, Gerhard, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 8. Juni

Gerden, Josef, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 3. Juni

Hecht, Hans Dieter, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 6. Juni

Höfert, Gertrud, geb. **Mallwitz**, aus Gerhardshöfen, Kreis Elchniederung, am 9. Juni

Hörl, Irmgard, geb. **Bahlo**, aus Lyck, Danziger Straße 3, am 5. Juni

Lau, Helmuth, aus Bieskobnicken, Kreis Samland, am 7. Juni

Meyer, Walburga, geb. **Wengorz**, aus Lyck, Hindenburgstraße 19, am 4. Juni

Moldzio, Rudolf, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 7. Juni

Nasner, Klaus, aus Lyck, Hindenburgstraße 63, am 5. Juni

Ouart, Waltraut, geb. **Kasprik**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 3. Juni

Rieck, Heinz, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 4. Juni

Ruppenstein, Dettmar Erwin, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 3. Juni

Ruschenski, Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Juni

Sakautzki, Herbert, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 9. Juni

Scharfe, Hildegard, geb. **Czieslick**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 7. Juni

Scheffler, Karin, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. Juni

Seewald, Elfriede, geb. **Szemskat**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 8. Juni

Stresing, Inge, aus Allenstein, am 9. Juni

Szostak, Hartmut, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 5. Juni

Ußkurat, Wilfried, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 9. Juni

Wirth, Margot, geb. **Rieckewald**, aus Lyck, am 8. Juni

Wittko, Fritz, aus Wiskiauten, Kreis Samland, am 1. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bobeth, Rosemarie, geb. **Wallner**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 9. Juni

Denda, Siegfried, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni

Dotzki, Herta, am 8. Juni

Heine, Luise, geb. **Pletat**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 6. Juni

Hübner, Fritz, aus Rothenen, Kreis Samland, am 6. Juni

Jakesch, Inge, geb. **Droszella**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 3. Juni

Jung, Gertrud, geb. **Brodowski**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 6. Juni

Junker, Heinz, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 6. Juni

Kutz, Eduard, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 9. Juni

Lack, Horst, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 6. Juni

Naujoks, Günter, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 6. Juni

Neumann, Hildegard, geb. **Hoffmann**, aus Gorau, Kreis Neidenburg, am 4. Juni

Neumann, Wolfgang, aus Wehlau, am 4. Juni

Papenfuß, Evelyn, geb. **Türksch**, aus Walden, Kreis Lyck, am 8. Juni

Schumann, Ingrid, geb. **Somplatzki**, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 3. Juni

Spriewald, Kurt, aus Ortelsburg, am 7. Juni

Stach, Elli, geb. **Lammeck**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 5. Juni

Strohschein, Horst, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 5. Juni

Strübing, Lieselotte, geb. **Hermann**, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 8. Juni

Voss, Annemarie, geb. **Unvericht**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Juni

Wachsmann, Ursula, geb. **Brozio**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 5. Juni

Wagner, Oskar, am 8. Juni

Wauryk, Christel, geb. **Perbandt**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 3. Juni

Wollmann, Werner, aus Sarken, Kreis Lyck, am 4. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Barkat, Ingrid, geb. **Gallmeister**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 4. Juni

Bender, Monika, aus Neu Sellen, Kreis Elchniederung, am 5. Juni

Blum, Heidrun, geb. **Korthals**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 4. Juni

Borbe, Manfred, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 7. Juni

Broyer, Jörg, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 3. Juni

Damaschke, Siegbert, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 5. Juni

Hoffmann, Reiner, aus Königsberg, Dohnastraße 15, am 7. Juni

Littek, Wilfried, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 5. Juni

Lohmann, Edith, geb. **Trawny**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 9. Juni

Morbach, Helmut, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, am 6. Juni

Piotraschke, Elisabeth, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 5. Juni

Rolshoven, Dr. Hannsjörg, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 3. Juni

Schwarz, Gerhard, geb. **Kukuk**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 6. Juni

von Hippel, Hans-Christian, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 9. Juni

Walischewsky, Erika, geb. **Zoch**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 5. Juni

Weiß, Siegmar, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 7. Juni

Bücherflohmarkt im Ostheim

Am 4. Juni findet von 13 bis 16 Uhr im Ostheim in Bad Pyrmont, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont ein Bücherflohmarkt statt. Besucher haben die Möglichkeit, gegen eine kleine Spende Bücher aus der umfangreichen Bibliothek des Ostheims zu erwerben. Hierbei handelt es sich vorrangig um Werke ostpreußischen Inhaltes aus der Zeit nach 1945.

Termine der LO

2016

18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein

25. bis 26. Juni: IV. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg

2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal

5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)

11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017

1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 4. Juni, 17 Uhr, SWR/SR: ...da will ich hin! (53): Potsdam

Sonnabend, 4. Juni, 18.30 Uhr, 3sat: Märchenhaftes Polen. Dokumentation, D 2012.

Sonnabend, 4. Juni, 19 Uhr, 3sat: Breslau 2.0 – Boomtown mit Geschichte.

Sonnabend, 4. Juni, 20.15 Uhr, Sat.1: Monsieur Claude und seine Töchter. Komödie, F 2014.

Sonnabend, 4. Juni, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Die letzten Tage des Deutschen Kaiserreichs.

Sonnabend, 4. Juni, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Wilhelm II. – Der letzte deutsche Kaiser.

Sonnabend, 4. Juni, 22 Uhr, Tagesschau24: Des Kaisers Kassel – Schulzeit und Sommerfrische Wilhelm II.

Sonnabend, 4. Juni, 23.35 Uhr, Einsfestival: Die Spiegel-Affäre. Dokumentarspiel, D 2014.

Sonnabend, 4. Juni, 0.10 Uhr, n-tv: Feuersturm – Der Bombenkrieg gegen Deutschland. Dokumentation, D 2003.

Sonntag, 5. Juni, 13.30 Uhr, Das Erste: Suchkind 312. TV-Nachkriegsdrama, D 2007.

Sonntag, 5. Juni, 14.20 Uhr, 3sat: Der Besuch der alten Dame. TV-Drama, D/A 2008.

Sonntag, 5. Juni, 20.15 Uhr, Kabel eins: Das Wunder von Bern. Familiendrama, D 2003.

Sonntag, 5. Juni, 22.35 Uhr, ARD-alpha: Gerhart Hauptmann in Agnetendorf – Der Wiesenstein ist meine Burg.

Montag, 6. Juni, 16.45 Uhr, Phoenix: Billige Milch – Wer zahlt für die kleinen Preise.

Montag, 6. Juni, 20.15 Uhr, 3sat: Stimmen aus der Hölle – Verdun 1916. Doku, D 2016.

Montag, 6. Juni, 22 Uhr, NDR: Polizei unter Druck.

Dienstag, 7. Juni, 13.50 Uhr, Arte: Von Menschen und Göttern. Spielfilm nach einer wahren Begebenheit, F 2010.

Dienstag, 7. Juni, 14.15 Uhr, Einsfestival: Konzerne klagen, wir zahlen: Wie Schiedsgerichte den Rechtsstaat aushebeln.

Dienstag, 7. Juni, 15 Uhr, Einsfestival: Windiges Geld – Teure und unsolidarische Energiewende?

Mittwoch, 8. Juni, 20.15 Uhr, ZDFkultur: Der Jungfrauenwahn – Warum es für Muslime oft schwer ist frei zu sein. Dokumentation, D 2015.

Mittwoch, 7. Juni, 20.45 Uhr, MDR: Wahnsinn Windkraft.

Mittwoch, 8. Juni, 21 Uhr, ZDFinfo: Erster Weltkrieg – Legendäre Seeschlachten (1/2): Kampf vor dem Skagerrak. Dokumentation, GB 2015.

Mittwoch, 8. Juni, 21.45 Uhr, ZDFinfo: Apokalypse Verdun.

Mittwoch, 8. Juni, 23.15 Uhr, ZDFinfo: Kaiser Wilhelm II – Mit Hurra in den Untergang. Dokumentation, D 2006.

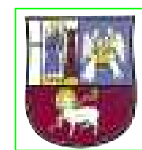
Mittwoch, 8. Juni, 0 Uhr, ZDFinfo: Heimatfront – Die Berliner und der Erste Weltkrieg. Dokumentation, D 2013.

Donnerstag, 9. Juni, 8.55 Uhr, Arte: Iran, der Wille zur Großmacht. Dokumentation, F 2008.

Donnerstag, 9. Juni, 20.15 Uhr, 3sat: Bedingt einsatzbereit – Eine Analyse der Bundeswehr.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

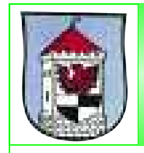


ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allenstein-landkreis.de

Kirchspieltreffen

18. Juni, Essen: Kirchspieltreffen Grieslienen, Stabigotten, Wemitten, Plautzig und Honigswalde ab 10 Uhr in den Südtiroler Stuben, Freiherr-vom-Stein-Straße 280. Informationen: Hildegard Gerigk, Ginsterweg 7, 40880 Ratingen, Telefon (02102) 471477.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage in Rotenburg

Liebe Angerburgerinnen und Angerburger, die Vorbereitungen für die 62. Angerburger Tage am 17./18. September 2016 sind nahezu abgeschlossen. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg laden dazu recht herzlich in die grüne Kreisstadt Rotenburg an der Wümme ein. Eingeleitet werden die 62. Angerburger Tage am Sonnabend, den 17. September um 9 Uhr mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein neben der Angerburger Eiche beim Rotenburger Kreishaus. Ab 9.30 Uhr tagt in öffentlicher Sitzung die Kreisvertretung der Kreisgemeinschaft Angerburg letztmalig als Delegiertenversammlung im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses.

Nach der am 12. September 2015 einstimmig beschlossenen Neufassung unserer bislang gültigen Satzung aus dem Jahr 1997 entscheiden künftig die Mitglieder der Kreisgemeinschaft. Die ab 1. Oktober 2016 gültige Satzung ist im Angerburger Heimatbrief abgedruckt, der im Juni 2016 zum Versand kommen wird. Um 15 Uhr starten wir am Rotenburger Kreishaus zu einer Busfahrt mit Kaffee und Kuchen. Der Kostenbeitrag beträgt unverändert zehn Euro pro Person. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung bis spätestens 7. September an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, nötig.

Das Angerburger Archiv mit der Heimatsammlung ist während der Angerburger Tage von 13 bis 16 Uhr im Dienstgebäude Weicheler Damm 11 in Rotenburg geöffnet. In der Theodor-Heuss-Schule werden Bücher, Karten, Landkarten und anderes angeboten. Die Theodor-Heuss-Schule ist ab 15.30 Uhr für alle geöffnet, die nicht an der Busfahrt teilnehmen und sich mit Freunden treffen wollen. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Ab 20 Uhr wird Monika Seidel vom Löns-Verband aus Walsrode auf unterhaltsame Art an Hermann Löns erinnern, der vor 150 Jahren in Kulm geboren wurde. Danach lassen wir in geselliger Runde den Tag ausklingen.

Am Sonntag, den 18. September ist die Theodor-Heuss-Schule ab 9.50 Uhr geöffnet. Um 11 Uhr findet in der Aula der Schule eine Feierstunde statt. Oberstudiendirektorin Iris Rehder vom Rotenburger Ratsgymnasium wird die Gastrede halten. Nach der Feierstunde besteht Gelegenheit zum Mittagessen. Bei Kaffee/Tee, Kuchen und Getränken treffen sich die Angerburger in der Mensa, um sich mit alten und neuen Freunden auszutauschen. Alle sind herzlich eingeladen und willkommen. Bitte denken Sie auch an die Zimmerreservierung.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Schülertreffen

3. bis 6. Juni, Hermannsburg: Schülertreffen im Hotel Heidehof, Billingstraße 29, 29320 Hermannsburg. Anmeldung: Telefon (05052) 9700 oder E-Mail: info@heidehof.bestwestern.de.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe

Mittwoch, 15. Juni, 12 Uhr, Gaststätte „Kaktus", Dreescher Köpmark, Schwerin: Gemeinsames Treffen der Heimatgruppe Schwerin. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

Donnerstag, 16. Juni, 12 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau: Vortrag „20 große Ostpreußen" bei der Heimatgruppe Sachsen. Informationen: Kurt Klaus, Telefon (037296) 17661.



Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Den Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft") ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de



Wühlt sich auch schon mal tief ins Erdreich, um den alten Wikingern auf die Spur zu kommen: Der Archäologe Timo Ibsen. Im Lötzener Heimatmuseum hält er am 18. Juni einen Vortrag über die Fundstätte Wiskiauten bei Cranz (unten) Bilder: privat





KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

4. Regionaltreffen

4, Juni, Leipzig: 4. Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, Fischhausen und Königsberg-Land im Gartenlokal „Zur Seilbahn", Max-Liebermann-Straße 91–93, 04157 Leipzig. Auftreten werden der „Männerchor Leipzig Nord", das Ensemble „Sonnenschein" und Pfarrer Arndt Haubold, Mitglied der Landessynagoge und Vorsitzender des Gustav-Adolf-Werkes in Sachsen. Er hält einen bebilderten Vortrag über die Kirchen und Menschen aus Nordostpreußen und der heutigen „Kaliningrader Oblast". Informationen und Anmeldungen bitte an: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.gras-hoff@web.de oder Helmut Fellbrich, Telefon (0341) 2511008, E-Mail: helmut.fellbrich@wehlau.net.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Archäologenvortrag über Wiskiauten

Sonnabend, 18. Juni, ab 10 Uhr, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung): Gelegenheit zum Besuch der Dauerausstellung und der Sonderausstellung „Weite und Heimlichkeit – masurische Bilder ostpreußischer Künstler". Die 30 Kunstwerke – überwiegend Leihgaben des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg – werden noch bis einschließlich 16. Juli zu sehen sein. – Um 15.30 Uhr Beginn des Vortrags (mit Bildern) von Dr. Timo Ibsen, Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie, Schloß Gottorf, Schleswig. Er spricht zum Thema „Einem Mythos auf der Spur. Neue Ausgrabungen am frühmittelalterlichen Fundplatz Wiskiauten im ehemaligen Ostpreußen." Seit den umfangreichen deutschen Ausgrabungen ab 1865 bis 1939 ist das berühmte, wikingerzeitliche Hügelgräberfeld von Wiskiauten im nordöstlichen Ostpreußen (heute Mohovoe im Kaliningrader Gebiet) mit seinen über 500 Bestattungen des 9. bis 11. Jahrhunderts nach Christus ein Mythos in der frühmittelalterlichen Archäologie. Lange Zeit galten die alten Grabungsunterlagen aus deutscher Zeit, die in der berühmten Sammlung des Königsberger Prussia-Museums gelagert waren, als verschollen und waren nicht mit den neueren Forschungen der russischen Archäologen an diesem Fundplatz zu vereinen. In jüngster Vergangenheit sind Dokumente und Funde zu Wiskiauten wieder aufgetaucht und können nun neu analysiert werden. Gleichzeitig zur Auswertung dieser Unterlagen fand zwischen 2005 und 2012 auf Initiative des Archäologischen Landesmuseums Schleswig, Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloß Gottorf, ein russisch-deutsches Ausgrabungsprojekt statt, das sich mit der Suche nach der zugehörigen Siedlung beschäftigte.

Seit Beginn der Forschungen wurde vermutet, dass im Umfeld der Nekropole mit ihrem eindeutig skandinavischen Fundmaterial ein Handelsstützpunkt der Wikinger existiert haben muss. In den vergangenen Jahren hat ein russisch-deutsches Forscherteam unter Einsatz geophysikalischer Prospektionsmethoden 150 Hektar Fläche in der Umgebung der Nekropole voruntersucht und in mittlerweile 22 kleineren Ausgrabungen Siedlungsspuren unterschiedlicher Zeitstellung aufgedeckt. Insbesondere Funde und Befunde der Zeit zwischen dem 6. und dem 13. Jahrhundert nach Christus traten dabei zutage und erlauben nun erstmals Einsichten in die Siedlungszusammenhänge rund um das Gräberfeld.

Der Vortrag berichtet nach einer allgemeinen Einführung in die ostpreußische Archäologie über alte und neue Forschungen in Wiskiauten und stellt die Ergebnisse der jüngsten Ausgrabungen vor. (Weitere Informationen: www.wiskiauten.eu). Der Eintritt ist wie immer frei, Spenden sind willkommen.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www. kreisgemeinschaftsensburg.de

Treffen des Kirchspiels Ukta

18. Juni, Hemer: 15. Treffen des Kirchspiels Ukta im Paul-Schneider-Haus, Ostenschlahstraße 2, 58675 Hemer ab 8.30 Uhr. Der Festgottesdienst findet um 11 Uhr statt. Anschließend besteht Gelegenheit, Erinnerungen und Neuigkeiten auszutauschen. Für das leibliche Wohl werden in bewährter Weise Norbert Kratz und Friedhelm Hoffmann sorgen. Weitere Informationen: Rolf W. Krause, Alte Poststraße 12, 42555 Velbert, Telefon (02052) 1309.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com



Glückwünsche und ehrende Worte zum 80.: Betty Römer-Götzelmann Bild: privat

Dank an eine treue Mitarbeiterin

Am 2. Juni vollendete Betty Römer-Götzelmann ihr 80. Lebensjahr. Geboren wurde sie in Klein-Jodupönen im Kreis Pillkallen und erlebte ihre Kindheit auf dem Bauernhof der Großeltern Josef und Anna Balschuweit. Besonders der stattliche Großvater hinterließ einen prägenden Eindruck in der Seele seiner aufgeweckten Enkelin, die später über ihn in ihren ostpreußischen Erinnerungen schreiben wird.

Seit vielen Jahren lebt die Jubilarin im südwestfälischen Warstein. Im Jahr 2000 übernahm sie als Nachfolgerin ihres weitläufigen Vetters Gerhard Pasenau die Aufgabe der Kirchspielvertreterin für Rautenberg. Ihr Geburtsort war Teil dieses Kirchspiels. Die Kreisgemeinschaft ist Betty Römer-Götzelmann sehr dankbar, dass sie seit dem Herbst letzten Jahres sich auch um die Betreuung des verwaisten Kirchspiels Sandkirchen kümmert.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Ihre größte Leidenschaft aber ist das Schreiben. Das dokumentiert sich unter anderem in ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit als freie Mitarbeiterin der „Westfalenpost“. Durch ihre Veröffentlichungen und Lesungen trägt sie dazu bei, dass es im südlichen Westfalen mutmaßlich mehr Menschen gibt, die Kenntnisse über Ostpreußen haben, als in vergleichbaren Regionen unseres Vaterlandes.

Ihre Erinnerungen hat Betty Römer-Götzelmann veröffentlicht in einer sehr lesenswerten stimmungsvollen Sammlung von Erzählungen über ihre Heimat, die unter dem Titel „Rosen im Dezember“ erschienen ist.

Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit dankt ihr für ihre treue Mitarbeit, für die sie von der Landsmannschaft Ostpreußen bereits vor Jahren mit dem Silbernen Ehrenzeichen ausgezeichnet wurde, und wünscht ihr für die Zukunft den Erhalt ihrer Schaffenskraft und allgemeines Wohlergehen. *Dieter Neukamm im Namen der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit*





TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Königin-Luisen-Schule

Das nächste Schultreffen findet vom 5. bis 8. Juni in Bad Bevensen statt. Anreise am 5. Juni, möglichst schon zu einem gemeinsamen Kaffeetrinken. Am 6. Juni um 10 Uhr Besprechung im kleinen Salon des Hotels. Die weitere Gestaltung für den 6. und 7. Juni kann ich erst an Ort und Stelle planen. Dafür komme ich zwei Tage früher. Abreise ist am 8. Juni.

Wer am 5. Juni ankommt, braucht also drei Übernachtungen. Anmeldung im Hotel Berlin bis zum 31. März, Stichwort KLS. Kostenfreie Stornierung ist bis 11. April möglich. Anschrift: Hotel Berlin, Alter Wiesenweg 11, 29549 Bad Bevensen. Telefon (05821) 5060. Zimmerpreise: Doppelzimmer im Hochparterre mit Nordbalkon 98 Euro, mit Südbalkon 108 Euro. Einzelzimmer mit Nordbalkon 58 Euro. Pro Übernachtung kommen drei Euro Kurtaxe dazu. Auf Wunsch kann vom Hotel eine Reiserücktrittsversicherung vermittelt werden.

Es sei auch noch an die Möglichkeit erinnert, bei der Bahn eine Umsteigehilfe zu beantragen unter Telefon (01805) 512512. Das Hotel „Berlin“ bietet außerdem einen Hol- und Bringeservice an. Er gilt unter anderem für Berlin, Bremen, Hamburg, Hannover. Wer daran interessiert ist, müßte sich mit dem Hotel in Verbindung setzen. *Vera Jawtusch, Schulsprecherin*

„Tilsit – Stadt ohne Gleichen“

Ab 15. Juli wird die Ausstellung „Tilsit – die Stadt ohne Gleichen“ im Tilsiter Museum für Stadtgeschichte präsentiert. Auf 28 Tafeln werden in deutscher und russischer Sprache eine Fülle von Informationen, Bildern, Karten und Archivstücken vermittelt.

Für alle, die keine Gelegenheit haben, die Ausstellung persönlich in Augenschein zu nehmen, wurde ein Katalog herausgegeben, der den Inhalt der Ausstellungstafeln in vollem Umfang wiedergibt. Auf 30 Seiten im A4-Format erfährt man die Geschichte der Stadt von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Es gibt Abhandlungen zur Ordensburg Tilse, zur Stadtgründung, zur Entwicklung im 17. und 18. Jahrhundert, zum Tilsiter Friedensschluss, zum Leben im 19. Jahrhundert und in der Zeit der beiden Weltkriege. Mehrere Seiten zeigen Tilsit als Handelszentrum, als Verkehrsknotenpunkt, als Industriestandort, als Garnisonsstadt. Dargestellt werden die Tilsiter Schulen, die Glaubensgemeinschaften und Gotteshäuser, die Königin-Luise-Brücke und die Tilsiter Denkmäler.

Die Broschüre hilft, die Atmosphäre des Tilsiter Lebens nachzuempfinden und in die verschiedenen Epochen einzutauchen. Sie kann von der Stadtgemeinschaft Tilsit auf Spendenbasis erworben werden unter der Anschrift: Manfred Urbschat, Bahnhofstraße 82, 03051 Cottbus, E-Mail urb.man@freenet.de, Telefon (0355) 535544.



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Kirchspieltreffen Grünhayn

Sonnabend, 4. Juni, Gasthaus Brauner Hirsch, Laubacher Straße 39, 34346 Hannoversch-Münden: Gemeinsames Treffen zum gemütlichen Schabbern. Das Abendessen ist á la carte. Weitere Informationen beim Kirchspielvertreter Gerhard Schulz, Telefon (06135) 3127.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Sonntag, 19. Juni: Kleines Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg bei Solingen. Der BJO nimmt mit einem Infostand an der Veranstaltung teil. Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr.

Freitag, 24. bis Sonntag, 26. Juni: Wanderwochenende zur Ostpreußenhütte im Salzburger Land. Infos: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Montag, 8., bis Sonntag, 21. August: BJO-Sommerfahrt ins Memelland. Weitere Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Informationen: www.facebook.com/events/1032910313418878/

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

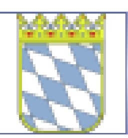


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 11. Juni, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 8. Juni, 15 Uhr, Café St. Barbara, Am Schloßberg: Treffen der Frauengruppe. Aus dem Buch „Ihre Spuren verwehen nie“ geht es nach einer gemütlichen Kaffeetafel an diesem Nachmittag um Herbert Brust. Er schuf das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 11. Juni: Tagesausflug nach Mödlareuth (siehe Altmühltal) – Sonnabend, 18. Juni: Busfahrt zur Jahreshauptversammlung des Bundes der Vertriebenen in Feuchtwangen. Abfahrtszeit (Christ-König): 13.30 Uhr. Zustiegsmöglichkeit um 13.35 an der Haltestelle Danziger Straße,

Altmühltal – Sonnabend, 11. Juni: Tagesausflug nach Mödlareuth an der ehemaligen Zonengrenze mit Besuch des Deutsch-Deutschen Museums. Gemeinsame Fahrt im Reisebus. Auskunft und Anmeldung bei Landsmann Bethke, Telefon (09831) 80061.

Bamberg – Mittwoch, 15. Juni, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: „Insterburg in Ostpreußen“ – Vortrag.

Landshut – Dienstag, 7. Juni: Ausflug mit eigenen Pkw zum Wendelstein (1838 Meter) im Mangfallgebirge. – Dienstag, 21. Juni, 14 Uhr, Gasthof Zur Insel, Badstraße 16, 84028 Landshut: Zusammenkunft.

München – Freitag, 10, Juni, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Treffen der Frauengruppe. – Sonnabend, 18. Juni, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: „Der deutsche Osten in alten Bildern“ – Filmvorführung. Zu Beginn wird es eine gemeinsame Kaffeetafel geben.



BERLIN

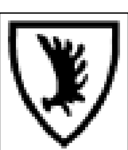
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



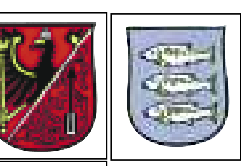
Bartenstein – Treffen der Gruppe. Anfragen bitte an Elfi Fortange, Telefon 4944404, richten.



Gumbinnen – Donnerstag, 2. Juni, 13 Uhr, Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde). Gemeinsames Treffen. Informationen: Joseph Lirche, Senftenberger Ring 52 d, 13435 Berlin, Telefon (030) 4032681.



Frauengruppe – Mittwoch, 8. Juni, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Das Thema steht noch nicht fest. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





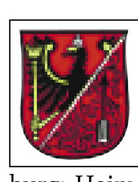
Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 21. Juni, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Sommerfest mit Essen. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 11. Juni, 14 Uhr, Traditionshaus Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg: Heimatnachmittag. Neuordnung der Heimatkreisgruppe Gumbinnen. Für ein abwechslungsreiches Programm mit Filmvorführung ist gesorgt. Über jeden neuen Gast würden wir uns sehr freuen. Das Haus Lackemann ist mit der U1 bis Wandsbek Markt gut zu erreichen. Zwischen dem Einkaufszentrum Quarree und dem Hotel Thiefenthal den Durchgang „Hinterm Stern“ nehmen, dann sind es nur wenige Schritte zum Restaurant. Für Pkw-Anreisende Parkhaus 2. Bei Rückfragen: Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.

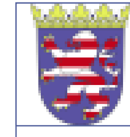


Heiligenbeil – Die Kreisgruppe Heiligenbeil feiert ihr Sommerfest am 18. Juni, um 14 Uhr, im AWO Seniorentreff, Am Gojenboom 46, in den neuen Räumen der AWO, im Stadtteilhaus „Horner Freiheit“. Die Mitglieder der Gruppe wollen ihr „Neues Domizil“ mit allen ihren Freunden und Gästen gebührend feiern. Bei Kaffee und Kuchen, wollen wir in geselliger Runde mit Ihnen einige fröhliche und besinnliche Stunden miteinander verbringen.

Sie erreichen den AWO Seniorentreff mit der U3 Richtung Billstedt/Mümmelmannsberg, bis Horner Rennbahn, hier den Ausgang, Am Gojenboom benutzen, direkt daneben ist das Stadtteilhaus „Horner Freiheit“, für Rollstuhlfahrer und Rollatoren gibt es einen Fahrstuhl, der zum Einkaufszentrum hinaufführt, hier sind es dann einige Minuten Fußweg bis zum Stadtteilhaus Am Gojenboom 46, zu gehen.



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden – Dienstag, 14. Juni, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Heimatnachmittag der Frauengruppe. Sonnabend, 18. Juni, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Die überwältigenden Schönheit der Nehrungslandschaft mit Wanderdünen und Haff zeigt der Film „Die Kurische Nehrung und die Maler von Nidden“. In Spielszenen ist zu sehen, wie die Künstler in Nidden und der näheren Umgebung lebten und arbeiteten.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 9. Juni, 15 Uhr Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe.

Osnabrück – Freitag, 17. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe,

Rinteln – Donnerstag, 9. Juni, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird der Vorsitzende des Rintelner Seniorenbeirats, Eckard Strohmeier, über „Neues und Aktuelles aus Rinteln“ berichten. Angehörige, Freunde sowie interessierte Gäste sind ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Opfer nicht vergessen!
Ostpreuße gibt 3. Buch im Mainz Verlag heraus
Martin Schröder
„Von Halbwahrheiten zum Patienten Deutschland“
Im Buchhandel oder Telefon 0 52 31 / 2 61 72

Masuren-Königsberg-Danzig
Kurische Nehrung
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Anzeigen

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonntag, 19. Juni, 11 Uhr, Schloss Burg, Schloßplatz 2, 42659 Solingen: Kulturveranstaltung der Landsmannschaften Ostpreußen und Schlesien. Das Programm:

11 Uhr, Beginn

Zeit zum Plachandern, Besuch des Glockenturmes, verwöhnen lassen mit ostpreußischen und schlesischen Spezialitäten, Platzkonzert des Oberschlesischen Blasorchesters Ratingen (12.30 Uhr), Andacht durch Pfarrer Martin Loseries aus Solingen-Wald 13.30 Uhr).

14 Uhr, offizieller Teil

Begrüßung durch die Landesvorsitzenden, Glockenläuten der Königsberger und Breslauer Glocke, Trompetensolo „Ich bete an die Macht der Liebe“, Gedenken an die Opfer der Vertreibung mit Kranzniederlegung, Trompetensolo „Ich hatte einen Kameraden“, Grußworte und Ansprachen, Gemeinsames Singen von Schlesierlied, Ostpreußenlied und Deutschlandlied.

15 Uhr, bunter Reigen

Musik, Tänze und Gedichte. Voraussichtliches Ende gegen 17 Uhr

– Zwangsarbeiter –

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages entschied im November 2015, eine Zwangsarbeiterentschädigung einzuführen. Jetzt, vier Monate später, gibt es immer noch keine gesicherten Erkenntnisse über die Höhe des Anerkennungsbeitrages, den Kreis der Anspruchsberechtigten und die Antragsvoraussetzungen.

Dem Vernehmen nach soll die Einmalleistung 2500 Euro betragen. Stichtag für die Leistungsgewährung soll der 27. November 2015 sein. Das heißt, die Leistungen sollen allen Zwangsarbeitern gewährt werden, die an diesem Tag lebten. Bei Tod nach diesem Tag sollen auch Erben die Leistung geltend machen können.

Das für die Leistung zuständige Bundesministerium des Inneren hat auf Anfrage mitgeteilt, eine Unterrichtung der Öffentlichkeit werden zur Jahresmitte 2016, womöglich sogar erst zu Anfang der zweiten Jahreshälfte 2016, erfolgen. Die Landesgruppe bietet allen Personen, die bei oder nach Kriegsende wegen ihrer deutschen Staats- und Volkszugehörigkeit als Zivilpersonen durch fremde Staatsgewalt zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, Hilfe an. Bitte melden Sie sich, damit der Kreis der Berechtigten lückenlos erfasst werden kann. Selbstverständlich wird die Landesgruppe später bei der Antragstellung helfen. Ansprechpartner bei der Landesgruppe ist Wilhelm Kreuer, Backesweg 37, 53572 Unkel, Telefon (02224) 9873767, Mobil 0178-2965088, E-Mail: w.kreuer@ostpreussen-nrw.de

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe. – Jeweils am dritten Mittwoch des

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Gäste herzlich willkommen.

Bielefeld – Montag, 6. Juni, 15 Uhr, Räumlichkeiten der Ostdeutschen Landsmannschaften: Frauengruppe. – Donnerstag, 16. Juni, 15 Uhr, Räumlichkeiten der Ostdeutschen Landsmannschaften: Heimatliteraturkreis.

– Ankündigung –

Die Kreisgruppe bietet eine Busfahrt zum großen Heimattreffen der Ostpreußen und Schlesier nach Schloß Burg an der Wupper am Sonntag, 19. Juni, an. Alle schlesischen Landsleute sind herzlich eingeladen sich zu beteiligen. Es gibt folgende Zustiegsmöglichkeiten:

8.30 Uhr: Abfahrt bei Busunternehmen Dieckhake in der Friedhofstraße in Steinhagen.

9 Uhr: Bielefeld Brunnenstraße am Theater

9.30 Uhr: Oerlinghausen

Der Endpreis richtet sich nach der Gesamtteilnehmerzahl und wird zwischen 10 und 20 Euro betragen. Anmeldung beziehungsweise weitere Informationen unter Telefon (05202) 5584.

Bonn – Dienstag, 7. Juni, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: „Deutschlands neue Fremde – Auswirkungen des neuen Asyl und Flüchtlingsrechtes“. – Montag, 20. Juni, 8.30 Uhr, Alter Zoll, Bonn: Sommerausflug auf dem Rhein mit der Poseidon. Abfahrt in Bad Godesberg (Bastei): 9 Uhr. Weiterer Einstiegshalt in Königswinter. Die Fahrtkosten betragen 32 Euro, für Senioren ab 60: 22,40 Euro. Anmeldung bis zum 10 Mai bei E. Mathiak, Telefon (02222) 9391615 oder bei M. Ruhnau, Telefon (02241) 311395,

Dortmund – Montag, 20. Juni, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenschule (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 4. Juni, 11 Uhr, Infostand Hauptbahnhof: Wandertreff. – Mittwoch, 8. Juni, 19 Uhr, GHH/Raum 412 „Ostpreußen“: Vortrag von Dr. Jürgen Nelles: „Starke Frauen oder schwaches Geschlecht?“ – Gerhart Hauptmanns Heldinnen. Literarische Werke, die anschließend im Mittelpunkt stehen werden. – Donnerstag, 9. Juni, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Gorbatschow – Mensch und Macht“ – Lesung und Gespräch mit Giörgy Dalos – Freitag, 10. Juni, 18 Uhr: Restaurant Lauren’s, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Donnerstag, 16, Juni, 9 Uhr, Busbahnhof Worringer Straße: Tagesfahrt ins Westfälische Freilichtmuseum Hagen und zum Sorpe See im Naturpark Homert im Hochsauerland. – Donnerstag, 16. Juni, 19 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Freitag, 17. Juni, 19 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: „Heimat – Heimatliebe, Heimatsehnsucht, Heimatweh“ – Musikalische Lesung mit der Sängerin Isabell Kusari. – Montag, 20. Juni, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH, „20 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag. Die Zusammenarbeit in der Praxis“ – Vortrag von Cornelius Ochmann. – Donnerstag, 23. Juni, 8.45 Uhr bis 18 Uhr: Tagesexkursion zur Sonderausstellung „Parkomanie – Die Gartenlandschaften des Fürst Pückler“ in der Bonner Bundeskunsthalle.

Gütersloh – Sonnabend, 11. Juni, 13 Uhr, Kapellenschule, Dr.-Th.Plaßmann-Weg 10, Avenwedde-Amt: Fahrradtour in die nähere Umgebung. Um leckeren Kuchen und eine Thermoskanne mit Kaffee wird gebeten. Das anschließende Grillen beginnt etwa um 18 Uhr an der Kapellenschule. Anmeldung bei Josef Block, Telefon (05241) 34841 oder Marianne Bartnik, (05241) 29211. – Donnerstag, 16. Juni, 15 Uhr, Café Villa Dr. Murken, Neuenkirchener Straße 12: Treffen der Frauengruppe.

– Sänger gesucht –

Das Treffen des ostpreußischen Singkreises findet montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh in unregelmäßigen Abständen statt. Neue „Drosseln“ sind immer gerne willkomenn, egal ob männliche oder weiblich. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Neuss – Donnerstag 23. bis Sonntag 26. Juni: Jahresausflug nach Würzburg. Anmeldung: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern.

Siegen – Am 10. Mai traf sich die Kreisgruppe zur Jahreshauptversammlung. Der Vorstand hatte in seiner Sitzung am 15. April 2016 beschlossen, den Mitgliedern der Jahreshauptversammlung am 10. Mai vorzuschlagen, Thilde Utikal den Titel „Ehrenvorsitzende“ zu verleihen. Herr Schlenther hatte dazu aus dem Archiv der Kreisgruppe und aus dem Internet Material für eine Dokumentation zusammengestellt. Er stellt die wesentlichen Ergebnisse vor. Thilde Utikal hat sich als Nachfolgerin von Max Gorski von 1983 bis 2004 in vorbildlicher Weise um die Unterstützung und Förderung der Kreisgruppe im besonderen Maße verdient gemacht. Unter ihrem rastlosen Einsatz bis ins 82. Lebensjahr hinein wuchs die Mitgliederzahl stark an. Als gebürtige Königsbergerin hat sie sich ihre Liebe zur ostpreußischen Heimat bewahrt und das Anliegen derer, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihr zuhause verloren haben, in vielen Vorträgen auf landsmannschaftlichen Veranstaltungen und im Vertriebenenbeirat des Kreises Siegen couragiert vertreten.


Ab sofort Ehrenvorsitzende in Siegen: Thilde Utikal Bild: privat

Herr Schlenther erinnerte auch an die Ausstellung „Land an Memel, Pregel und Weichsel“, die im Siegerlandmuseum im Oberen Schloß zusammen mit dem Museumsdirektor Jürgen Schawacht von Thilde Utikal ansprechend und pädagogisch aufbereitet wurde. Auch die Feierstunde zum 30jährigen der Kreisgruppe wurde von ihr hervorragend organisiert. 200 Gäste sind ihrer Einladung gefolgt. Die Basare bei den Adventsfeiern ab 1990 wurden gut vorbereitet und durchgeführt. Von den Erlösen konnten jährlich 400 bis 500 D,Mark an die Jugendarbeit und jedes Jahr zehn bis dreizehn Pakete an ostpreußische Familien geschickt werden. Die Freude der Beschenkten kann man erahnen, wenn man die Dankesbriefe liest. Im Jahre 2004 wurde Thilde Utikal das Ehren- und Verdienstabzeichen der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in Anerkennung und Würdigung des langjährigen und unermüdlichen Einsatzes für die ostpreußische Heimat und Deutschland verliehen.

Herr Olbrich dankte dann der Geehrten in sehr persönlichen Worten für die geleistete Arbeit in der Heimatgruppe. Er freue sich, dass sie nicht nur in ihren Vorstandsjahren, sondern auch danach an allen Veranstaltungen, Treffen und Feiern aktiv beteiligt sei.

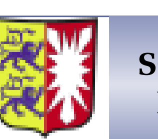
Auf dem Programm der Jahreshauptversammlung stand auch der Bericht der Frauengruppe. Die Leiterin Hella Giesler berichtete, dass an jedem dritten Dienstag im Monat im Haus Patmos in Geisweid ein Treffen der Damen stattfindet. Da es für einige immer beschwerlicher und umständlicher geworden ist, nehmen noch etwa sechs bis acht Damen teil. Sowohl kulturgeschichtliche als auch aktuelle und politische Themen werden behandelt. Wie nehme ich eine Pflegekraft in Anspruch war unter anderem Schwerpunkt des letzten Treffens. Ausgearbeitet wurde auch ein Fragen-Quiz, das auf der Jahreshauptversammlung vorgetragen werden soll.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 4. Juni, 10 Uhr (Einlass ab 9 Uhr), Saal des „Kleingartenvereins Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91–93, 04157 Leipzig: 4. Heimattreffen. Kulturelle Höhepunkte sind der Auftritt des „Ensemble Sonnenschein“, des „Männerchores Leipzig-Nord“ sowie von Rosa & Peter Wegelin. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Nähere Auskünfte: Eberhard Grashoff, Telefon: (0341) 9010730, E-Mail.: ebs.grashoff@web.de



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Donnerstag, 16. Juni, 14.30 Uhr, AWO-Begenungsstätte, Auguststraße 34a, 23611 Bad Schwartau: Monatstreffen mit Wolf-Rüdiger Ohlhoff und einem Diavortrag über den Flüchtlingszustrom, in Lübeck nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Referent spricht über die katastrophale Versorgungslage, die Entnazifizierung und den Neustart des kulturellen und politischen Lebens im Lübeck der Nachkriegsjahre – mit vielen bisher noch nicht gezeigten Fotos und Interviews mit Zeitzeugen.

Neumünster – Am 11. Mai fand die heimatliche Veranstaltung der Kreisgruppe statt. Eine Fülle von Mai-Liedern wurde gesungen. Lustige Beiträge vorgetragen von Hildegard Henning strapazierten die Lachmuskeln. Viel zu schnell endete der bunte Nachmittag.

– Ankündigung –

Das nächste Treffen für Mitglieder und Gäste findet am 13. Juli um 15 Uhr in der Stadthalle am Kleinflecken statt. Der Leiter einer Firma für Orthopädie-Technik wird über verschiedene Möglichkeiten berichten, Senioren mit gesundheitlichen Einschränkungen zu helfen.

Pinneberg – Terminänderung – Nicht am Sonntag, 19. Juni, sondern am Sonnabend, 18. Juni, findet um 15 Uhr im Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70d der Vortrag „Die preußischen Königinnen“ von Frau Bergener statt.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Eisenach – Dienstag, 14. Juni, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag.

Meiningen – Freitag, 10. Juni, 14 Uhr, „Wolkenlos“: Sommerfest der Ostpreußen.

Anzeigen

Die Kreisgemeinschaft Allenstein-Land e.V. trauert um ihren ehemaligen Kreistagsvorsitzenden

Adalbert E. Graf

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande

∗ 22. 8. 1931 in Neu-Kockendorf, Ermland † 13. 5. 2016 in Heiligenhaus, NRW

Er wurde Opfer eines tragischen Verkehrsunfalls. Während seiner stationären Behandlung verstarb am 8. Mai seine schwer erkrankte Ehefrau, mit der er seit 1960 verheiratet war und aus der 5 Kinder hervorgingen. Sein herausragendes Engagement für seine Mitmenschen im Bergischen Land und im historischen Ostpreußen

– er war 25 Jahre Ratsmitglied der Stadt Heiligenhaus,
ehrenamtlicher Richter am Verwaltungsgericht in Düsseldorf,
langjähriges Mitglied des Kirchenvorstandes und des Kirchenchores vor Ort,
Geschäftsführer und Kassenwart der örtlichen Caritas-Gesellschaft,
Geschäftsführer des örtlichen Segelfliegervereins,
Mitbegründer der neuen Kreisgemeinschaft Allenstein-Land e.V. (1989)
Mitbegründer der beiden Allensteiner deutschen Gesellschaften (AGDM und Elch, 1991) –

und sein stetes Bemühen um die deutsch-polnische Verständigung brachten ihm, dem beruflichen Betriebswirt und Prokuristen, höchste Anerkennung und außer dem Bundesverdienstkreuz hohe Auszeichnungen ein, so

das Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen in Gold,
die Statuette der Ermländischen Königin der Lyna (Alle)
und die Ehrenmitgliedschaft seines örtlichen Segelflugvereins.

Unvergessen bleibt sein Segelflug von Heiligenhaus nach Allenstein-Deuthen in den 1990er Jahren und seine Teilnahme an ausgeschriebenen Wettflügen über Ermland und Masuren. Unser Mitgefühl gilt seiner Großfamilie, besonders seiner Tochter Birgit, die im elterlichen Haushalt lebte.

Hans-Peter Blasche Kreisvertreter **Siegfried Keuchel** 2. Vorsitzender **Horst Tuguntke** Pressereferent



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Adalbert Eduard Graf

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande

* 22. August 1931 in Neu-Kockendorf, Kreis Allenstein-Land † 13. Mai 2016 in Heiligenhaus, NRW

Der Verstorbene war langjähriger 1. Vorsitzender des Kreistages der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Adalbert Graf im Jahre 2006 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Gottfried Hufenbach Stellv. Sprecher **Stephan Grigat** Sprecher **Friedrich-Wilhelm Böld** Schatzmeister

Credo auf Tournee

Der Kammerchor aus Gumbinnen kommt nach Deutschland



Auf Tournee durch Deutschland ist zur Zeit der Kammerchor „Credo“ aus Gumbinnen (Gussew). Seine Heimat hat er in der evangelischen Salburger Kirche, in der sowohl Proben als auch regelmäßige Konzertauftritte stattfinden. Das reichhaltige Repertoire der bis zu 15 Sängerinnen und Sänger umfasst neben russischen geistlichen Liedern auch deutsche Volkslieder, darunter einige mit ostpreußischem Bezug. Hier die Auftritte, während der diesjährigen Konzertreise:

27333 Bücken: Sonnabend, 4. Juni, 19 Uhr, Stiftskirche Bücken

27211 Bassum: Sonntag, 5. Juni, 19 Uhr, Stiftskirche, Am Kirchhof 2

27252 Schwaförden: Montag, 6. Juni, 18 Uhr, Kirche Schwaförden, Dorfstraße 62

26629 Großefehn-Bagband: Dienstag, 7. Juni, 19:30 Uhr, Martin-Luther-Kirche Bagband, Dorfstraße 26

26605 Aurich: Mittwoch, 8. Juni, 19:30 Uhr, Matthäuskirche Wallinghausen, Heerenkamp 24

26532 Großheide: Donnerstag, 9. Juni, 19:30 Uhr, Bonifatiuskirche Arle, Am Friedhof 1

51467 Bergisch Gladbach: Dienstag, 14. Juni, 19 Uhr Andreaskirche, Schüllenbusch 2

72070 Tübingen: Donnerstag, 16. Juni, 20 Uhr, Stephanuskirche, Friedrich-Dannenmann-Straße 60

31737 Rinteln: Sonnabend, 18. Juni, 19 Uhr, Evangelische Stadtmissionsgemeinde, Waldkaterallee 1A

Weitere Informationen unter: www.myheimat.de/2757115

Polen ehren deutsche Tote

Einweihung eines Grabmales für 89 Opfer von Flucht und Vertreibung

Am 21. Mai fand in Heiligelinde bei Rastenburg die feierliche Einweihung eines Grabsteins für 89 Deutsche statt. Sie waren dort im Sommer 1945 gestorben. Die Vorgeschichte: Als im Mai 1945 die neue polnische Verwaltung in Rastenburg eintraf, benötigte sie das Gebäude des dortigen Altersheims, um dort Büros einzurichten. Die Bewohner und einige ältere Flüchtlinge, die dort Zuflucht gefunden hatten, wurden nach Heiligelinde geschikkt und notdürftig in einem Gasthaus gegenüber der Klosterkirche untergebracht. Im Laufe des Sommers und Herbstes 1945 verstarben 89 von ihnen an Hunger und Krankheit. Sie wurden in einem Massengrab auf dem Friedhof von Heiligelinde begraben. Der letzte deutsche Pfarrer im Ort, Pater Friedrich Schulte, notierte die Namen und Lebensdaten der Verstorbenen in einem kleinen Schulheft, welches heute in Heiligelinde aufbewahrt wird.



Totenehrung: Rastenburger Kadetten am Grabmahl Bild: Dyckerhoff

Ein polnischer Heimatkundeverein entdeckte dieses Heft im Archiv und beschloss, zusammen mit dem Kloster dieses Wallfahrtsortes einen namentlichen Grabstein zu errichten. Das nur aus Spenden finanzierte Grabmal wurde auf der Stelle des Massengrabes errichtet und jetzt feierlich eingeweiht. An der festlichen Messe in der Barockkirche von Heiligelinde und der darauf folgenden Enthüllung des Grabdenkmals auf dem Friedhof nahmen zahlreiche polnische Bürger des Ortes und der Umgebung aus Anteilnahme teil. Außerdem waren alle Jesuiten aus Heiligelinde, katholische Pfarrer aus anderen Kirchspielen, ein evangelischer Pfarrer, Amtsträger der Verwaltung und die Journalistin eines lokalen Radiosenders anwesend. Kadetten der Rastenburger Kadettenschule erwiesen den Toten die Ehre.

So stellt der Grabstein ohne Zweifel etwas Besonderes dar: Es gibt sicher nicht viele Monumente, die von einem polnischem Verein für Deutsche, die unter der polnischen Verwaltung verhungerten, erstellt wurden. *Rolf Dyckerhoff*

Verdienstkreuz für Alfred Czesla



Der deutsche Botschafter in Warschau teilte es ihm mit. Bundespräsident Joachim Gauck verleiht Alfred Czesla (71) das Bundesverdienstkreuz. Der promovierte Soziologe wurde im Februar 1945 in Sensburg geboren und wohnt seit 1970 in Allenstein. Am dortigen Bezirksarbeitsamt ist er als Arbeitssoziologe angestellt. Czesla bezeichnet sich selbst als deutsch–masurischen Aktivisten. Er ist unter anderem Mitbegründer der masurisch-evangelischen Gesellschaft und anderer Gesellschaften der deutschen Minderheit in der Region zum Beispiel in Allenstein, Osterode und Sensburg. „Das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“ erhält er, so die offizielle Begründung, für öffentliche und publizistische Aktivitäten, darunter für seine besondere Anteilnahme an der Organisation und Verbreitung von Kultur sowie die würdige Vertretung der deutschen Minderheit der Region.

Niveauloses Standardwerk?

Klartext bietet auch die Neuauflage von Holger Breits Schlesienbuch



Die Deutschen in Oberschlesien 1163-2015“ ist der Titel der Dissertation von Holger Breit, die er 1998 an der Ludwig-Maximilian-Universität zu München eingereicht und als Buch veröffentlicht hat. Noch im gleichen Jahr passierte erstaunliches. Durch Erfolge bei den Kommunalwahlen ergab sich unerwartet eine bessere Perspektive für die Deutschen in Oberschlesien. Bis zu 9000 ausgesiedelte Oberschlesier sollen daraufhin in ihre Heimat zurückgekehrt sein. Der Autor reagierte darauf, indem er 1999 eine dementsprechend erweiterte Ausgabe seiner Dissertation folgen ließ, der er auch Kartenmaterial beifügte. Die nun vorliegende, vollständig überarbeitete und ergänzte dritte Neuausgabe enthält ein zusätzliches Kapitel, in dem die Entwicklung bis 2015 dargestellt wird.

Auf mehreren Reisen, teils gemeinsam mit seinem akademischen Betreuer, dem aus Oberschlesien stammenden Politikwissenschaftler Erwin Adler, hatte sich Holger Breit ein Bild von der Lage der deutschen Volksgruppe in Oberschlesien in wirtschaftlicher, kultureller und menschenrechtlicher Hinsicht verschafft. Unterstützung erhielt er von den Mitarbeitern des 1990 gegründeten „Deutschen Freundschaftskreises (DFK) im Bezirk Schlesien“. Quellenmaterial und Literatur fand er im Archiv der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft der Oberschlesier in Ratingen.

Erfreulicherweise wurde die Studie in einem lesefreundlichen Deutsch abgefasst. Im Mittelpunkt steht die Lage der deutschen Volksgruppe unter polnisch-kommunistischer Herrschaft, in der Repressalien gegen die deutsche Minderheit an der Tagesordnung waren. Auch nach dem Zerfall des Ostblocks änderte sich daran zunächst wenig. Auf der Basis unveröffentlichter Dokumente schildert Breit erstmals das Ringen der deutschen Volksgruppe seit den 80er Jahren um Anerkennung ihrer Verbände und verbrieften Rechte.

Unveröffentlichte Dokumente als Basis

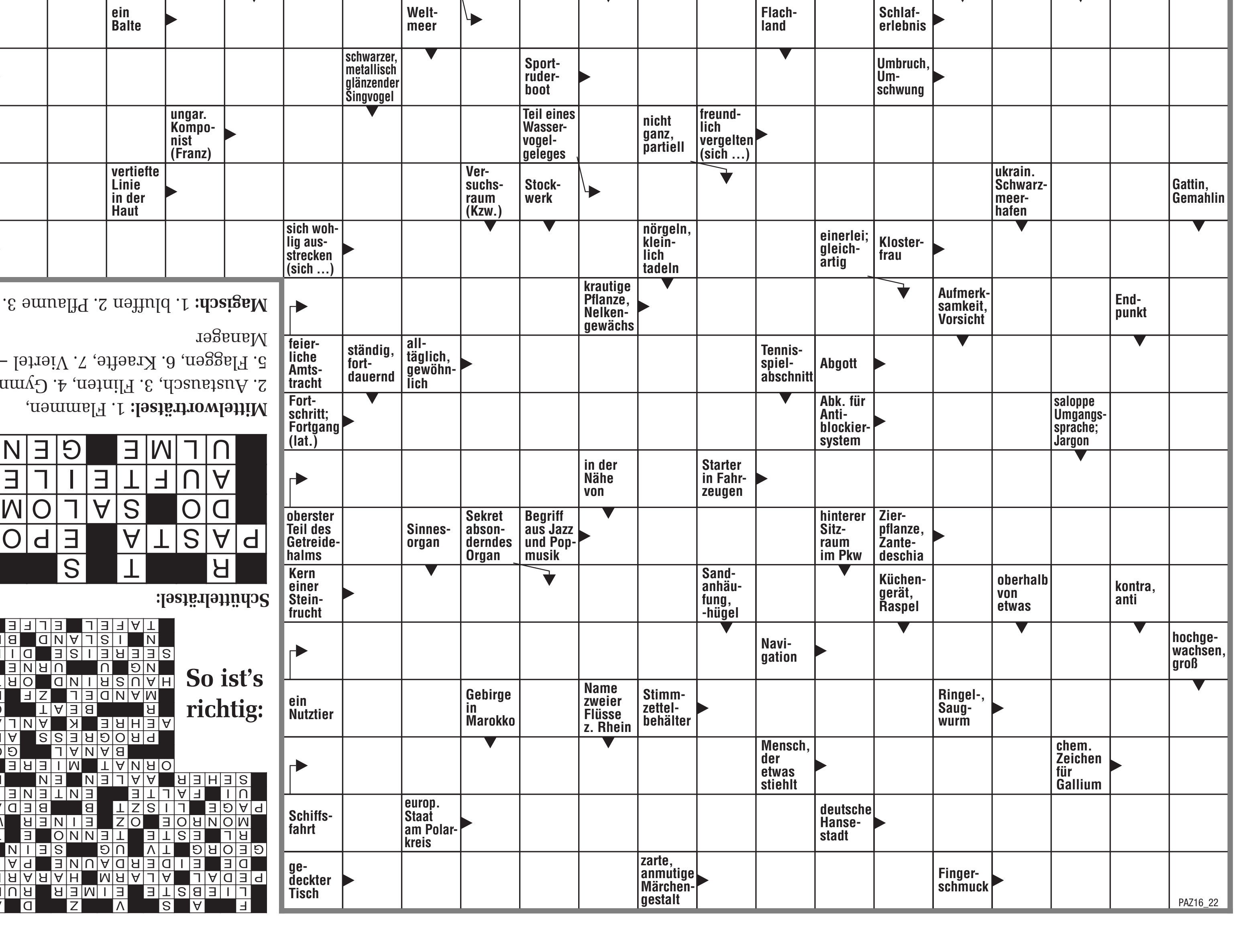
Der Autor hat sich keinen Zwang angetan und gleich im Text auf dem rückwärtigen Bucheinband seine persönliche Haltung zu der von jeher als politisch brisant gehandelten Thematik herausgestellt: „Wie wenig die deutsche Bundesregierung unter Außenminister Genscher dabei half, die Rechte deutscher Staatsangehöriger wahrzunehmen. Wie die deutsche Souveränität seit Kriegsende beschnitten und dies durch die völkerrechtswidrigen Bestimmungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages von 1990 sogar noch bestätigt wurde“. Zum Ausdruck bringt er seine Auffassungen vor allem in den Passagen über die auf Ausgleich mit Polen abzielende deutsche Ostpolitik unter Außenminister Hans Dietrich Genscher, den allseits hoch gelobten Realpolitiker. Ob gerechtfertigt oder nicht, eine Stellungnahme in dieser Deutlichkeit bei einer wissenschaftlichen Veröffentlichung fällt aus dem Rahmen.

Das kam nicht bei allen Rezensenten des Werkes gut an. Martin Hollender, Referent der Generaldirektion Staatsbibliothek Berlin, monierte erwartungsgemäß, die Arbeit habe „den Charakter einer bewusst einseitig parteiergreifenden Stellungnahme“. Außerdem „sei sie weit entfernt vom zu erwartenden Niveau einer abwägend-dialektischen Dissertation“.

Andere waren froh über deutliche Worte. Der Rezensent der Wochenzeitung „Der Schlesier“ betonte, es sei das Verdienst dieser Untersuchung, die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen aufgedeckt zu haben, denen die in Oberschlesien verbliebenen Deutschen als Einzelpersonen und Volksgruppe auf vielen Gebieten des Lebens ausgesetzt waren. Auch der „Deutsche Ostdienst“, das Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen, lobte das Buch. Es trage dazu bei, gravierende Forschungslücken zu schließen.

Dagmar Jestrzemski

Holger Breit: „Die Deutschen in Oberschlesien 1163-2015“, Verlag Dr. H. Breit, München 2015, broschiert, 399 Seiten, 29,80 Euro



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

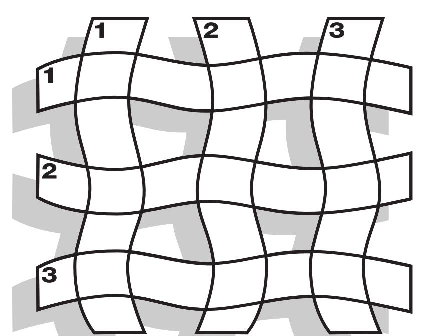
AADRU		LOSU	AESTT		EGILS		ELOP	EMNO	EFNS
					EOPS				
AAPST			AELMOS						
AEEFILNTU									
ELMU					EFGN				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für einen Unternehmensleiter.

1	STICH								MEER
2	WAREN								BAR
3	SCHROT								LAUF
4	SKI								BALL
5	SIGNAL								MAST
6	ZAUBER								MESSEN
7	WEIN								JAHR

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 täuschen, irreführen
2 Baum-, Steinfrucht
3 Abschnitt, Teilstück

Herzog in Bronze

Einweihung des Denkmals für Albrecht von Brandenburg-Ansbach

Der Wettergott meinte es gut: Die Sonne lachte über dem mittelfränkischen Ansbach, als das Denkmal des Gründers der Königsberger Universität, Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach (1490–1568), in dessen Heimatstadt enthüllt wurde. Errichtet worden war es auf Initiative der „Gesellschaft der Freunde des Albrecht von Brandenburg-Ansbach“. Außer den Gründungsmitgliedern Peter Bräunlein, Jürgen Danowski und Bundesminister a. D. Carl-Dieter Spranger gehören ihr noch eine Reihe weiterer Freunde Ost- und Westpreußens an. In den vergangenen zwei Jahren machten mit Hilfe der Stadt Ansbach sowie vieler großer und kleiner Spender die Errichtung des Denkmals möglich.

Nach einem Gedenkgottesdienst in der St.-Johannis-Kirche begab sich die Feiergesellschaft zur Reitbahn, wo der Herzog nunmehr seinen Platz auf einem Sockel innehat, um – nach der Festansprache des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann, dem Grußwort des Ansbacher stellvertretenden Oberbürgermeisters Christian Schoen und der Honoratio des Thorner Albrecht-Experten Professor Jacek Wijaczka – das Denkmal zu enthüllen.

Bildhauer Friedrich Schelle, der das Denkmal ausgeführt hatte, entwickelte anschließend seine Gedanken zu seiner Arbeit und schilderte auf unterhaltsame Weise den Weg von der Idee zur Umsetzung. Anschließend schritt man gemeinsam zum Empfang im nahegelegenen Kunsthaus Musikalisch wurde die Veranstaltung durch das Jugendblasorchester Ansbach unter Leitung von Ernst Berendes umrahmt.

Rainer Claaßen



Foto: Pia Lingner-Böld

Oben: Den herzöglichen Charakterkopf auf imposanter Statur erschuf der Berchtesgadener Bildhauer Friedrich Schelle. Unten (v.l.): Ansbachs Oberbürgermeister Christian Schön, Albrecht-Experte Jacek Wijaczka, Innenminister Joachim Herrmann und Peter Bräunlein von der „Gesellschaft der Freunde des Albrecht von Brandenburg-Ansbach





Foto: Classen

»Ein Zuhause, keine Heimat«

Zeit für einen Rückblick – die Jubiläumsfeier des BdV in Leipzig

Mit über 200 Teilnehmern war der Festsaal des Neuen Rathauses gut gefüllt, als Peter Wolf, Vorsitzender des BdV-Kreisverband Leipzig, die Heimatfreunde und Ehrengäste begrüßte. Anlass war das 25-jährige Jubiläum des Kreisverbandes. „Wer hätte es gedacht, als die Vertriebenen in Leipzig sich nach der Wende zusammenfanden und den Kreisverband gründeten, dass sie eines Tages ihren 25. Jahrestag feiern können“, fragte Wolf in seiner Begrüßungsansprache und ging auf die damalige Situation ein. Die Vertriebenen in der früheren DDR durften sich nicht öffentlich zu ihrer verlorenen Heimat bekennen, sie wurden Umsiedler genannt Niemand hätte vermutet, dass es jemals anders kommen könnte.

Erst nach der Wende und der Wiedervereinigung Deutschlands folgen die Vertriebene aus Leipzig dem Aufruf, sich zu melden. Es gab ellenlange Schlangen in der Registrierstelle im Petersteinweg. Zuerst fanden sich die Landsmannschaften zusammen, bis dann 1991 unter der Führung von Frau Rühle und Frau Arnold der BdV Kreisverband Leipzig gegründet wurde. Es gab damals in Leipzig über 80 000 Heimatvertriebene, die hier ihr neues Zuhause fanden.

Der Begriff „Neue Heimat“ ist für Wolf wie für viele andere nicht die richtige Bezeichnung. Es gibt nur eine Heimat für jeden Menschen, dort wo er geboren ist und seine Wurzeln sind. „Hier haben wir unser ‚neues Zuhause‘ gefunden“, erklärte er. Im Verlauf seiner Rede ging der Vorsitzende auf die Arbeit und die Aktivitäten des Verbandes ein und erwähnte in ehrender Anerkennung die Mitglieder, die bereits 20 oder sogar 25 Jahre im Vorstand ihre Arbeit machen. Dazu gehören etwa die Schatzmeisterin Edeltraud Ludwig und Dora Arnold.

Ellenlange Schlangen vor der Registrierstelle

Zwei Jahre nach der Gründung des Kreisverbandes entstand aus einer kleinen Singegruppe unter der Leitung von Helga Schmidt der Chor „Lied der Heimat“. Als ihn 1998 Rosa Wegelin übernahm, bestand er bereits aus 30 Mitgliedern und entwickelte sich unter der kompetenten Führung der ausgebildeten Chorleiterin aus Ufa in Baschkirien zu einer allseits geachteten Institution, der nicht nur im Inland, sondern auch in den Heimatgebieten, heute Polen und Russland, bei großen Veranstaltungen und in Kirchen auftrat. Viele Einladungen zeugten von der Wertschätzung.

Treue Helfer, fleißige Ehrenamtliche

Wechselvoll war auch die Heimstatt des BdV-Kreisverbandes. Aus zwei bescheidenen Unterkünften in der Goldschmidtstraße zog man in die großzügigen Räumlichkeiten in der Gustav-Adolf-Straße, wo dann alle Landsmannschaften gemeinsam unter einem Dach arbeiten konnten.

Nach dem plötzlichen Tod des langjährigen allseits geschätzten Vorsitzenden, des Ostpreußen Max Duscha, musste man sich wieder verändern. Die Mitgliederzahl war im Laufe der Jahre geschrumpft, die Miete zu teuer geworden. Man beschloss, dass sich alle landsmannschaftlichen Gruppen, die bisher selbstständig gearbeitet hatten, unter dem Namen „Kreisverband Leipzig – Vereinigte Landsmannschaften“ zusammenschlössen. Auf einer Mitgliederversammlung wurde der Beschluss bestätigt und Peter Wolf zum Kreisvorsitzenden gewählt. Zum Glück fand der Verband im „Haus der Demokratie“ ein neues Domizil, wo er heute noch ansässig ist.

Mithilfe der treuen Vorstandsmitglieder konnte es weitergehen. Viele bedeutende Vertriebenenveranstaltungen wurden vom Kreisverband Leipzig ausgerichtet. Auch der „Ostpreußische Frauenkreis“, der „Loabernachmittag“ der Schlesier und die Pommerntreffen finden regelmäßig monatlich statt. Chorauftritte in den Altenheimen, kleine Konzerte im „Haus der Demokratie“ erfreuen die Menschen und geben Zeugnis unserer heimatlichen Kultur. Gemeinsame Veranstaltungen mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland wurden ebenfalls durchgeführt.

Wolf betonte, dass dieses alles nur möglich sei durch die fleißige ehrenamtliche Arbeit der Vorstandsmitglieder, der Chormitglieder und vieler treuer Helfer, die da sind, wenn sie gebraucht werden.

Mit der Goldenen Ehrennadel wurde die Königsbergerin Gisela Weger und mit der Silbernen Ehrennadel die Leipzigerin Martina Detzner ausgezeichnet. „Auch wenn die Ehrenamtsarbeit oft durch sinnlose Bürokratie und knapper werdende Finanzen erschwert ist, so wollen wir uns bemühen, weiter unsere Arbeit im Andenken an die Heimat und zum Wohle unserer Schicksalsgemeinschaft zu machen“, betonte Wolf. Die heimatliche Kultur zu bewahren und unser Schicksal den jungen Menschen nahezubringen, stehe an erster Stelle. Ein Ergebnis des Wirkens der Kreisverbände sei auch die Einführung des „Gedenktages an Flucht und Vertreibung“ in Sachsen, der jeden 2. Sonntag im September stattfinde.

Nach dem langanhaltenden Beifall für Wolfs Ausführungen folgten die Grußworte der zahlreichen Ehrengäste. Grüße und Glückwünsche des BdV-Landesvorsitzenden Frank Hirche übermittelte der Leiter des Geschäftsstelle des Landesverbandes Dresden, Wolfgang Fiolka. Sein Anliegen ist nach wie vor die Anerkennung der Heimatvertriebenen als Opfer, die auch Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung haben und nicht um jeden Euro betteln müssen. Wolfgang Fiolka schloss sich energisch der Meinung an, dass hier in Sachsen unser „neues Zuhause“ ist, unsere Heimat aber ist in Pommern, Ost/Westpreußen, Schlesien und dem Sudetenland sei. Nach den Grußworten und der Mittagspause rundete ein vielfältiges Kulturprogramm unter anderem mit dem Dresdner Chor „Heimatmelodie“ und dem Leipziger Chor „Lied der Heimat“ die Veranstaltung ab. Viel Anerkennung und Dankesworte erhielt besonders der Vorsitzende Peter Wolf für die gelungene Veranstaltung.

Inge Scharrer



Hauch von Abenteuer

Zum Klettern muss man nicht in die Alpen fahren – In den östlichen Bundesländern finden sich anspruchsvolle Gipfeltouren

Zu den bekanntesten Berglandschaften und Klettergebieten der neuen Bundesländer gehört das Elbsandsteingebirge. Allerdings finden sich in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen auch noch andere interessante Felsformationen von unterschiedlichem Rang.

Da gibt es beispielsweise das Zittauer Gebirge mit immerhin 117 anerkannten Gipfeln, unter denen besonders der Kelchstein hervorsticht, der nach allen Seiten stark überhängt und als einer der am schwierigsten zu erklimmenden Felsen in ganz Deutschland gilt. Darüber hinaus befinden sich am Nordwestlichen Zwilling im Gebiet des Berges Oybin extrem lange und komplizierte Routen von überregionaler Bedeutung, von denen eine in den 1980er Jahren sogar die anspruchsvollste in der gesamten DDR war.

Ähnlich schöne Klettermöglichkeiten existierten im Harz entlang der Teufelsmauer, im Bodetal und rund um die Burgruine Regenstein. Diese fielen jedoch teilweise schon sehr zeitig aus Naturschutzgründen weg beziehungsweise dann später der militärischen Aufrüstung zum Opfer. Im weichen Sandstein des Regensteinmassivs verbirgt sich nämlich ein acht Kilometer langes Tunnelsystem aus der NS-Zeit, in dem die Nationale Volksarmee 1974 Armeetechnik und Munition einzulagern begann. Dadurch war es mit dem Klettern dort schlagartig vorbei, weil ein ausgedehntes Sperrgebiet rund um die Stollenlöcher eingerichtet wurde – und das besteht noch heute, weil die Bundeswehr hier nun wahrlich das größte unterirdische Medikamentendepot der Welt betreibt. Aus diesem Grunde müssen die Gipfelstürmer auf der Ostseite des Harzes jetzt mit deutlich weniger lohnenden Ersatzzielen im Steinbachtal und am Brocken Vorlieb nehmen, wobei die beiden Feuersteine unweit von Schierke, die dem dort hergestellten Kräuterlikör ihren Namen gaben, noch am ehesten zur Stippvisite einladen.


Bild: Tourismusverband Erzgebirge e.V./R. Gaens

Der Aufstieg wird mit einem Panoramablick belohnt: Aussicht vom Kahlenberg in Altenberg

Nicht so starke Einschränkungen erfuhr hingegen der Bergsport in Thüringen. Deshalb warten hier einige recht attraktive Felsgebilde von überregionaler Bedeutung wie der Aschenbergstein im Lauchagrund unweit des Kleinen Inselsbergs, der Koppenstein in der Nähe von Oberhof und der Falkenstein im Schmalwassergrund bei Tambach-Dietharz, der schon im Juli 1852 erstbestiegen wurde. Dieser riesige Porphyr-Klotz von rund 100 Metern Höhe bietet derzeit um die 90 Routen, von denen manche den oberen neunten beziehungsweise zehnten Grad erreichen und damit eine Herausforderung ohnegleichen darstellen. Andere Klettergebiete des kleinen Freistaates wiederum bestechen vor allem durch ihre landschaftliche Schönheit, wie das Schwarza-Tal unweit der ebenfalls sehenswerten Rudolstädter Heidecksburg sowie das Steinicht nördlich von Plauen, wo unter anderem die Schlucht des Müschner-Kamins lockt, welche dem Kletterer anspruchsvolle Spreizschritte hoch über der tosenden Weißen Elster abverlangt.

Ein ganz besonderes Flair haben zudem die Rabenschüssel bei Jena und die Kalkfelsen von Döbritz in der Nähe von Pößneck. Im ersteren Falle handelt es sich um viele äußerst glatte Überhänge aus Buntsandstein, während in der „Döbritzer Schweiz" Dolomitkalk ansteht, in dem sonst nirgendwo in den neuen Bundesländern geklettert werden kann. Außerdem betritt man hier sehr geschichtsträchtigen Grund: Das 600 Meter lange Riff beherbergt auch drei Höhlen, welche schon vor zirka 40000 Jahren bewohnt waren. Dabei weist die Kniegrotte noch die Besonderheit eines säuberlich gepflasterten Vorplatzes auf – das Werk ungewöhnlich ordnungsliebender steinzeitlicher Wildpferdjäger.

Ebenfalls der Erwähnung wert sind der Große und Kleine Hermannstein am Berg Kickelhahn hoch über der Glas- und Hochschulstadt Ilmenau. Das resultiert zum einen aus Routen wie „Dachrinne" und „Gruselkante", zum anderen aus dem Umstand, dass man hier auf den Spuren von Johann Wolfgang Goethe wandeln kann, der 1780 unweit der Hermannsteine sein populäres Gedicht „Über allen Gipfeln ist Ruh" geschrieben hat.

Und auch das Erzgebirge weist einige durchaus beachtliche Klettermöglichkeiten auf, so zum Beispiel die respekteinflößenden Gneisplatten des Nonnenfelsens im Naturschutzgebiet des Schwarzwassertals bei Pobershau. Am interessantesten präsentieren sich indes aber die sieben Spitzen der Greifensteine im Ehrenfriedersdorfer Freiwald. Diese ziemlich abweisenden Granit-Türme, die manchmal einen phantastischen Fernblick bis zum Fichtelberg ermöglichen, stehen nämlich im ehemaligen Jagdrevier des Wildschützen Karl Stülpner (1762–1841), dem „Sächsischen Robin Hood" und Nationalhelden der Erzgebirgler.

Deshalb wurde auch eine Freilichtbühne einschließlich diverser gastronomischer Einrichtungen um sie herum errichtet, auf der das Eduard-von-Winterstein-Theater der Bergstadt Annaberg im Sommer Stücke wie „Winnetou" oder eben „Stülpner Karl" spielt. Dann ist das Klettern natürlich verboten, ansonsten können die Gipfelstürmer hier aber fast vom Biertisch aus nach den ersten Griffen am Kreuz- oder Gamsfels haschen – immer begleitet von den „sachkundigen" Spott-Kommentaren der meisten anderen Gäste.

Und dann wäre da noch der mit Sicherheit versteckteste und unbekannteste Felsen von ganz Sachsen, welcher auch höchst zutreffend „Einsiedlerstein" heißt und inmitten der wenig frequentierten Dippoldiswalder Heide aufragt. Dort wurde er 1904 von Dresdner Bergsteigern entdeckt. Wer diesen glatten Sandsteinquader erklimmen will, reist am besten mit der pittoresken Kleinbahn an, die von Freital aus ins Osterzgebirge dampft und dabei unter anderem an der Talsperre Malter Station macht.

Eine echte Alternative zum Elbsandsteingebirge oder gar den Alpen sind all diese Klettergebiete selbstverständlich nicht, dennoch werden sie heute immer noch gerne aufgesucht. Wobei die treuesten Gäste jene sind, die nostalgisch daran zurückdenken, wie sie hier zu Zeiten des Eingesperrtseins in der DDR einen winzigen Hauch von Abenteuer erleben durften. *Wolfgang Kaufmann*

Fahren wir mal nach Lodsch

Im Stadtbild der polnischen Metropole finden sich viele Spuren deutschen architektonischen Erbes

Größte Sehenswürdigkeit der Stadt ist, so erzählte mir mein Kollege, der mich vor dem Hotel Savoy in Empfang nahm, die neue Einkaufsmeile. Das „Manufaktura", das größte Einkaufszentrum Polens, ist in den Mauern der alten Textilfabrik Poznanski entstanden – und wahrlich beeindruckend. Rote Ziegelfassaden so weit das Auge gucken kann. Ein Glaskubus ragt über eine der roten Mauern hinweg – hier bietet ein Hotelschwimmbad ein besonderes Erlebnis.

Lodsch ist durch die Textilindustrie im 19. Jahrhundert groß geworden. Poznanski war damals die größte, aber nicht die einzige Fabrik; über 600 sollen es in der besten Zeit gewesen sein. In Lodsch – polnisch Lódz –, das bis zum Ersten Weltkrieg zum Zarenreich gehörte, wurde vor allem für Russland produziert. Russische Soldaten bekamen ihr Tuch aus den Spinnereien der polnischen Stadt. Lodsch war im 19. Jahrhundert so schnell gewachsen, dass nie Zeit war, einen Marktplatz zu formen oder ein repräsentatives Rathaus zu bauen – und so blieb die 700000-Einwohner-Stadt ohne die Insignien einer ordentlichen europäischen Metropole. Dafür entstanden Fabrikantenvillen, die prächtiger sind als die Rathäuser vieler Städte – Ausdruck eines Reichtums, den es hier einst gegeben hat.

Durch die Stadt, die um 1800 noch ein Dorf war und die während der NS-Zeit in Litzmannstadt umbenannt wurde, führt der längste Einkaufsboulevard Europas, die Piotrkowska. Eindrucksvolle Bauten in Neorenaissance oder Jugendstil reihen sich hier kilometerlang aneinander, kaum unterbrochen von Bausünden der Nachkriegszeit. Dutzende Bars und Restaurants buhlen um Kundschaft, altehrwürdige Hotels warten auf Gäste, so das Savoy, in dem der Fahrstuhl noch von einem Führer per Hand bedient wird, oder das Grand Hotel, in dem nach der Besetzung durch deutsche Truppen auch Adolf Hitler abgestiegen war.

Der Aufstieg Lodsch vom Dorf zur Großstadt wurde im 19. Jahrhundert von deutschen Industriellen geprägt. Tuchmacher aus Sachsen und Böhmen kamen in das russische Polen, um hier für den riesigen Bedarf des Zarenreichs zu arbeiten. Tausende kamen, viele gründeten Fabriken, aber nicht wenige scheiterten, verloren in der Gründerzeit ihren Besitz. Noch heute kann man die deutschen Spuren in der Stadt entdecken, so die vielen Fabriken, so ein mächtiges Geschäftshaus der Berliner Architekten Bielenberg & Moser. Aber neben den deutschen Spuren ist auch der russische Einfluss unverkennbar. Im kleinen Freilichtmuseum hinter dem Industriemuseum „Weiße Fabrik" steht eine typisch russische Villa aus Holz.



Alte deutsche Substanz: Grohmanns Fässer-Tor (l.), Jungendstilfassade (r.) Bilder: Nemo5576, Aschenbeck

Lodsch wurde 1914 nach einem Jahrhundert Zugehörigkeit zum Zarenreich erst deutsch besetzt und dann 1918 Teil der polnischen Zweiten Republik. Als Hitlers Truppen dann 1939 in eine blühende Stadt einmarschierten, brachten sie Leid, Elend und Zerstörung. Wie in den anderen Städten des besetzten Polen grenzten die Deutschen auch in Lodsch ein Ghetto für die Juden ab – eine Reihe von Altstadt-Blocks, von Zäunen umgeben – eines der größten Ghettos in Polen. Hier wurden die Juden zusammengetrieben, hier mussten sie unter schrecklichsten Umständen leben, bis sie abtransportiert und ermordet wurden. Die Häuser des Ghettos wurden noch von den Deutschen dem Erdboden gleichgemacht.

Nach dem Krieg konnte Lodsch schnell an alte Erfolge anknüpfen, ja, auch Hauptstadteinrichtungen wurden aus dem völlig zerstörten Warschau nach Lodsch verlagert.

Aber mit dem Ende des Kalten Krieges und der Öffnung der Grenzen kam es ab 1990 auch in Lodsch wie in so vielen Städten des Ostens zu einem abrupten Bruch. Keine einzige Textilfabrik überlebte die Wende. Tausende Näherinnen und tausende Arbeiter verloren ihre Stellen. Keine andere polnische Stadt konnte damals trostloser sein als Lodsch.

Doch das Manchester des Ostens hat es in den vergangen 25 Jahren geschafft, neues Leben in die alten Hüllen zu bringen. Viele der lange verwahrlosten Industrieanlagen erstrahlen heute schöner denn je. Sie beherbergen nicht nur das „Manufaktura", sondern auch Luxuswohnungen, Museen und IT-Unternehmen. In Zukunft wird man mit Lodsch rechnen müssen. Beim Rundgang durch die Stadt meint man das Potenzial der Stadt mit Händen greifen zu können. Leerstehende Industriebauten in eindrucksvoller Architektur, Jugendstilvillen – und junge Leute, die hier etwas erreichen wollen. Mein Stadtführer bringt mich zurück zum Hotel und drückt mir noch drei Broschüren in die Hand, die er für die Stadt geschrieben hat: „Buntes Lodsch". In Wirklichkeit ist Lodsch noch immer grauer als andere polnische Städte. Aber man ahnt schon jetzt, dass Lodsch eines Tages bunter, vielfältiger und lebendiger sein wird als die meisten anderen Städte – auch im Westen. *Nils Aschenbeck*

Römische Bäder benötigen Kur

Die Römischen Bäder im Park Sanssouci sind zu einem Sanierungsfall geworden. Das von Karl Friedrich Schinkel und Ludwig Persius zwischen 1829 und 1841 geschaffene Ensemble ist durch seine exponierte Lage am Wasser einer hohen Feuchtigkeit ausgesetzt. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) hat daher einen Sanierungs- und Restaurierungsplan erstellt, mit dem im Laufe der nächsten Jahre die Schäden beseitigt werden sollen.

Die Römischen Bäder werden museal genutzt und können besichtigt werden. Im Gärtnerhaus werden Sonderausstellungen gezeigt. Im Obergeschoss des Gärtner- und des Gehilfenhauses befinden sich Wohnungen. Teile der Badanlage und der Teepavillon sind derzeit allerdings nicht öffentlich zugänglich.

Nach erfolgter Sanierung soll es im Gärtnerhaus eine Dauerausstellung zur Geschichte des Gartenbereichs zwischen dem Schloss Charlottenhof und der Meierei am Kuhtor geben, in der sich die Besucher der Gedankenwelt König Friedrich Wilhelms IV. (1795–1861) nähern können. Im Obergeschoss werden die Büroräume der Schlossbereichsleitung eingerichtet.

Stilistisch an römischen und altitalienischen Vorbildern orientiert, spiegelt das Ensemble die „Italiensehnsucht" des königlichen Bauherrn wider, der mit zahlreichen Ideen und Entwurfszeichnungen großen Einfluss auf die Pläne der Architekten genommen hatte. *PAZ*

Gieriger Datenkrake

Was Google alles sucht

Ein „Googol“ bezeichnet in der Mathematik eine Eins mit 100 Nullen. Die Konzerngründer Larry Page und Sergey Brin wollten 1997 ihr Unternehmen so nennen, verschrieben sich aber, weswegen es zu „Google“ kam und blieb. Der Politologe Thomas Schulz, US-Korrespondent eines Hamburger Nachrichtenmagazins, präsentiert in seinem Google-Buch viele solcher Schnurren, die seinem faktenreichen und flott geschriebenen Werk gut stehen.

Google residiert im nordkalifornischen „Silicon Valley“, hat 55 000 Mitarbeiter, erhält pro Jahr drei Millionen Bewerbungen. Es erledigt im Monat über 100 Milliarden Internet-Suchaufträge. Diese sind kostenlos, werden aber automatisch mit Werbung verknüpft, was Google zur „erfolgreichsten Geldmaschine im Internet“ macht. Anfang 2015 betrug sein Marktwert 470 Milliarden Dollar, und 2014 sein Umsatz 66 und sein Gewinn 14 Milliarden Dollar. Das weckt „Wut und Angst“, was die Konzern-Gewaltigen, darunter verblüffend viele Deutsche, in firmentypischer Arroganz abtun: Da war nie ein „ernstzunehmender Konkurrent“, „niemand hat so viele Experten versammelt und so große Sprünge gemacht wie Google“.

Keine Sprünge um zehn Prozent, man will zehn Mal besser sein als die Konkurrenz oder die eigenen Produkte, wie zum Beispiel pro Jahr 1000 Veränderungen an der Suchtechnologie belegen. Für die „10x“-Philosophie wendet man Riesensummen auf, als „Blankoscheck“ für eigene Projekte oder zur Abwerbung der „klügsten und in ihrem Feld renommiertesten Köpfe“ – der Autor hat eine Vorliebe für Superlative –, wenn man vielversprechende Unternehmen nicht gleich aufkauft wie 2006 YouTube für 1,65 Milliarden Dollar. Google ist ein unersättlicher Datenkrake“ in seiner „Hightech-Heilslehre“!

Google-Experten bauen in Hunderten Labors nützliche Dinge wie Kontaktlinsen mit Blutdruckmessung, die Kleinkram sind gemessen an Vorhaben wie Welt-Vermessung durch Street-View, fahrerlose Autos, lernfähige Roboter, intelligente Maschinen und weiteres, das im Weltall oder im „subatomaren Reich der Quantenmechanik“ aufzuspüren ist. Heraus käme die Maschine, „die Krebs heilen, Kampfjets steuern, Aktienkurse vorhersagen und neue Planeten entdecken“ kann. Wenn die Synthese einzelner Technologien zu unerwarteten Neukreationen führt, dann beginnt eine Epoche der Maschinenintelligenz und Mensch-Roboter-Mensch-Interaktion, die den „gläsernen“ Nutzer der digitalen Welt ausliefert.

Schon zuvor kann das „allwissende“ Geschäftsmodell von Google als natürliches „Feindbild“ erscheinen. Das gilt vor allem für Deutsche, die Google „mehr als (fast) alle anderen Nationen“ nutzen, aber böse Erfahrungen mit ausforschenden Spitzelregimes haben und Google das spüren lassen. Es sei Zulieferer für Geheimdienste, man empfinde Angst vor Googles „Weltherrschaft“, im Mai 2014 wurde es vom Europäischen Gerichtshof verpflichtet, gewisse Einträge zu löschen, ihm droht ein Kartellstreit mit der EU mit „Strafzahlungen in Milliardenhöhe“. „Google hat bislang keine einzige Krise durchgemacht“, konstatiert Schulz, der aber dessen „Angst vor dem langsamen Abstieg“ sieht, die „das vielleicht spannendste Langzeitexperiment der Welt“ ergreift. *Wolf Oschlies*

US-Suchdienst soll Zulieferer für Geheimdienste sein

***Thomas Schulz: „Was Google wirklich will. Wie der einflussreichste Konzern der Welt unsere Zukunft verändert“**, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2015, gebunden, 336 Seiten, 19,99 Euro*





Die große Blendung

Olympia 1936 – Goldmedaille für Hitlers Täuschungsmanöver

Oliver Hilmes, bekannt geworden durch seine Sachbuch-Bestseller „Witwe im Wahn“ und „Herrin des Hügels“ ist auch mit seinem neuen Buch etwas Außergewöhnliches gelungen. Er schildert 16 Tage einer „Diktatur im Pausenmodus“.

Im Berlin der Olympischen Spiele sind die „Stürmerkästen“, in denen die Propagandazeitung der Nationalsozialisten aushing, einer davon hatte auch vor dem Theater am Schiffbauerdamm gestanden, abgebaut oder umfunktioniert. Die „Juden verboten“-Schilder waren aus dem Stadtbild verschwunden. Berlin ist die europäische Hauptstadt des Swing. Die angesagten Bars der Stadt gehören noch ihren jüdischen Besitzern, die Restaurants, in denen die Politprominenz speist, sind in ägyptischer Hand.

Noch wird für Transvestiten ihr „Transvestitenschein“ aus der Weimarer Zeit verlängert, wenn sie nachweisen können, dass sie heterosexuell sind. Ausländische Gäste der Olympischen Spiele werden nach Strich und Faden verwöhnt. Einige, die dem Diktator nahe genug kommen, schwärmen von seinem Charme oder seinen „gütigen Augen“. Hitlers Hauptstadt präsentiert sich entspannt und weltoffen. Eine Karte des „schönen Deutschland“, die gerade in Prag publiziert wurde und auf der erstaunlich genau die KZ und Foltergefängnisse der Nazis verzeichnet sind, stört die Atmosphäre nicht.

Im Vorfeld hatten die Amerikaner mit dem Boykott der Spiele gedroht, wenn die Deutschen daran festhielten, jüdische Sportler nicht in ihrer Mannschaft zuzulassen. Hitler pokert hoch und gewinnt. Kurz vor dem fälligen Boykott unterstützt Avery Brundage, der spätere IOC-Präsident, den Vorschlag, Deutschland solle doch wenigstens einen jüdischen Sportler aufnehmen. So kam die Fechterin Helene Mayer als Alibi in die Mannschaft und Brundage hatte für Hitler die Spiele gerettet.

Der Diktator nutzte die Gelegenheit, die sich ihm bot, maximal. Er beauftragte Leni Riefenstahl damit, die Spiele zu verfilmen. Riefenstahl nutzte diesen Auftrag, um Filmgeschichte zu schreiben. Zwar waren die Dreharbeiten ein Ärgernis, oft sogar Hindernis, für Sportler und Zuschauer, die entstandenen Bilder sind allerdings atemberaubend. Riefenstahls Filmkunst trug viel zur Täuschung der Weltöffentlichkeit über den wahren Charakter der NS-Diktatur bei.

Auch ohne Riefenstahl gab es jede Menge Fehleinschätzungen derer, die dabei gewesen waren. Jesse Owens, vierfacher Goldmedaillengewinner und Publikumsliebling in Berlin, war vor den Spielen skeptisch bis ablehnend gegenüber Hitlerdeutschland.

Als er nach den Spielen zurück in die USA kam, in einem Nobelhotel, in dem er für seine Erfolge vom Präsidenten geehrt werden sollte, den Lastenaufzug nehmen musste, weil der Hotellift für Schwarze nicht zugelassen war, reagierte der verärgerte Owens mit der Bemerkung, in Deutschland sei er nicht so diskriminiert worden wie in den USA.

Jesse Owen fühlte sich mehr respektiert als in seiner Heimat

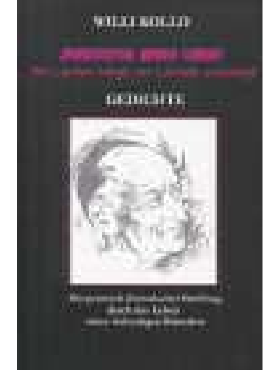
Die Nachgeborenen, die das Ende kennen, sind immer klüger als die Zeitgenossen, die ihre Welt nur ausschnittsweise wahrnehmen. Wie konnte man nur auf den Gedanken kommen wie die US-Amerikanerin Carla De Vries, Hitler spontan zu küssen, statt ihn zu ermorden, wenn es ihr schon gelungen war, im Olympiastadium dem Diktator nahe genug zu kommen?

Nun, 1936 hatte die „Endlösung der Judenfrage“ noch lange nicht begonnen, Sachsenhausen war erst im Aufbau, ein neuer Krieg schien undenkbar. Die „Reisegesellschaft Union“ ist auf dem Dampfer Usaramozwar schon mit verdächtigem Gepäck auf dem Weg nach Spanien, sie sollte sich aber erst nach den Olympischen Spielen als Kern der „Legion Condor“ entpuppen, mit der NS-Deutschland den Kampf General Francos gegen die spanische Republik unterstützte. Wer weiß denn heute, wie die Christen in unseren Asylbewerberunterkünften von manchen Mitbewohnern drangsaliert werden, obwohl sich diese Einrichtungen mitten in unseren Städten befinden? Wer nimmt das Ausmaß des mit einem Teil der Einwanderer importierten Antisemitismus wahr, obwohl der sogar öffentlich auf unseren Straßen demonstriert wird?

Oliver Hilmes Buch vermittelt ein differenziertes Bild der Geschichte. Er hat akribisch Zeitungsberichte, Polizeiakten, Tagebücher, Briefe, Gesprächsprotokolle, Wetterberichte, Memoiren studiert. Das Buch liest sich, als wäre Hilmes dabei gewesen, nicht nur bei den prominenten Akteuren, sondern bei den Unbekannten. Hilmes begleitet Mascha Kaleko aufs Postamt, wo sie die Briefe ihres Geliebten abholt, er ist bei Görings opulenter Sommerparty dabei, aber auch in der Wohnung der Transvestitin Toni im Augenblick ihres Todes, im Olympiastadium, wenn Riefenstahl von NS-Gegnern ausgebuht wird mit „Leni buh, alte Kuh“.

Hilmes lässt uns in ein untergegangenes Berlin eintauchen und es ist uns fast so, als wären wir auch dabei gewesen. *Vera Lengsfeld*

***Oliver Hilmes: „Berlin 1936. Sechzehn Tage im August“**, Siedler Verlag, München 2016, gebunden 306 Seiten, 19,99 Euro*



Fundstücke eines Lebens

Entdeckung in Reimform – Der Komponist Willi Kollo als Dichter

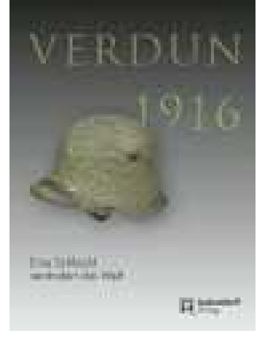
Drei Generationen der aus Ostpreußen stammenden Familie Kollo haben wertvolle Beiträge zum deutschen Musikleben geleistet. Walter Kollo hat mit Operetten, Schlagern wie „Berlin bleibt doch Berlin“ und als Mitgründer der Verwertungsgesellschaft für Musik, der GEMA, musikalisch den Keim gelegt. Sohn Willi Kollo machte sich als Librettist und Filmkomponist einen Namen. Dessen Sohn René wiederum ist einer der bekanntesten deutschen Operntenöre. Auch seine Schwester Marguerite hat sich ganz der Musik verschrieben, fördert mit einer Stiftung junge Operettenkünstler und widmet sich dem Vermächtnis ihres vielseitig talentierten Vaters Willi Kollo.

Denn er war nicht nur Sänger, Kabarettautor und Komponist, sondern auch Dichter. In dem von Marguerite Kollo jetzt herausgebrachten Band „Jahreszeiten meines Lebens – Ein Lachen klingt, ein Lächeln schweigt“ sind rund 100 Gedichte versammelt, die Willi Kollo zwischen 1916 und 1983 geschrieben hat und die bislang unveröffentlicht im Familienarchiv schlummerten. Darunter sind wahre Trouvaillen wie etwa das kurze Heimatgedicht: „Wohin ich immer gehe, / Ich trag' auf Schritt und Tritt / Die Heimat, die Heimat / in meinem Herzen mit.“ Er schrieb es 1945, als seine ostpreußische Heimat verloren war.

Solche ernsten Töne sind die Ausnahme. Es überwiegen Naturlyrik („Hier sitz' ich tief im Waldesgrünen, / Ringsum ein Duften und Erblühen ...) und heitere Verse wie die berlinerische Freundes-Hymne: „Mein Freund Paule, det war einer, / Der jab niemals dicke an, / Doch wenn et wirklich mal druff ankam, / Stand er doch seinen Mann.“

Auch Willi Kollo stand seinen Mann als Lyriker. Mit manchen seiner Verse reihte er sich nahtlos in die Tradition des Humoristen Eugen Roth und des Moralisten Erich Kästner ein. *Harald Tews*

***Willi Kollo: „Jahreszeiten meines Lebens – Ein Lachen klingt, ein Lächeln schweigt“**, Kollo-Erbengemeinschaft, Berlin 2016, Hardcover, 132 Seiten, 14,95 Euro*



Verlustreicher Zweikampf

Ein Buch des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge spürt äußerst facettenreich dem Mythos Verdun nach

Jahrestage und Jubiläen, unabhängig davon, ob es sich um Licht- oder Schattenseiten der Geschichte handelt, sorgen seit geraumer Zeit für eine Flut von erinnernden Veranstaltungen und Publikationen. Dies war vor zwei Jahren schon fast überdeutlich – der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 wurde ins allgemeine Gedächtnis gerufen. 1916 verbindet sich mit der nach breiter Wahrnehmung größten Materialschlacht dieses Krieges, mit dem Leiden und Sterben in und zwischen den Schützengräben bei Verdun. Zu diesem Thema wird nun im Jahr 2016 das ohnehin gesättigte Buchmarktsegment „Erster Weltkrieg“ nicht unerheblich bereichert. Warum also lässt der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ einen weiteren Band über „Verdun“ herausgeben?

Darauf findet sich bereits bei der ersten Durchsicht dieses 19 Einzelbeiträge ausgewiesener Kenner umfassenden Werkes eine klare Antwort: „Verdun“ dient als Stichwort, aber die Perspektive des Bandes reicht weit über die Schlacht und den Krieg an sich hinaus. Äußerst facettenreich wird nahezu der gesamte mit „Verdun“, dem Jahr 1916 und der entsprechenden Nachwirkung verbundene Komplex auf dem neuesten Stand der Forschung erschlossen.

Verdun war nicht einzigartig, aber symbolisch einmalig

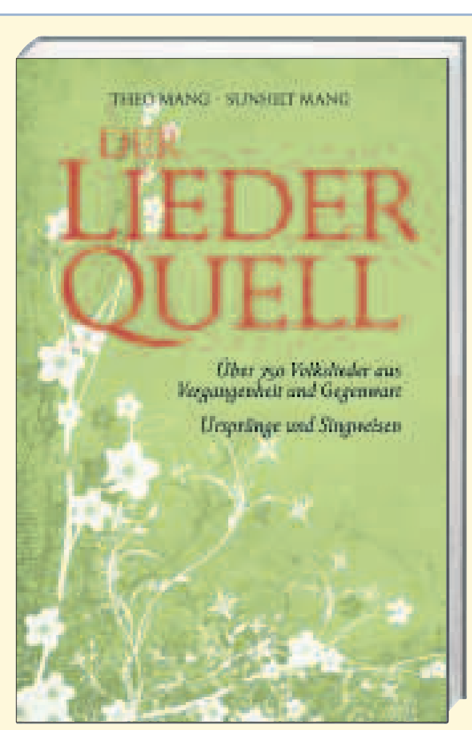
„Verdun“ gilt als deutsch-französischer Zweikampf – schon dies muss zumindest relativiert werden. Der Verlauf der Schlacht sowie die historische Bedeutung des Ortes werden detailliert geschildert. Diese Bedeutung war es, die den deutschen Generalstabschef Erich von Falkenhayn Verdun anvisieren ließ. Nicht Durchbruch und Einnahme der Festung waren das Ziel, sondern die Vermutung, dass die Franzosen Verdun bis zuletzt verteidigen würden, wodurch ein „Ausbluten“ der französischen Armee erreicht werden sollte. Dies deckte sich allerdings nicht mit den offiziellen Verlautbarungen. Die von vornherein beabsichtigte „Blutpumpe“, unter der die eigenen Soldaten nicht weniger zu leiden hatten, lastete schwer auf der späteren deutschen Wahrnehmung.

Während Verdun in Frankreich „Nationalmythos par excellence“ wurde, fühlte man sich in Deutschland verraten. Das Opfer und dessen schwer fassbarer Sinn sorgten auch hier für einen wahren Verdun-Mythos – der allerdings deutlich anders geartet war. Die These von der längsten, verlustreichsten und grausamsten Schlacht dieses Krieges kann nicht aufrechterhalten werden, die oft behauptete Einmaligkeit ist nur eine vermeintliche. Vergleichbare Kämpfe wurden jedoch kaum derartig symbolisch aufgeladen. Den Gründen dafür, den Mythen und deren historischer Belastbarkeit, der Verarbeitung in Literatur, Bildkunst sowie Film und vielem mehr ist der Band auf der Spur.

Buch kommt ohne einen weltfremden Belehrton aus

Zudem ist er mit einer beeindruckend großen Fülle von bislang unveröffentlichtem Material reich bebildert. Die Bezeichnung „ansprechend illustriert“ verbietet sich – es finden sich unter anderem Fotografien mit von Granatsplittern zerstörten Gesichtern Überlebender. So spiegelt sich auch in den Abbildungen eine besondere Stärke dieses Buches: „Verdun“, die Schlacht, der Krieg, all dies wird dargestellt als geschichtliches Ereignis, in Wahrnehmung und bis heute anhaltender Nachwirkung sowie in aller Grausamkeit – weitgehend jedoch unter Vermeidung eines besserwisserischen, weltfremd-pazifistischen Belehrtons. Ein solcher wird leider immer üblicher in einer Gegenwart, die ahistorisches Richten über die Vergangenheit, nicht nur bezüglich militärischer Konflikte, gern verwechselt mit quellengrundierter, kritischer Auseinandersetzung mit früherem Geschehen, welche verstehen will und auch ganz gut ohne moralisches Abschlussurteil auskommt. *Erik Lommatzsch*

***Michael Hörter und Diego Voigt (Hrsg.): „Verdun 1916. Eine Schlacht verändert die Welt“**, Aschendorff Verlag, Münster 2016, gebunden, 312 Seiten, 19,95 Euro*



Theo Mang und Sunhilt Mang
Der Liederquell
Über 750 Volkslieder aus Vergangenheit und Gegenwart – Ursprünge und Singweisen
Diese umfassende Sammlung mit mehr als 750 Volksliedern, einschließlich der bekanntesten Kinder-, Weihnachts- und geistlichen Lieder, zeichnet einen Querschnitt durch 1000 Jahre deutscher Liedkultur. Alle Lieder werden in Text und Melodie (mit Akkordbezifferung) und einem ausführlichem Kommentar zur Herkunft und Überlieferung vorgestellt. Damit ist ein „Gebrauchs-Liederbuch" und ein „Lesebuch" entstanden, das den Sangesfreudigen ein Leben lang begleiten kann und ihn als „Nachschlagewerk" auf der Suche nach geeignetem Liedmaterial kaum im Stich lassen wird. Eine repräsentative Auswahl der bekanntesten und schönsten französischen und englischen Volkslieder ermöglicht gemeinsames Singen mit der Welt. 1.328 Seiten
Nr. P A0959 Gebunden **19,95 €**

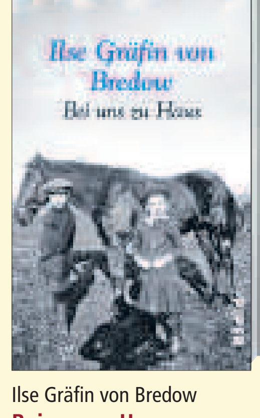


Unser beliebter Plüsch-Elch
Der Elch ist ca. 20 cm hoch aus kuschligem Plüschmaterial und weich befüllt.
Nr. P 9869 Plüsch-Elch **8,90 €**

Ludwig Reiners (1.136 Seiten)
Der ewige Brunnen
Ein Hausbuch Deutscher Dichtung
Der ewige Brunnen ist die berühmteste Sammlung deutscher Gedichte. Auf über 1.100 Seiten sind mehr als 1.600 Gedichte aus acht Jahrhunderten zusammengestellt. Die Ausgabe wurde von Albert von Schirnding überarbeitet und durch Gedichte aus den letzten fünfzig Jahren erweitert. So ist dieses „Hausbuch deutscher Dichtung" jetzt aktualisiert und auf den neuesten Stand gebracht. Mit seiner Gedichtsammlung „Der ewige Brunnen" – Ein Hausbuch deutscher Dichtung hat Ludwig Reiners vor über fünfzig Jahren ein Werk zusammengestellt, das inzwischen selbst zum Klassiker geworden ist. Für Millionen Leserinnen und Leser wurde dieses Buch zum Ort der Begegnung mit der deutschen Dichtkunst. Es ist ein schier unerschöpfliches Lesebuch und für viele ein Erbauungsbuch. Für jeden Geschmack, für alle Altersstufen ist etwas darin vorhanden. Es finden sich die zum literarischen Kanon zählenden Gedichte ebenso wie unbekanntere und heute fast vergessene. In den Gedichten spiegeln sich die Lebenserfahrungen aus acht Jahrhunderten.
Nr. P A0950 Gebunden **19,90 €**

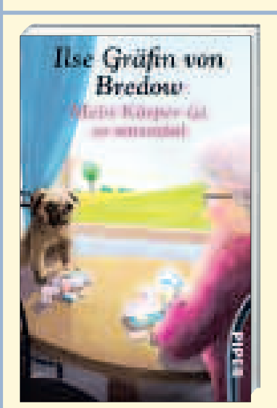


Fritz Baumgarten
Das große Fritz Baumgarten Gartenbuch
Ein Hausbuch für die ganze Familie
Das Hausbuch für die ganze Familie führt mit einem abwechslungsreichen Reigen aus gärtnerischen Tipps, Gedichten, Geschichten, Rezepten, Liedern und Bauernregeln durch das Gartenjahr. Die zauberhaften Bilder von Fritz Baumgarten verbinden auf wunderbare Weise die Tier- und Wichtelwelt mit den praktischen Gegebenheiten eines Gartens. Fritz Baumgarten, der ein umfangreiches Werk hinterlassen hat, gehört zu den bekanntesten deutschen Kinderbuchillustratoren. Seine Bücher haben Millionenauflagen erreicht und zählen zu den Bilderbuch-Klassikern. 64 Seiten
Nr. P A1012 Gebunden **7,95 €**



Ilse Gräfin von Bredow
Bei uns zu Haus
304 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0890 **9,99 €**

Zu Hause, das ist für Bestsellerautorin Ilse Gräfin von Bredow immer noch die Mark Brandenburg. In ihren schönsten Geschichten vom Land nimmt sie uns mit in das Paradies ihrer Kindheit, wo sie umgeben von Natur mit ihren Geschwistern aufwuchs. Haus und Hof, Wald und Seen boten reichlich Platz, nicht nur zum Arbeiten, sondern auch zum Spielen, Toben, Reiten, Baden. Zum Haushalt der gräflichen Familie gehörten auch die unersetzliche Mamsell, die in der Küche ein strenges Regiment führte, und viele Tiere wie der tolpatschige Bernhardiner namens Möpschen und eine schwanzlose Katze. Allen war das Forstgut der Bredows ein Heim, in das man jederzeit ebenso gern zurückkehrte wie die Leser der Gräfin zu ihren Erzählungen.



Ilse Gräfin von Bredow
Mein Körper ist so unsozial
192 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0885 **8,99 €**

Nach dem großen Erfolg von „Das Hörgerät im Azaleentopf" und „Nach mir die Sintflut" widmete sich Ilse Gräfin von Bredow in diesem Buch erneut dem Abenteuer Alter. Im Alter von über neunzig Jahren war sie eine echte Expertin und lässt uns in diesem Werk mal lustig, mal eher bitter, aber immer amüsant zu lesen, an ihren Einsichten und Erfahrungen teilhaben. Im vertrauten, wunderbar leichten Ton nähert sie sich Wohnformen, Herzenswünschen, enger werdenden Lebenskreisen und den körperlichen Beschwerden. Sie erzählt von ihrem Alltag im Hochhaus und von Spaziergängen in den Parks von Hamburg, aber auch, wie ihr das Gedächtnis Streiche spielt und von den wirklichen Bedürfnissen der „Uralten", zu denen die Autorin bis zu ihrem Tod am 20. April 2014 zählte.



Ilse Gräfin von Bredow
Das Hörgerät im Azaleentopf
224 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0377 **8,99 €**

Ilse Gräfin von Bredow wusste, was es mit dem Alter so auf sich hat: Es steckt voller Überraschungen. Glück im Unglück hält es ebenso bereit wie zahlreiche Momente, in denen man am liebsten aus seiner alten Haut fahren möchte. Die betagte Autorin erzählt, wie es wirklich ist, nicht mehr die Jüngste zu sein. Denn auch wenn die Gesellschaft nur ein Ziel zu kennen scheint – so alt wie Methusalem zu werden – hat das Alter doch so seine Tücken … Eine Sammlung humorvoller Geschichten rund ums Thema „Altern". Ilse Gräfin von Bredow wurde 1922 in Teichenau/Schlesien geboren. Sie wuchs im Forsthaus von Lochow in der märkischen Heide auf. Die beliebte Autorin verstarb im April 2014 in Hamburg.



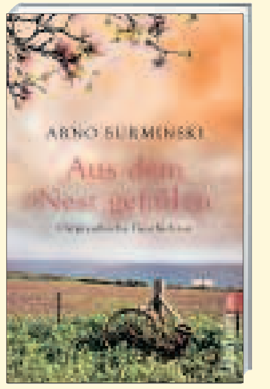
Ilse Gräfin von Bredow
Nach mir die Sintflut
Humorvolle Geschichten rund ums Thema „Altern"
224 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0563 **8,99 €**

Ilse Gräfin von Bredow wusste, was es mit dem Alter so auf sich hat: Es steckt voller Überraschungen. Glück im Unglück hält es ebenso bereit wie zahlreiche Momente, in denen man am liebsten aus seiner alten Haut fahren möchte. Da wirft auch ein ehemaliger Studienrat, einst die Ruhe in Person, schon mal eine Vase an die Wand. Zu viel Geduld mit sich selbst hingegen haben manche Menschen, wenn es darum geht, Entschlüsse zu fassen und in die Tat umzusetzen, seien es kleine Vorhaben wie Einkaufen und Aufräumen oder große Entscheidungen, wie in ein Altersheim zu ziehen. Eine Sammlung humorvoller Geschichten rund ums Thema „Altern".



Ulrich Wittkowski
So plachanderten wir in Königsberg und Ostpreußen
91 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0072 **5,95 €**

Das alte Ostpreußen mit seiner Sprache, seinem Humor und seinem besonderen Menschenschlag lebt wieder auf in den mundartlichen Texten, die Ulrich Wittkowski hier zusammengetragen hat. Seine humorvollen Vertellkens und Nuschtchen berichten von Begebenheiten aus dem täglichen Leben und geben einen Einblick in die Vielfalt der ostpreußischen Wortschöpfungen und damit auch in die Wesensart der Ostpreußen. Das Charakteristische und Originelle der Sprache wird anhand von gesammelten Redensarten, Witzen und Namen deutlich. Das Buch ist eine Einladung zum Schmunzeln und Erinnern und gleichzeitig eine Liebeserklärung an Ostpreußen.



Arno Surminski
Aus dem Nest gefallen
Geschichten aus Ostpreußen
336 Seiten
Taschenbuch
Nr. P 9076 **9,95 €**

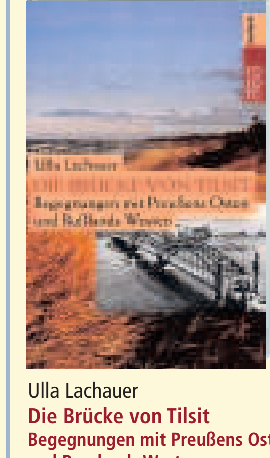
Eine einzigartige Sammlung ostpreußischer Geschichten des großen Erzählers Arno Surminski: Unsentimental, aber immer voller Anteilnahme schildert Surminski das Leben und Überleben der „kleinen Leute" zur Zeit seiner frühen Kindheit und lässt die herbe Schönheit der Landschaft zwischen Memel und Masuren auf eindringliche Weise lebendig werden. Jede Geschichte umfasst nur wenige Seiten, aber was da hineingelegt ist, wirkt so eindringlich und schicksalshaft, als hätte man ein ganzes Menschenleben vor sich ablaufen sehen. Arno Surminski, 1934 in Jäglack in Ostpreußen geboren, arbeitet seit 1972 freiberuflich als Schriftsteller. Er hat über zwanzig Romane und Erzählbände veröffentlicht.



Wolfgang Wieder
Karl der Große
Der Schöpfer Europas – eine Biografie
Karl der Große (747 – 814 n. Chr.) war einer der bedeutendsten Herrscher der Weltgeschichte. Als König der Franken verfolgte er konsequent eine Politik der Einigung und Stärkung des fränkischen Reiches. Er schuf eine effektive Verwaltung und förderte Bildung, Wissenschaft und Künste. Aber er führte auch mit äußerster Härte Kriege mit dem Ziel der Expansion seines Reiches und der Sicherung seiner Reichsgrenzen. Karl der Große gilt, seit dem Jahre 800 römischer Kaiser, als Vater Europas, der in seinem Wirken das antike Erbe mit der christlichen Religion zusammenfügte und damit die abendländische Geschichte bis heute maßgeblich prägte. Wolfgang Wieder, pensionierter Offizier der Bundeswehr, ist eine spannend geschriebene Biografie gelungen, die die vielfältigen Facetten der Persönlichkeit dieses kriegerischen Machtmenschen, genialen politischen Gestalters, zivilisatorischen Erneuerers und Schöpfers des christlichen Abendlandes beleuchtet. 400 Seiten
Nr. P A0908 Kartoniert **24,80 €**



Reinhard Schmoeckel
Deutschlands unbekannte Jahrhunderte
Geheimnisse aus dem Frühmittelalter
Was war in unserem Land – Deutschland – vor etwa 1500 Jahren los? Das war die Zeit zwischen dem Ende des Römischen Kaiserreichs und den Kaisern eines „Heiligen Römischen Reichs", die nun plötzlich aus Mitteleuropa stammten? Gab es da bei uns überhaupt „Geschichte"? Gab es Ereignisse, die vielleicht bestimmend für die weitere Entwicklung der Menschen und des Landes waren? Allerdings glauben die Historiker, davon kaum etwas zu wissen, denn niemand hat ja damals in unserem Land schreiben können. Dr. Reinhard Schmoeckel ist es gelungen, aus einer großen Fülle von Detailuntersuchungen vieler Privatforscher, darunter auch seiner eigenen, ein überraschend lebendiges Bild jener Zeit vor anderthalb Jahrtausenden zusammenzustellen, ein Bild, das bisher noch keinen Eingang in die bisher übliche Vorstellungswelt der Geschichtswissenschaft gefunden hat. 510 Seiten
Nr. P A0881 Gebunden mit farbigem Überzug **29,80 €**

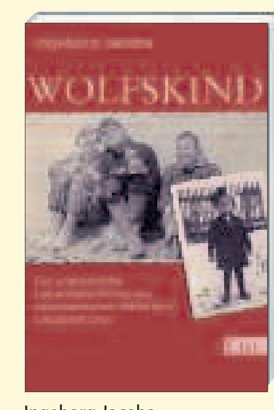


Ulla Lachauer
Die Brücke von Tilsit
Begegnungen mit Preußens Osten und Russlands Westen
400 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 1827 **9,95 €**

Mitten in Europa ein weißer Fleck. Wer heute die einst am besten bewachte Grenze der Sowjetunion hinter sich gelassen und den Weg über die Memel-Brücke ins frühere Tilsit genommen hat, muss sich fühlen, wie auf einer Reise zu einem anderen Planeten. Denn die Geschichte der Ostpreußen, die 1944/45 von hier vertrieben wurden, ist unwirklich fern, fast schon vergessen. Von dem Schicksal der Sieger, die hier ein neues Leben begannen, ist nahezu nichts bekannt. Vorsichtig nähert sich Ulla Lachauer den so unterschiedlichen, untereinander doch verwandt gewordenen Lebenswelten: denen der Siedler von heute und damals. Eine Zeitreise verknüpft mit eigenen Reiseerlebnissen.



Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948 des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974
Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte
Der abschließende Bericht der im Bundesarchiv in Koblenz erarbeiteten Dokumentation über Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die an Deutschen im Zuge der Vertreibung begangen worden sind. Dieser bereits 1974 erstellte Bericht wurde bis 1982 von der SPD/FDP-Bundesregierung aus politischen Gründen unter Verschluss gehalten. Er beruht auf der Auswertung des im Bundesarchiv liegenden Quellenmaterials: etwa 10.000 Erlebnisberichte aus der Ostdokumentation, etwa 18.000 Gemeindeschicksalsberichte sowie Materialien der katholischen Diözesanarchive sowie des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes. Die Dokumentation enthält zudem 45 bisher unveröffentlichte, erschütternde Erlebnisberichte, die von dem tragischen Geschehen – Flucht, Vertreibung, Ausweisung, Deportation – im deutschen Osten wie auch in den deutsch besiedelten Gebieten Ostmittel- und Südosteuropas am Ende des Zweiten Weltkrieges zeugen, von dessen Folgen bis heute ganz Europa gezeichnet ist. 392 Seiten
Nr. P A0830 Kartoniert **29,80 €**



Ingeborg Jacobs
Wolfskind
Die unglaubliche Lebensgeschichte des ostpreußischen Mädchens Liesabeth Otto. 336 Seiten/TB
Nr. P A0384 **9,99 €**

Ostpreußen 1945. Auf der Flucht vor der Roten Armee verliert die siebenjährige Liesabeth Otto ihre Mutter und Geschwister. Allein irrt sie durch die Wälder und gerät auf der Suche nach Nahrung und Unterkunft ins benachbarte Baltikum. Unter unfassbaren Entbehrungen schlägt sie sich jahrelang durch, stets auf der Hut vor sowjetischen Häschern. Ein erschütterndes Schicksal, zugleich ein Panorama deutsch-sowjetischer Nachkriegsgeschichte, das beispielhaft steht für eine ganze Generation von Kindern, die auf der Flucht von ihren Eltern getrennt wurden und sich monatelang, ja oft jahrelang alleine und ohne ihre Angehörigen durchschlagen mussten.



Reinhard Tischer
Der Lagerjunge
17 Jahre in Baracken – Eine Kindheit in Nachkriegsdeutschland
144 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0590 **11,90 €**

Reinhard Tischer, geb. 1939 in Zindel, Kreis Breslau in Schlesien, ging Anfang 1945 mit einem bäuerlichen Treck auf die Flucht vor der heranstürmenden Roten Armee. Die Flucht dauerte vom 20. Januar bis 15. März 1945 und fand in Niederbayern nahe Straubing vorerst ihr Ziel. Mitte Juli 1945 erfolgte der Umzug in das Lager Mistelbach nahe Bayreuth, wo die Familie bis 1962 lebte. Nach dem Besuch der Volksschule und einer Ausbildung zum Polsterer heiratete Reinhard Tischer und hat heute zwei erwachsene Söhne. Er lebt heute in Streitberg in der Fränkischen Schweiz. Das Buch erzählt das beispielhafte Schicksal eines jugendlichen Flüchtlings und seiner Familie am Ende des 2. Weltkriegs.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

MELDUNGEN

Groko unter 50 Prozent

Berlin – Erstmals sieht eine repräsentative Umfrage die Große Koalition unter 50 Prozent der Stimmen. Laut dem Institut INSA bekäme die Union 30 und die SPD 19 Prozent der Stimmen, wenn jetzt Bundestagswahlen wären. Dahinter folgen die AfD mit 15, die Grünen mit 13, die Linkspartei mit 9,5 und die FDP mit acht Prozent. Da für die „Sonstigen" 5,5 Prozent abfielen, könnte Schwarz-Rot seine Parlamentsmehrheit aber knapp verteidigen. *H.H.*

Deutsche gehen nach Ungarn

Budapest – Immer mehr Deutsche wandern nach Ungarn aus. Wie der „Focus"" mit Berufung auf den Budapester Politologen Zoltan Kiszelly berichtet, hat die deutsche Asylpolitik diesen Trend noch verstärkt. Attraktiv sei die Tatsache, dass Ungarn so gut wie keine Asylbewerber aufnehme. Um den Plattensee, wo ohnehin tausende Deutsche wohnten, habe sich bereits eine regelrechte deutsche Gemeinde gebildet. *H.H.*

ZUR PERSON

Mann der Grenzschließung

Seit Mitte Januar befindet sich Mazedonien in einer politischen Krise. Damals trat Ministerpräsident Nikola Gruevski infolge eines Abhörskandals und eines mit der EU vereinbarten Abkommens über Reformen und Neuwahlen zurück (siehe Seite 6). Obwohl Emil Dimitriev das Amt kommissarisch leitet, richten sich spätestens seit der Grenzschließung für Immigranten alle Augen auf Staatspräsident **Gjorge Ivanov**.

Der 56-jährige Politikwissenschaftler, der 2009 erstmals zum Präsidenten gewählt wurde, steht derzeit arg in der Kritik. So hatte er jüngst 56 Mitglieder der Regierungspartei VMPRO-DPMNE amnestiert, die wegen des Abhörskandals angeklagt waren. Der parteiunabhängige Ivanov, der vor dem Zusammenbruch Jugoslawiens noch Mitglied einer kommunistischen Jugendorganisation war, ist zwar nicht Mitglied der nationalkonservativen Partei, wurde aber von ihr für die Präsidentschaft nominiert.



Die EU zeigt sich gegenüber Ivanov zwiegespalten. Einerseits macht sie den früher in Mazedoniens Hauptstadt Skopje als Professor tätigen Autor zahlreicher polittheoretischer Werke für die Verschiebungen von Neuwahlen verantwortlich. Nach einem ursprünglichen Termin im April ist auch jener am 5. Juni wegen Boykottdrohungen der Opposition geplatzt.

Andererseits hat sich die EU klammheimlich über den Entschluss zur Grenzschließung gefreut. In diesem Fall hatte Ivanov die Zügel in die Hand genommen, nachdem die Regierung durch den Rücktritt Gruevskis geschwächt war. Er macht auch keinen Hehl daraus, dass sein Land von der EU nicht viel zu erwarten hat. In der „Bild" sagte er: „Es ist nicht das erste Mal, dass Mazedonien von der EU so im Stich gelassen wird, wir kennen das schon!" *Harald Tews*



Ich bin beleidigt!

Wie sich ein Sturm als Furz entpuppt, was Gauland (nicht) gesagt hat, und warum verfolgte Christen gefälligst die Klappe halten sollen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Endlich kann ganz Deutschland wieder in einem „Sturm der Entrüstung" („Focus") zu neuen moralischen Höhepunkten segeln! Diesmal sind es zwei Kollegen von der „Frankfurter Allgemeinen", die den Wind machen. Sie wissen schon, die Geschichte mit Jérôme Boateng und seinen Nachbarn.

Die Journalisten hatten den Namen des Fußballnationalspielers listig in ein Hintergrundgespräch mit AfD-Vize Alexander Gauland hineingeschmuggelt. Warum sie den in Berlin geborenen Sohn einer Deutschen und eines Ghanaers zum Gegenstand einer vertraulichen Unterredung über „Fremd sein in Deutschland und Integration" gemacht haben, bleibt das Geheimnis der Redakteure.

Was einem blühen kann, wenn man ihnen beim Hintergrundgespräch das Herz ausschüttet, weiß jetzt dagegen ganz Deutschland. Politiker und Prominente aller Schattierungen werden es sich künftig zweimal überlegen, ob sie sich den Frankfurtern anvertrauen.

Den beiden ist es gelungen, einem verblüffend arglosen Gauland eine Äußerung zu entlocken, die sich prächtig skandalisieren ließ. Solche Kniffe kannte man bislang vorzugsweise von Boulevardblättern oder Hetzpostillen vom linken Rand. Nun sind derlei Praktiken also auch bei einem „anerkannten Qualitätsblatt" eingezogen, wie Bettina Röhl die „Frankfurter Allgemeine" trotzdem noch nennt. Fürwahr, Deutschland verändert sich.

„Gauland beleidigt Boateng" lautete die donnernde Überschrift (Oder sollten wir sagen: „Headline"? Weil das Schimpansen-Englisch der Revolverblatt-Redaktionen in diesem Zusammenhang besser passt?), mit welcher die Sonntagsausgabe der „FAZ" besagten Sturm gesät hat, der die Woche hindurch übers Land fegte.

Wer sich das Gauland-Zitat allerdings näher ansieht, dem entpuppt sich der rasende Sturm als fauler Furz. Auch wenn Sie's vielleicht schon x-mal gelesen haben, sollten wir es uns ruhig noch einmal gemeinsam ansehen. Gauland sagte, die Leute mögen zwar dem Fußballspieler zujubeln, als Nachbarn wollten sie „einen Boateng" aber nicht.

Was hat er damit über Boateng gesagt? Genau: gar nichts. Der AfD-Vize meint bloß, in Deutschland einen weitverbreiteten Zwiespalt anzutreffen. Wir täten vordergründig so, als wäre uns ein farbiger Deutscher ganz selbstverständlich, während wir ihn insgeheim immer noch als Fremden, ja vielleicht sogar als unangenehmen Fremden betrachteten, den wir lieber auf Distanz hielten.

Wenn Gauland also überhaupt jemanden „beleidigt" hat, dann sind wir es. Ich für meinen Teil weise diese Unterstellung eines verkappten Vorbehalts gegen Farbige jedenfalls entschieden zurück, Herr Gauland!

> **Endlich ehrlich: Minister Schäuble schenkt uns zu Griechenland reinen Wein ein**

Interessant ist es zu beobachten, wer sich trotz dieses klaren Sachverhalts alles über Gaulands vermeintliche Boateng-Beleidigung „empört" hat. Darunter Politiker und Journalisten ohne Zahl, aus deren Kreisen immerfort behauptet wird, dass der Rassismus in Deutschland ein Massenphänomen sei, das „aus der Mitte unserer Gesellschaft" komme. Die uns, bringen wir es auf den Punkt, seit Jahren etwas ganz ähnliches zutrauen wie das, was uns der AfD-Mann am Beispiel des Fußballspielers unterjubeln möchte.

Und woher dann die Aufregung? Das wüsste ich auch gern. Im ersten Anlauf möchte man sich übergeben angesichts der Verlogenheit der künstlich „Empörten" und ausrasten wegen der Dummheit der vielen, die den Mist gefressen haben. Wenn wir aber genauer hinsehen, bemerken wir, dass in Wahrheit etwas ganz Wunderbares passiert ist.

Wie gesagt, es gehört zu den Lieblingsübungen unserer Volkserzieher und -ermahner, den Deutschen ganz pauschal einen verdeckten Rassismus anzuhängen. Nun warten Sie einfach mal ab, bis in Ihrer Umgebung jemand, der die Gauland-Äußerung „ganz entsetzlich" fand, einen Satz sagt wie: „Die Deutschen haben im Kern doch immer noch Vorbehalte gegen Farbige", und fragen Sie den Guten daraufhin: „Sie meinen also, die Leute möchten einen Boateng nicht zum Nachbarn haben? Hm?" Das wird ein Spaß, glauben Sie mir! Heuchelei zu enttarnen, bringt einem zwar keine neuen Freunde, dafür aber unvergessliche Momente.

Zu mehr Ehrlichkeit dagegen hat neulich Finanzminister Schäuble beigetragen. Nachdem die jüngste Griechenlandhilfe über 10,3 Milliarden Euro beschlossen war, verkündete er mit trockener Mine: „Nach jetzigem Stand gehen wir nicht davon aus, dass es ein viertes Programm geben wird."

Danke, Herr Minister, damit haben Sie uns endlich reinen Wein eingeschenkt: „Nach jetzigem Stand" bedeutet nämlich, dass es schon in einer schlappen Stunde völlig anders aussehen könnte. Doch nicht einmal des „jetzigen Standes" ist sich Schäuble sicher, weshalb er bloß „nicht davon ausgeht", dass wir nach derzeitiger Einschätzung noch mehr zahlen müssen. Mit anderen Worten: Er kennt den aktuellen Stand der Dinge gar nicht so genau.

Oder, was wahrscheinlicher anmutet, er kennt ihn sehr genau und weiß, dass schon nach heutiger Kenntnis das vierte Hilfspaket sicher ist. Sowie das fünfte, das sechste ... und so weiter. Alles andere hätte uns auch schwer gewundert.

EU-Europa geht damit den Weg des Sozialismus bis in den Untergang: Jede noch so marode Bruchbude wird solange über Wasser gehalten, bis auch die gesunden Betriebe, die die Hilfen bezahlen müssen, unter den Lasten kollabieren. Dann fällt der ganze Laden auseinander – so wie weiland die DDR, nur jetzt eben das komplette Euro-System. Man könnte es vielleicht retten, indem man die Scheintoten einfach bankrott gehen ließe. Das aber wäre unsolidarisch. Deshalb wurde in der DDR niemand arbeitslos und deshalb fliegt aus der Euro-Zone auch keiner raus. Aber, wie gesagt, wenn der Abgang unrentabler Bereiche zwanghaft verhindert wird, gehen irgendwann alle gemeinsam den Bach runter.

Skeptiker fürchten, dass die Zuwandererwelle den Niedergang noch verstärken könnte, weil die Lasten noch mächtiger werden. Das darf uns aber nicht kümmern, entgegnen die Kirchen, denn es handele sich um Menschen in Not, die wir schützen müssten aus Nächstenliebe.

Oder aus anderen guten Gründen, die uns der Präsident des Zentralkomitees der Katholiken, Thomas Sternberg, neulich enthüllt hat. Weil geflüchtete Christen in deutschen Asyllagern von muslimischen Mitbewohnern oder gar islamischen Wachpersonal drangsaliert werden, hat jemand vorgeschlagen, die Christen zu ihrem Schutz getrennt unterzubringen.

Kommt nicht in Frage, weist Sternberg dieses Ansinnen zurück, denn dann „leisteten wir dem Eindruck Vorschub, wir seien nicht fähig zur friedlichen Koexistenz". Mit anderen Worten: Nicht zu ihrem Schutz nehmen wir die geflüchteten Christen auf, sondern damit er, Sternberg, seine wunderbare Fähigkeit zur „friedlichen Koexistenz" ins Fenster stellen kann. Dafür müssen seine bedrängten Glaubensbrüder in den Lagern dann eben ein bisschen leiden – das ist es ihm wert, diesem tapferen Mann.

Allerdings wäre es dringend zu wünschen, dass die Christen beim Leiden die Klappe halten, statt die irritierenden Vorgänge öffentlich zu machen. Das Gerede trägt nur zur Verbreitung von Vorurteilen bei, denn, so Sternberg weiter: „Man muss sich davor hüten, es als typisch islamisch darzustellen, wenn Christen in mehrheitlich von Muslimen bewohnten Flüchtlingsheimen bedrängt werden." Soll wohl heißen: Das hat alles nichts mit der Religion zu tun, klar?

Wie es sich „friedlich koexistieren" lässt mit Fremden, die schon im Asyllager ihrem Hass und ihrer Verachtung für die Mehrheitsreligion des Aufnahmelandes freien Lauf lassen, werden wir bald erfahren. Aber wie gesagt: Immer schön den Mund halten.

MEINUNGEN

***Manfred Haferburg** erklärt im Portal „Achse des Guten" (24. Mai), warum sich die politische Klasse so **weit vom Volk entfernt** hat:*

„Politiker reden meist untereinander, bestärken sich gegenseitig in ihren Ansichten und glauben schließlich selbst an jeden Unsinn, den sie zusammenreden. Das geht so weit, dass eine Physikerin an eine Energiewende ohne Speicher glaubt, ein Finanzminister an Schuldenrückzahlungen der Griechen und beide zusammen an einen Demokraten namens Erdogan."

*Der Blogger **Adorján F. Kovács** nimmt im Netzmagazin „Freie Welt" (26. Mai) die Warnungen vor einem **„Rechtsruck"** auseinander:*

„Bedeutet Politik nur noch kleine Kurskorrekturen innerhalb eines linken Spektrums? Nein, ein ‚Rechtsruck' wäre in Deutschland nichts weiter als die Wiederherstellung von demokratischer Normalität. Was sich heute, in Zeiten einer Großen Koalition, die von einer heilsamen Ausnahme zum pathologischen Normalzustand zu werden droht, als Einheitsfront darstellt von Regierung und einer Opposition, die jener eigentlich korrektiv gegenüberstehen sollte, von Politik und einer Presse, die jene eigentlich kritisch begleiten sollte, ist eine Gefahr für die Demokratie."

***Henrik Müller** wirft in „Spiegel-online" (29. Mai) einen **besorgten Blick** auf den streik- und krisengeplagten Nachbarn **Frankreich**:*

„In Frankreich zeigt sich, wie ein übergroßer Sozialstaat an seinen eigenen Versprechen ersticken kann – und wie das beharrliche Ignorieren der Realität irgendwann das politische und wirtschaftliche System unterminiert ... Frankreich steckt in einem allmählichen Niedergang. Geht es weiter wie bisher, fährt das Land irgendwann vor die Wand."

*Der algerische Autor **Boualem Sansal** sagt in der „Welt am Sonntag" (29. Mai) die **Islamisierung Europas** voraus, wobei er Deutschland für besonders gefährdet hält:*

„Die Menschen wachen auf. Sie machen sich klar, dass die Islamisierung kein lokales Phänomen ist, sondern ganz Europa betrifft. Wir haben alle Angst – auch wenn es nicht alle zugeben wollen ... Langfristig ist Deutschland das Land, das am meisten bedroht ist ... Deutschland (ist) aufgrund der Kriegserfahrung eine extrem tolerante Gesellschaft. Das wird ausgenutzt. Als die algerischen Islamisten verjagt wurden, haben sie in Deutschland Unterschlupf gefunden, da wurden sie als politische Flüchtlinge anerkannt."

***Helmut Markwort**, Gründer und Herausgeber des „Focus" (28. Mai), prangert an, wie **Politiker und Bürokraten die EU unterhöhlt** haben:*

„Es kann niemanden ernsthaft überraschen, dass die Skepsis gegenüber den europäischen Institutionen weiter wächst. Diesen Stimmungswandel darf man nicht den Bürgern in die Schuhe schieben. Schuld sind die Verwalter Europas, die durch eine lange Serie von Manipulationen und Rechtsbrüchen das Vertrauen in eine großartige Idee untergraben."